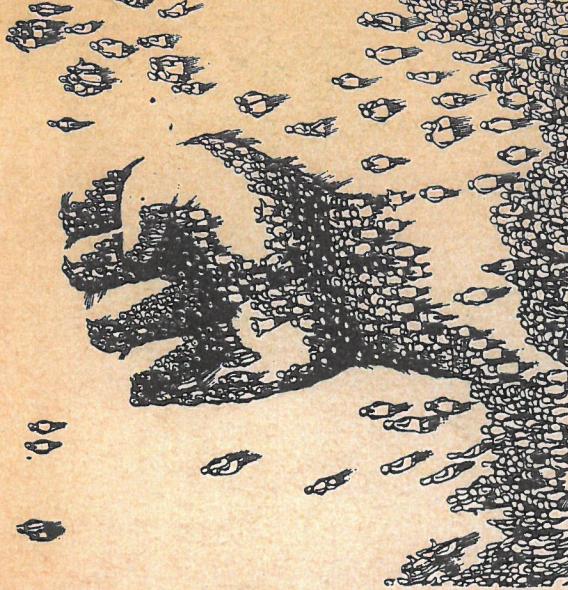


# THESEN DES SB

Die Thesen sollen den Diskussionsstand der am Sozialistischen Büro orientierten und in ihm organisierten Linken festhalten und diese Diskussion sowie den Organisationsprozeß im SB selbst voranbringen. Es geht uns darum, die Grundlagen der gemeinsamen Erfahrungen zu bestimmen, die Reflexion über den kollektiven politischen Lernprozeß



im Rahmen des SB zu vertiefen und Ansätze für die Zielbestimmung sozialistischer Praxis in Westdeutschland zu entwickeln. Die gegenwärtige Situation der westdeutschen Linken ist gekennzeichnet durch eine Zersplitterung nicht nur in verschiedene Gruppen, Parteien und Parteiansätze, sondern auch in häufig voneinander isolierte Praxisbereiche. Wir gehen davon aus, daß diese Zersplitterung durch eine über aufgesetzte Programmatiken herbeigeführte „Vereinheitlichung“ eher festgeschrieben als überwunden wird. Die Thesen wollen deshalb weder ein Parteiprogramm sein, noch eine geschlossene Weltanschauung vermitteln, vielmehr versuchen sie, die Bandbreite von Problemstellungen und politischen Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, an der sich sozialistische Politik heute orientieren muß.

**Herausgeber:**  
Sozialistisches Büro • Arbeitsausschuß  
Offenbach • Februar 1975 • DM 5.—

# Links

## Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten Aktionsmodelle, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international. „links“ ist illusionslos, undogmatisch — eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 1.50.  
Bezugspreis, jährlich, DM 18.— + DM 3.— Versandkosten

## express

Zitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Sprachrohr der Kollegen und Genossen, die sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit machen. Informationen über die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Beiträge, die man nicht in den Gewerkschaftszeitungen findet.

Einzelpreis DM 1.20.  
Bezugspreis, jährlich, DM 14.— + 3.— Versandkosten  
**Probeexemplare anfordern bzw. Abonnementsbestellung bei**  
Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

THESEN DES SOZIALISTISCHEN BÜROS



Herausgeber: Sozialistisches Büro – Arbeitsausschuß  
Verleger: Verlag 2000 GmbH Offenbach  
Erste Auflage, Februar 1975, 10 000 Exemplare

Alle Rechte bei Herausgeber und Verlag

Vertrieb: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591  
Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 0611/832593

Postcheck Frankfurt, Konto 61041-604

Preis: Einzelexemplar DM 5,-  
bei Abnahme von 10 Exemplaren 20 % Rabatt;

Weiterverkäufer (Buchläden, Buchhandel) 40 % Rabatt;  
jeweils zuzüglich Versandkosten

Presserechtlich verantwortlich: Klaus Vack Offenbach

Druck: hbo-druck Bensheim

Zuschriften zu diesem Thesen-Entwurf (siehe Nachbemerkungen Seite 95)  
an Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

## THESEN DES SOZIALISTISCHEN BUROS – Entwurf des Arbeitsausschusses des SB –

### Bertolt Brecht: DER ZWEIFLER

I. EINLEITUNG	3
1 – Zur Funktion der Thesen	5
2 – Erfahrung, Geschichte, Theorie	6
3 – Linke Intellektuelle und Arbeiterklasse	8

### II. ZUR ENTWICKLUNG DER SOZIALISTISCHEN BEWEGUNG IN WESTDEUTSCHLAND SEIT 1945

4 – Nachwirkungen des Faschismus	10
5 – Antikommunismus	10
6 – Gewerkschaften und SPD nach 1945	12
7 – Kapitalistische Restauration – Integration und Repression	13
8 – Der Weg der Gewerkschaften in die Sozialpartnerschaft	14
9 – Widerstand gegen Aufrüstung	15
10 – Eine neue Oppositiobewegung: Ostermarsch	16
11 – Lernprozesse über den Gewaltcharakter	
der bürgerlichen Gesellschaft – Vietnamkrieg	
12 – Studentenbewegung – Außerparlamentarische Opposition	17
13 – Die "Wendung" zur Arbeiterklasse	18
14 – Herkunft und Funktion des Sozialistischen Büros	21
	22

### III. KAPITALISMUS UND KLASSENSTRUKTUR IN WESTDEUTSCHLAND

15 – Die Krise des Kapitalismus ist offensichtlich	24
16 – Der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital	25
17 – Krise des Weltmarkts – Scheitern des Weltwährungssystems	25
18 – Die westeuropäische Integration und die Arbeiterklasse	26
19 – Die Inflation ist Ausdruck der Überakkumulation von Kapital	28
20 – Einkommenspolitik hält die Inflation nicht auf	29
21 – Die Erhöhung der Rohstoffpreise verschärft die Konkurrenz	30
22 – Entwicklungstendenzen des westdeutschen Kapitalismus	31
23 – Nach 1966/67 verstärken sich Konzentration, Zentralisation, Intensivierung der Arbeit	32
24 – Wachsender Geldkapitalexport	33
25 – Stärkere Regulierungsversuche des Staates	33
26 – Die Krise von 1974/75 ist schärfter als die Krise 1966/67	34
27 – Der Staat als Garant des kapitalistischen Produktionsverhältnisses	35
28 – Der Staat ist Organ der kapitalistischen Herrschaft	35
29 – Polarisierung der Qualifikation der Lohnarbeiter	37
30 – Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse	38
31 – Rolle der Unqualifizierten, der Frauen, der ausländischen Arbeiter	39
32 – Staatliche Lohnarbeiter	41
33 – Die Rolle und Bedeutung der Intelligenz	43
34 – Technische Intelligenz	43

35 – Sozialwissenschaftliche und pädagogische Intelligenz	45
36 – Schwierigkeiten der Vereinheitlichung der Forderungen innerhalb der Arbeiterklasse und mit den übrigen Lohnabhängigen	46
37 – Die kapitalistische Produktion zerstört Natur und Lebensmilieu	48
38 – In der kapitalistischen Gesellschaft verarmt die öffentliche Versorgung und Infrastruktur	48
39 – Der Klassenscharakter der Öffentlichkeit	49
40 – Kapitalistische Sozialisation	50
41 – Ausbildungswesen in der Krise	51
<b>IV. ZENTRALE AUFGABE:</b>	
BETRIEBS- UND GEWERKSCHAFTSARBEIT	
42 – Zunahme der Streikbewegung in den 70er Jahren	54
43 – Lehren der spontanen Streiks 1973	55
44 – Die Rolle der SPD	56
45 – Ansatzpunkte sozialistischer Gewerkschaftsarbeit	57
46 – Proletarische Betriebsöffentlichkeit	59
47 – Betriebsrat und Vertrauensleute	60
48 – Sozialistische Betriebsgruppen	61
49 – Aufgaben des Sozialistischen Büros	62
<b>V. ORIENTIERUNGEN FÜR DIE POLITIK VON SOZIALISTEN</b>	
50 – Ruck nach rechts – Gefahr politischer Gewalt	64
51 – Bürgerliche und revolutionäre Gewalt	65
52 – Reform und Revolution	66
53 – Grenzen konkreter Interessenpolitik	67
54 – Im Reproduktionsbereich: Organisation nach Arbeitsfeldern	68
55 – Politische Probleme in den Arbeitsfeldern	69
56 – Eine revolutionäre Perspektive ist nur noch international denkbar	71
57 – Internationale Solidarität bedeutet Einbezug von Arbeitsimmigranten	72
58 – Unterstützung der Kämpfe in multinationalen Konzernen	72
59 – Konsequenzen der Linken aus der Internationalisierung des Kapitals	73
60 – Solidarische Unterstützung der Befreiungskämpfe in der Dritten Welt	74
61 – Lehren aus der chilenischen Erfahrung	74
62 – Sozialistische Länder	75
63 – Das Verhältnis sozialistischer Organisationen zueinander	77
64 – Sozialisten in der SPD	77
65 – Zur DKP	79
66 – Politische Taktik der DKP und Stamokap-Theorie	81
67 – Zu den kommunistischen Aufbauorganisationen	82
68 – Bündnismöglichkeiten	83
<b>VI. ZUR ORGANISIERUNG IM SB</b>	
69 – Konsequenzen für die Entwicklung sozialistischer Organisation	85
70 – Der Organisationsansatz des SB	87
71 – Öffentlichkeitsarbeit und theoretische Diskussion	88
72 – Aktionen	90
73 – Lokale und regionale Zentren	90
74 – Organisationsform des SB heute	93
<b>NACHBEMERKUNGEN</b>	95
<b>ORGANISATORISCHER RAHMEN DES SB</b>	97
<b>FREMDWÖRTERVERZEICHNIS</b>	100

## SOZIALISTISCHES BÜRO + VERLAG 2000 GMBH ALLE LIEFERBAREN BROSCHEUREN: FRÜHJAHR 1975

### I. EINLEITUNG

- SB-Arbeitsausschuß: Neue Thesen des Sozialistischen Büros, DM 5.--  
Redaktionskollektiv "express": Spontane Streiks 1973 - Krise der Gewerkschaftspolitik, DM 6.--  
Redaktionskollektiv "express": Gewerkschaftliche Vertrauensleute für eine antikapitalistische Betriebsstrategie, DM 2.50  
Politisches Ende der EVA? Dokumentation zum Medienvorverständnis der Gewerkschaften, DM 3.--  
Betriebsratswahl Merck 1972. Eine Dokumentation, DM 4.--  
Vorschlag zu den Betriebsratswahlen 1975, DM 1.--  
Dokumente zur Entwicklung in Chile, DM 5.--  
Klassenkämpfe und Repression in Italien, DM 5.--  
Brasiliens Report, DM 2.50  
Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsaarbeit in Südafrika, DM 4.--  
Portugal und die NATO, DM 4.--  
Kofler/Büro: Vom Handelskapitalismus zum Neo-Imperialismus der Gegenwart. Eine Einführung in die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, DM 5.--  
Conert: Die politischen Grundrichtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, DM 5.--  
Schäfer: Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, DM 5.--  
Evers/Lehmann: Politisch-ökonomische Determinanten für Planung und Politik in den Kommunen der BRD, DM 10.--  
Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit, DM 4.--  
van Spall: Übersicht deutschsprachiger Periodika der unabhängigen sozialistischen Linken, DM 2.50  
Arbeitsmaterialien Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Projektstudium am Beispiel Heimerziehung, DM 8.--  
R E I H E R O T E R P A U K E R  
Unterrichtseinheit (UE) Arbeit, DM 4.--  
UE Verhaltenssteuerung - Abweichendes Verhalten, DM 4.--  
UE Lehrlingsausbildung in der BRD, DM 3.50  
UE Lateinamerika, DM 4.--  
Disziplinierung von Lehrern, DM 4.--  
Materialien zur Arbeitsfeldanalyse des Lehrerberufs, DM 4.---  
Materialien zur Geschichte der politischen Lehrerbewegung I, DM 2.50  
Materialien zur Schulbuchproduktion, DM 4.--  
UE Bundeswehr und Rüstung in der BRD, DM 5.--  
UE Arbeiterliteratur, DM 5.--  
Modelle zur Sexualerziehung, DM 4.--  
Materialien zur Geschichte der Lehrerbewegung II, DM 5.--  
P L A K A T - B A U E R N V E R L A G  
Alavi: Theorie der Bauernrevolution, DM 4.--  
Rechtziegler: Westdeutsche Landwirtschaft im Spätkapitalismus, DM 5.--  
Bauer was nun? Beiträge zur Agrarfrage in der BRD, DM 4.--  
Kenner: Marxismus und Landwirtschaft, DM 5.--  
Bergmann: Agrarwirtschaft sozialistischer Länder, DM 10.--  
Hampicke: Zur Kritik der bürgerlichen Agrarökonomie, DM 6.--

### 1 – Zur Funktion der Thesen

Die in den vergangenen Jahren deutlich hervortretenden gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte in Westdeutschland haben das Interesse auch am Sozialistischen Büro erheblich verstärkt. Dies zeigt sich an der steigenden Zahl von Gruppen und Einzelpersonen, die entweder Mitglieder der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro geworden sind oder sich – wie es heißt – „am Sozialistischen Büro orientieren“, dessen Arbeitskonferenzen besuchen und seine vielfältigen Informations- und Arbeitsmaterialien benutzen. Dieses zunehmende Interesse hat Konsequenzen für die Arbeit und für die Struktur des Sozialistischen Büros selbst. Mit der Schaffung eines lockeren organisatorischen Rahmens durch die Bildung einer erweiterten Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro auf der Arbeitsgruppentagung im November 1973 und der Wahl eines Arbeitsausschusses auf der Tagung im Februar 1974 sind erste Ansätze gemacht worden, diese Konsequenzen zu ziehen. Dadurch ist der Grad an Verbindlichkeit der politischen Praxis von Gruppen und einzelnen Genossen, die sich am Sozialistischen Büro orientieren, vergrößert worden.

Das Sozialistische Büro hatte im Frühjahr 1971 Thesen zu „Ansatzpunkten sozialistischer Politik in der Bundesrepublik“ veröffentlicht. Diese Thesen reichen nicht mehr aus, um weiterführende Perspektiven sozialistischer Praxis in der gegenwärtigen Lage entwickeln zu können.

Die hier vorgelegten Thesen haben die Funktion, den Diskussionsstand der am Sozialistischen Büro orientierten oder in ihm organisierten Linken festzuhalten und diese Diskussion, sowie den Organisationsprozeß im SB selbst voranzubringen. Mit den Thesen soll der Versuch gemacht werden, die Grundlagen der gemeinsamen Erfahrungen zu bestimmen, eine vertiefte Reflexion über den kollektiven politischen Lernprozeß der Mitglieder des SB einzuleiten und Ansätze für die Zielbestimmung sozialistischer Praxis in Westdeutschland zu entwickeln. Dies ist umso notwendiger, als der gegenwärtige Zustand der sozialistischen Bewegung in Westdeutschland durch Zersetzung nicht nur in verschiedene Gruppen, Parteianhänger und Parteien, sondern auch in häufig voneinander isolierte Praxisbereiche und Arbeitsfelder gekennzeichnet ist. Wir meinen, daß eine „Vereinigung“, die durch eine aufgesetzte „Parteiprogrammatik“ herbeigeführt würde, diese Zersplitterung eher vergrößern als aufheben würde.

Die hier vorgelegten Thesen sind deshalb für uns kein Parteiprogramm. Im Unterschied zu Parteiprogrammen verzichten die Thesen darauf, eine geschlossene Weltanschauung zu vermitteln, der sich die Mitglieder formal zu verpflichten hätten. Es besteht auch nicht die Absicht, eine Art Forderungskatalog aufzustellen, aus dem unmittelbar praktische Handlungsanweisungen abgeleitet werden sollten. Vielmehr versuchen die Thesen, die Bandbreite von Problemstellungen und politischen Lösungsmöglichkeiten zu bestimmen, an der sich sozialistische Politik heute orientieren muß.

Dies kann sinnvollerweise aber nur geschehen, indem an den Erfahrungen derjenigen angeknüpft wird, die die Träger der zu bestimmenden sozialistischen Politik sind. Kein Büro und kein Zentralorgan ist in der Lage, diesen Zusammenhang zu ersetzen.

Wenn nicht eine eher scheinbare und vordergründige Vereinheitlichung durch die aufgesetzte Parteiprogrammatik herbeigeführt werden soll – was in der gegenwärtigen Situation ohnehin nur mit sehr zweifelhaften Erfolg möglich wäre – dann kann nur der organisierte Austausch von Erfahrungen, die gemeinsame Diskussion dieser Erfahrungen und die daraus ableitende gemeinsame Zielbestimmung der nächsten Schritte die Isolierung der – vom Betrieb bis zur Hochschule – verschiedenenartigen Praxisbereiche und verstreuten linken Gruppen aufheben. Es ist klar, daß die Thesen in diesem Zusammenhang nicht mehr als einen Ansatzpunkt markieren können.

Stellenwert zuzumessen, ist es notwendig, diese Erfahrungen nicht zu zerfasern, in Tätigkeitsfeldern und spontaner Aktivität versacken zu lassen, sondern im Bezugsrahmen von Erkenntnissen zu verallgemeinern, in denen sich zugleich die geschichtlichen, kollektiven Erfahrungen der Arbeiterbewegung niederschlagen. Weil die kapitalistische Organisation von Produktion und Austausch in hohem Maße das Bewußtsein der Lohnabhängigen bestimmt und falsche Vorstellungen über die gesellschaftlichen Verhältnisse erzeugt, ist die Aufarbeitung der subjektiven Erfahrungen unabdingbar.

Dabei ist die Gesamtheit der Erfahrungen der Arbeiterbewegung – ihre durchaus widersprüchliche Entwicklung, ihre Erfolge wie ihre Niederlagen – von Bedeutung. Der plakative Bezug auf eine bestimmte „Tradition“ der Arbeiterbewegung, deren behauptete Ungebrochenheit viel mit gegenwärtigen Legitimationsbedürfnissen, wenig hingegen mit wirklichen historischen Prozessen zu tun hat, führt genau so wenig weiter wie die Identifikation mit bestimmten Theorie- und Strategieansätzen, die aus ihrem jeweiligen historischen Entstehungszusammenhang gelöst werden. Damit ist nicht gesagt, daß die Arbeiterklasse nicht auch in dem Sinne aus der Geschichte lernen könne, daß sie aus den historischen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung Konsequenzen für gegenwärtige Notwendigkeiten des Kampfes zieht. Gerade angesichts der unterbrochenen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung muß hier eine wesentliche Aufgabe sozialistischer Organisation gesehen werden.

Aus Erfahrungsberichten allein können keine politischen Konsequenzen gezogen, Erfahrungen von einzelnen und Gruppen müssen verallgemeinert werden. Und nur dann können aus ihnen Lehren sowohl für diejenigen, die sie selbst gemacht haben, als auch für andere gewonnen werden, wenn ihre jeweilige Bedeutung, ihr Stellenwert im Rahmen sozialistischer Praxis klar wird. Dies ist aber nur möglich, wenn die Erfahrungen und Erfahrungsberichte theoretisch aufgearbeitet werden, d.h., auf gemeinsame Begriffe gebracht werden. Gerade weil wir nicht von abstrakten Dogmen ausgehen und auch nicht die praktischen Schritte und die organisatorischen Konsequenzen aus abstrakten Begriffen „ableiten“, können wir nicht auf eine theoretische, wissenschaftliche Begründung unserer Politik verzichten. Gerade weil wir den Erfahrungs- und Lernprozessen der im Sozialistischen Büro organisierten oder sich ihm zugehörig fühlenden Gruppen und Einzelpersonen einen so entscheidenden

Von daher ergibt sich auch die Bedeutung der Theorie und der theoretischen Arbeit im politischen Zusammenhang des Sozialistischen Büros. Natürlich reicht es nicht aus, sich abstrakt zur marxistischen Theorie zu bekennen oder gar ohne weitere Umstände einen „Marxismus-Leninismus“ oder den „dialektischen und historischen Materialismus“ bloß auf eine aktuelle Lage „anzuwenden“. Ein solches Vorgehen würde nicht nur die Theorie vergewaltigen; es würde auch davon absehen, daß innerhalb der sozialistischen und kommunistischen Bewegung von einer unstrittigen marxistischen Theorie selbst bei denjenigen nicht mehr gesprochen werden kann, die sich programmatisch auf solch ein geschlossenes Theoriegebäude beziehen. Wenn wir also der Theorie gerade für die Aufarbeitung von Erfahrungen und für die Einleitung von Lernprozessen zur Entwicklung sozialistischer Handlungsperspektiven eine zentrale Bedeutung zuzumessen, dann immer unter dem Gesichtspunkt, daß

die Theorie sich bei der Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse und der sich daraus für Sozialisten ergebenden Probleme als brauchbar erweist. Wir gehen davon aus, daß nicht irgendeine Theorie diesem Anspruch zu genügen vermag, sondern dieser letztendlich nur durch Weiterentwicklungen der Marxschen Theorie eingelöst werden kann. Die Konflikt erfahrungen, vor allem in den Betrieben, aber auch in den anderen Arbeitsbereichen, sind daher in den Erklärungszusammenhang einer marxistischen Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus zu stellen.

### 3 – Linke Intellektuelle und Arbeiterklasse

Für das Sozialistische Büro – wie für die meisten anderen linken Organisationen auch – ergeben sich besondere Schwierigkeiten aus der Tatsache, daß seine aktivsten Mitglieder überwiegend Intellektuelle sind. Deren Erfahrungen sind andere als diejenigen der Industriearbeiterschaft, weil ihre Klassenlage von derjenigen der Arbeiter verschieden ist. Wenn dennoch die Aufarbeitung von Erfahrungen in Orientierung auf die Lohnarbeiter als mögliche Träger des revolutionären Prozesses geschieht, dann liegt darin immer eine doppelte Gefahr, deren sich die Sozialisten bewußt sind: einerseits kann es zu einem Stellvertreterverhältnis kommen, in dem Erfahrungen und Ansprüche von Intellektuellen einfach auf die übrigen Lohnabhängigen übertragen werden. Andererseits kann die gerade in Deutschland traditionelle Trennung von Arbeiterklasse und linken Intellektuellen vergrößert werden, wenn es nicht gelingt – ausgehend von den bestehenden Interessenunterschieden – die gemeinsamen Bezugspunkte sozialistischer Praxis genau herauszuarbeiten. Dabei ist gerade von Intellektuellen immer zu berücksichtigen, daß die stets vorhandene Kluft zwischen revolutionärer Theorie und dem, was in der Gegenwart real durchführbar ist, beim einzelnen Lohnarbeiter auch Abwehrhaltungen hervorrufen kann. Erst die Erfahrung von Erfolgen von Gegenmacht und sozialistischer Solidarität kann die aus Ohnmachtserfahrungen sich ergebenden Abwehrhaltungen aufbrechen.

Für die theoretische Arbeit sozialistischer Organisationen und speziell für deren Agitation und Propaganda ergibt sich daraus, daß nicht nur die richtige Einsicht in die herrschenden Verhältnisse verbreitet, sondern auch eine realistische Einschätzung der Erfolgsaussichten von Aktionen gegeben werden muß. Mit anderen Worten: Eine Organisation, die noch überwiegend aus Intellektuellen besteht, kann sich selbst zugrundерichten, wenn sie in ihrer Praxis

lediglich die Kluft bestätigt, die zwischen der propagierten intellektuellen Einsicht in die Formen und Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft sowie den daraus abgeleiteten revolutionären Forderungen einerseits und der organisatorischen Unfähigkeit, diese Forderungen auch zu verwirklichen, andererseits besteht.

Jede sozialistische revolutionäre Bewegung muß heutzutage davon ausgehen, daß in den kapitalistischen Ländern die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse und der übrigen lohnabhängigen Massen Ausgangspunkt und Grundlage der Klassenkämpfe sind. Die Politisierung der Massen beginnt mit den vielen unmittelbaren, teils auch unbewußten, unvollständigen Erfahrungen einzelner in einem langen und ständigen Prozeß der Konflikttaustragung in den Arbeits- und anderen Lebensbereichen. Sozialistisches Bewußtsein bildet sich im Zusammenhang von Kämpfen und deren umfassender Aufarbeitung. Ein sozialistischer Standpunkt und entsprechend organisierte politische Praxis stehen nicht am Anfang dieses Erfahrungsprozesses, sondern sind sein Ergebnis.

lediglich die Kluft bestätigt, die zwischen der propagierten intellektuellen Einsicht in die Formen und Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft sowie den daraus abgeleiteten revolutionären Forderungen einerseits und der organisatorischen Unfähigkeit, diese Forderungen auch zu verwirklichen, andererseits besteht.

## II. ZUR ENTWICKLUNG DER SOZIALISTISCHEN BEWEGUNG IN WESTDEUTSCHLAND SEIT 1945

Im Unterschied zu einer Reihe anderer europäischer Länder befindet sich in Westdeutschland die sozialistische Bewegung noch auf einem Tiefstand ihrer Entwicklung. Dazu haben sowohl die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung durch den Faschismus als auch der Zerfall noch vorhandener sozialistischer Orientierungen in der Phase des "Wirtschaftswunders" sowie der besonders starke westdeutsche Antikommunismus beigetragen. Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern ist in der Bundesrepublik auch die reformistische Linie im Sinne der Tradition der Arbeiterbewegung als organisierte Massenposition nicht mehr vertreten. Eindeutiger als in fast allen anderen europäischen Ländern überwieg in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung die "sozialpartnerschaftliche" Linie; die westdeutsche Sozialdemokratie als Wahlpartei der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterschaft hat sich selbst von reformistischen Konzeptionen getrennt.

### 4 – Nachwirkungen des Faschismus

Die Schwierigkeiten, in der Bundesrepublik sozialistische Alternativen zur Politik der Sozialdemokratie und zur sozialpartnerschaftlichen Linie in den Gewerkschaften zu formulieren und durchzusetzen, beruhen zum Teil auf der unaufgearbeiteten Erfahrung des Faschismus. Der Faschismus, der auch Resultat der Fehler der deutschen Arbeiterbewegung war und gegen dessen Machtergreifung die Arbeiterorganisationen keinen geschlossenen Widerstand leisteten, hatte die alten kommunistischen, sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen zerschlagen und eine Vielzahl von Kadern klassenbewußter Arbeiter physisch vernichtet.

Der Faschismus wurde von der deutschen Arbeiterklasse als eine katastrophale Niederlage begriffen. Er hatte die auf ihren Masseneinfluß und auf ihre Kampftraditionen stolzen Arbeiterorganisationen mit einem Schlag zum ohnmächtigen Objekt der Unterdrückung gemacht. Diese Ohnmachtserfahrungen gegenüber dem Faschismus, die durch ungenügende theoretische Analysen seiner sozio-ökonomischen Ursachen nur noch bekräftigt wurden, hatten langfristige Folgen für das Bewußtsein der Arbeiter; die Integration erheblicher Teile auch der Arbeiterklasse in den deutschen Faschismus lebte nach 1945 im Antikommunismus fort.

### 5 – Antikommunismus

In keinem anderen kapitalistischen Land (vielleicht mit Ausnahme der Vereinigten Staaten) wurde der Antikommunismus nach dem Kriege zu einer solchen materiellen Gewalt wie in Westdeutschland. Daß er diese bestimmende Wirksamkeit auch auf die Arbeiterklasse

ausüben konnte, kann nicht allein auf die Nachwirkungen des Faschismus, auf die Manipulation der herrschenden Klassen und auf die Einflüsse des amerikanischen Imperialismus zurückgeführt werden. Vielmehr lagen diesem westdeutschen Anti-Kommunismus auch Erfahrungen zugrunde, die eng verbunden waren mit der Existenz eines Staates auf deutschem Boden, in dem unter äußerst ungünstigen ökonomischen und politischen Bedingungen eine demokratische und sozialistische Ordnung aufgebaut werden sollte. Die Probleme, die bei diesem Aufbauver such entstanden, waren in ihren Wirkungen bis zum Bau der Berliner Mauer in einer breiten Abwanderungsbewegung sichtbar, deren Ursache keineswegs nur die Verlockungen des "goldenen Westens" und die Versprechungen westlicher Propaganda waren. Hinzu kommt, daß die alltägliche Erfahrung des Widerspruchs zwischen sozialistischem Anspruch und einer Realität in der DDR durch Praktiken der Unterdrückung von sozialistischen und gewerkschaftlichen Oppositiionsansätzen bestätigt wurde.

Von Arbeitern getragene Widerstandsaktionen in sozialistischen Ländern (z.B. 17. Juni 1953), mußten der westdeutschen Arbeiterklasse den Eindruck vermitteln, daß die Arbeiter dort keine gesicherten Rechte besitzen, um ihre Interessen zur Geltung zu bringen.

Nachwirkungen des Faschismus, die durch die Situation der deutschen Teilung bedingte Berührung mit einem dem Anspruch nach sozialistischen Staat und die Realität des Stalinismus haben mit dazu beigetragen, daß der Antikommunismus in Westdeutschland zu einem zentralen politischen Faktor werden konnte. Er existiert auch heute noch, wenn auch in vielen Punkten abgeschwächt und durchlöchert.

Nachkriegserfahrungen mit den sozialistischen Ländern trugen dazu bei, daß sich auch unter Arbeitern eine Tendenz entwickelte, Faschismus und Stalinismus bzw. Kommunismus gleichzusetzen, — ganz entsprechend der Formel der bürgerlichen Soziologie vom "Totalitarismus", aus der die spezifischen gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen dieser zwei Formen der Aufhebung der bürgerlichen Demokratie verschwinden. In diesem Totalitarismusvorwurf liegt auch einer der Gründe für die Fetischisierung des parlamentarischen Regierungssystems und der ihm zugehörigen Institutionen, von denen sich die Arbeiter die Sicherung ihrer Freiheitsrechte und den Schutz vor Willkürherrschaft erhoffen.

## 6 – Gewerkschaften und SPD nach 1945

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Zerschlagung des faschistischen Herrschaftsapparats von außen her gab es in Deutschland nicht wie nach dem Ersten Weltkrieg eine sozialrevolutionäre Bewegung. Die alten Organisationen der Arbeiterbewegung wurden neu gegründet, die ökonomischen und politischen Verhältnisse schränkten jedoch ihre Handlungsmöglichkeiten erheblich ein. Die Sowjetunion unterwarf in dem von ihr besetzten Teil Deutschlands die Arbeiterbewegung ihrer politischen Steuerung. In den westlichen Besatzungszonen behinderten die Besatzungsmächte jeden Ansatz einer sozialistischen Entwicklung und leiteten stattdessen die kapitalistische Restauration ein. Dies gelang ihnen umso leichter, als der Faschismus die deutsche Arbeiterklasse verheerend geschwächt hatte: Große Teile der Arbeiterklasse waren politisch demoralisiert und der sozialistischen Tradition entfremdet. Tausende von aktiven Kommunisten und Sozialisten waren in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern ermordet worden, viele wichtige Kader gingen in die DDR. Die politische Handlungsfähigkeit der Arbeiterschaft wurde auch durch die unmittelbaren materiellen Probleme begrenzt. Not und Elend der Nachkriegsjahre brachten viele Arbeiter dazu, sich zuerst einmal um die notwendigsten Lebensmittel zu kümmern und den Wiederaufbau voranzutreiben, ohne sich um dessen gesellschaftliche Form zu kümmern.

Die traditionelle Orientierung der SPD auf eine reformistische Linie und der in ihr neu belebte Anti-Kommunismus drängten diese Partei nach 1945 zur Einpassung in die kapitalistische Restauration und in die westliche Front des Kalten Krieges. Ihre Politik war gekennzeichnet durch die Ablehnung sozialdemokratischer und kommunistischer Aktionseinheit und durch den schrittweisen Übergang von reformistischen Positionen zu politischen Strategien, die nur noch auf die Modernisierung des kapitalistischen Systems abzielen.

Die traditionell enge Verbindung zwischen SPD und Gewerkschaften förderte eine ähnliche Entwicklung in den Gewerkschaften der Nachkriegszeit. Die Nachkriegsgeschichte der westdeutschen Arbeiterbewegung läßt sich als Prozeß einer fortschreitenden, teils von den Alliierten erzwungenen, teils freiwillig vollzogenen Abkehr von sozialistischen Ansätzen und der Underdrückung klassenkämpferischer Ansätze an der Basis beschreiben. Im Zeichen des Kalten Krieges und des Anti-Kommunismus verloren die Kommunisten, die den faschistischen Terror überlebt hatten, ihren Einfluß innerhalb der westdeutschen Gewerkschaften

und wurden systematisch aus diesen hinausgedrängt.

Die antikapitalistischen Züge der Programme der Nachkriegssozialdemokratie und des Münchner Grundgesetzes des DGB von 1949 hatten zwar bei den Massen Zustimmung gefunden, weil sie auf ihre, wenn auch diffusen, Hoffnungen auf eine demokratische und soziale Gesellschaftsordnung eingingen und zugleich Maßnahmen gegen die unmittelbare Not der Nachkriegszeit versprachen. Sobald aber der sich neu entfaltende Kapitalismus wirtschafts- und sozialpolitische Zugeständnisse machen konnte, verloren solche Bekennnisse ihre Bedeutung für die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Praxis. In der Zeit des Wirtschaftswunders beschränkte sich gewerkschaftliche Politik zunehmend auf Tarifpolitik. Ziel war nicht die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, sondern dessen Modernisierung zum Zwecke der Sicherung wirtschaftlichen Wachstums und der Vollbeschäftigung. Die wirtschaftsdemokratischen Hoffnungen der Gewerkschaften wurden widerlegt, als sich zeigte, daß sie ihre Vorstellungen nicht über die Montanindustrie hinaus verwirklichen konnten. Es gelang dem DGB lediglich, Positionen, die bereits von der britischen Besatzungsmacht gewährt worden waren, im Mitbestimmungsgesetz von 1951 zu halten.

Die Halbherrlichkeit, mit der um die "Neuordnung", von Wirtschaft und Gesellschaft gekämpft worden war, führte ein Jahr später zu einer eindeutigen Niederlage der Gewerkschaften bei der Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952. Die Friedenspflicht der Betriebsräte und ihre Verpflichtung auf das Wohl des Betriebs (also des Kapitals) und der "Allgemeinheit" machten sie als Vertretungsorgane der Beschäftigten von vornherein machtlos und stellten den Versuch dar, sie zum Erfüllungsgeschilfen der Unternehmensführung zu machen. Dies ist in vielen Fällen auch gelungen, ohne daß allerdings behauptet werden könnte, daß Betriebsräte durchgängig als Integrationsorgane funktioniert hätten. Wo sie aber klassenkämpferische Positionen zu beziehen versuchten, da wurden in den entsprechenden Arbeitsgerichtsentscheidungen ihre politischen Möglichkeiten mehr und mehr eingeengt.

Die Integrationskraft der in dieser Zeit schon blühenden Wirtschaftsentwicklung reichte hin, um noch vorhandene klassenkämpferische Positionen zu schwächen. Außerdem wurde politisch und gerichtlich diszipliniert. 1952 verbot die Bundesregierung die FDJ und 1956 das Bundesverfassungsgericht die KPD, zu

## 7 – Kapitalistische Restauration – Integration und Repression

einer Zeit, wo beide Organisationen schon keine große politische Bedeutung mehr hatten. Der Zweck des Verbots war die Einschüchterung und Ausschaltung aller sozialistischen Ansätze.

Einzelne Versuche, die Niederlage im Kampf um die gesellschaftliche Neuordnung auf lohnpolitischem Gebiet wettzumachen, blieben nur Konzeptionen, wurden niemals in der westdeutschen Geschichte wirklich angewandt. Die "expansive Lohnpolitik" – von Viktor Agartz begründet – blieb Diskussionsgegenstand in den Gewerkschaften ohne lohnpolitische Auswirkung. Zwar ergab sich im Verlaufe des "Wirtschaftswunders" ein Reallohnzuwachs, doch konnte trotzdem das Kapital so stark akkumulieren, daß die Einkommens- und Vermögensverteilung für die Arbeiterklasse immer ungünstiger wurde. Den Klagen über diesen Zustand aber entsprachen keineswegs politische Ver suchen, ihn zu ändern, – bis Anfang der 60er Jahre mit den Konzeptionen der "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" auch die Kritik an den herrschenden Verteilungsverhältnissen noch benutzt wurde, um einen weiteren Schritt der Integration in die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zu tun.

## 8 – Der Weg der Gewerkschaften in die Sozialpartnerschaft

Die skizzierten Veränderungen in den westdeutschen Gewerkschaften folgten der Logik einer pragmatischen Interessenvertretung unter Bedingungen einer langen Periode wirtschaftlichen Aufschwungs. In ihr konnten die Gewerkschaften tarifpolitische Erfolge erzielen, die den Lebensstandard der Lohnabhängigen ohne größere Schwankungen allmählich erhöhten. Damit sicherten sie sich eine Folgebereitschaft der Mitgliedermehrheit für ihre jeweilige Politik. Nach "außen" war diese Politik darauf gerichtet, den Wirtschaftsaufschwung tarifpolitisch auszunutzen, ihn jedoch nicht durch eigenes Handeln zu gefährden; d.h., Art und Höhe der Forderungen wurden den konjunktuell bedingten Konzessionsspielräumen der Kapitalisten (bestimmt durch Wachstums- und Inflationsraten) angepaßt. Dem entsprach eine Politik nach "innen", die darauf hinauslief, den Mitgliedereinfluß auf die tarifpolitische Willensbildung zu beschränken. Zuerst richteten sich diese Einschränkungen der innerverbändlichen Demokratie gegen die unteren Funktionäre und besonders aktiven Mitglieder. Solange die tarifpolitischen Erfolge – vor allem die jährlichen Reallohnheröhungen, die schrittweise Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit und die Verlängerung des Tarifurlaubs – eine breite Loyalität der Mitglieder erzeugten, konnte auch die zentra-

listische Organisationsstruktur der Gewerkschaften ausgebaut werden. – So kann auch der Entwicklungsprozeß der Gewerkschaften in den 50er Jahren – und erst recht in den 60er Jahren – als Integrationsprozeß in den westdeutschen Kapitalismus und als Unterwerfung prozeß unter die bürgerliche Politik beschrieben werden. Dieser Prozeß fand – wie in der SPD schon mit dem Godtsberger Programm 1959 – im DGB seinen programmatischen Ausdruck im Düsseldorfer Programm von 1963.

Es wäre jedoch falsch, neben dieser Hauptlinie der Entwicklung die vielen Konflikte, Streiks und Kämpfe zu vergessen, die die Bruchlosigkeit der Integration immer wieder in Frage stellten, wenngleich die Aktionen häufig in Niederlagen endeten. Ohne diese Kampfaktionen zu überschätzen, ist es dennoch wichtig festzuhalten, daß in den gewerkschaftlichen Aktivitäten der 50er Jahre nicht nur Lohninteressen, sondern auch darüber hinausgehende Forderungen (wie die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten in der Lohnfortzahlung) durchgesetzt wurden. In die gleiche Periode fielen auch innergewerkschaftlich unterstützte Kampagnen gegen die verstärkte Remilitarisierung und die Atomrüstung.

Daß diese Aktionen häufig mit dem politischen Rückzug der Gewerkschaftsführungen endeten, daß die SPD keine sozialistische Orientierung bot und die KPD zur Bedeutungslosigkeit abgesunken war, all dies trug zur Verbreitung von Resignation bei vielen klassenbewußten Arbeitern bei. Ansätze zu massenhaften Lernprozessen, die über das kapitalistische System hinauswiesen, gingen daher nur noch ansatzweise von den traditionellen Bereichen der Entwicklung von Klassenbewußtsein, den Gewerkschaften, aus.

Die Ansätze zu einer neuen sozialen Bewegung in der BRD nahmen ihren Ursprung beim liberalen Selbstverständnis der bürgerlichen, als einer tendenziell friedlichen, freiheitlichen, gerechten und emanzipier-ten Gesellschaft. Moralistische Empörung gegen eine vermeintlich der bürgerlichen Gesellschaft nicht angemessene Politik, verbunden mit dem Wunsch, eine Fehlentwicklung zu verhindern, waren der erste Antrieb zur freilich zunächst systemimmananten, aber doch außerparlamentarisch agierenden Opposition in der BRD. Die Kampagnen gegen die Wiederaufrüstung, gegen die nukleare Ausrüstung der Bundeswehr und gegen die Stationierung von Atomwaffen in der BRD entwickelten sich zunächst folgerichtig im Rahmen der bestehenden politischen Opposition der sozialdemo-krat-

listische Organisationsstruktur der Gewerkschaften ausgebaut werden. – So kann auch der Entwicklungsprozeß der Gewerkschaften in den 50er Jahren – und erst recht in den 60er Jahren – als Integrationsprozeß in den westdeutschen Kapitalismus und als Unterwerfung prozeß unter die bürgerliche Politik beschrieben werden. Dieser Prozeß fand – wie in der SPD schon mit dem Godtsberger Programm 1959 – im DGB seinen programmatischen Ausdruck im Düsseldorfer Programm von 1963.

Es wäre jedoch falsch, neben dieser Hauptlinie der Entwicklung die vielen Konflikte, Streiks und Kämpfe zu vergessen, die die Bruchlosigkeit der Integration immer wieder in Frage stellten, wenngleich die Aktionen häufig in Niederlagen endeten. Ohne diese Kampfaktionen zu überschätzen, ist es dennoch wichtig festzuhalten, daß in den gewerkschaftlichen Aktivitäten der 50er Jahre nicht nur Lohninteressen, sondern auch darüber hinausgehende Forderungen (wie die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten in der Lohnfortzahlung) durchgesetzt wurden. In die gleiche Periode fielen auch innergewerkschaftlich unterstützte Kampagnen gegen die verstärkte Remilitarisierung und die Atomrüstung.

Daß diese Aktionen häufig mit dem politischen Rückzug der Gewerkschaftsführungen endeten, daß die SPD keine sozialistische Orientierung bot und die KPD zur Bedeutungslosigkeit abgesunken war, all dies trug zur Verbreitung von Resignation bei vielen klassenbewußten Arbeitern bei. Ansätze zu massenhaften Lernprozessen, die über das kapitalistische System hinauswiesen, gingen daher nur noch ansatzweise von den traditionellen Bereichen der Entwicklung von Klassenbewußtsein, den Gewerkschaften, aus.

Die Ansätze zu einer neuen sozialen Bewegung in der BRD nahmen ihren Ursprung beim liberalen Selbstverständnis der bürgerlichen, als einer tendenziell friedlichen, freiheitlichen, gerechten und emanzipier-ten Gesellschaft. Moralistische Empörung gegen eine vermeintlich der bürgerlichen Gesellschaft nicht angemessene Politik, verbunden mit dem Wunsch, eine Fehlentwicklung zu verhindern, waren der erste Antrieb zur freilich zunächst systemimmananten, aber doch außerparlamentarisch agierenden Opposition in der BRD. Die Kampagnen gegen die Wiederaufrüstung, gegen die nukleare Ausrüstung der Bundeswehr und gegen die Stationierung von Atomwaffen in der BRD entwickelten sich zunächst folgerichtig im Rahmen der bestehenden politischen Opposition der sozialdemo-krat-

tischen Partei und den mit ihr eng verbundenen Gewerkschaften, da diese sich entsprechend den Traditionen der Arbeiterbewegung gegen Aufrüstung und für internationale Völkerverständigung engagierten und so zumindest bereit schienen, Konsequenzen aus der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges zu ziehen. Diese erste Phase systemimmanenter Protestbewegung – „Kampf dem Atomtod“ – scheiterte Ende der 50er Jahre an dem Irrtum – der gleichzeitig auch den ersten wichtigen Lernschritt der Protestbewegung kennzeichnet –, daß SPD und Gewerkschaften dem Protest gegen atomare Aufrüstung konsequent Ausdruck geben könnten und deshalb ihre organisatorische Basis für die Protestbewegung angemessen sei. Es wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht erkannt, daß die Forderung nach Abrüstung, also nach Verzicht auf das entscheidende Gewaltpotential, für die bürgerliche Gesellschaft eine systemspielmäßige Forderung darstellt. Die SPD – auf dem Wege von der Klassen- zur Volkspartei, von einer sozialistisch-reformistischen zu einer reform-kapitalistischen Partei sich wandelnd – konnte deshalb letztlich eine solche Forderung nur taktisch und zeitweilig zur Verbesserung ihrer parlamentarischen Chancen aufgreifen. Die Unterordnung der Ziele der Anti-Atom-Bewegung unter die taktischen Ziele der etablierten Organisationen, deren Weigerung, für die Ziele der Bewegung tatsächlich zu kämpfen und sie sich nicht nur manipulatorisch nutzbar zu machen, war eine wichtige Erfahrung der Protestbewegung bis 1960 und gleichzeitig ein Punkt – wenngleich auch damals weitgehend theoretisch unbegriffen – wachsender kritischer Distanz von diesen traditionellen Organisationen. Hier entwickelten sich somit Ansätze zu neuer, sich zunehmend selbständiger organisierender Opposition.

Politik des Ostermarsches zwang sie zu fadenscheiniger Distanzierung, die von ihren eigenen Anhängern nur als Distanzierung von der eigenen Argumentation über Rüstung und Abrüstung verstanden werden konnte. Daraus ergaben sich nicht nur heftige Auseinandersetzungen in Gewerkschaften und Sozialdemokratie, sondern gleichzeitig neue Bindungen eines Teils gerade ihrer aktiven Mitglieder an politische Zusammenhänge (wie Ostermarsch), die außerhalb des Einflußbereiches der etablierten Organisationen standen.

Diese Konflikte wurden verschärft durch die Reaktion des bürgerlichen Staates. Dadurch, daß die Ostermarsch-Bewegung den bürgerlichen Staat beim Wort nahm, ihm seine eigene Melodie von Frieden und Freiheit vorspielte, so als handele es sich um die vom Staat bejahten demokratischen Aufgaben demokratischer Bürger, Fehlentwicklungen durch staatsbürglerisches Engagement zu verhindern, zwang sie ihn, Farbe zu bekennen. In zunehmender Deutlichkeit wurde die Legitimation der bürgerlichen Gesellschaft als Rechtfertigungsideologie zur Sicherung des kapitalistischen Herrschaftssystems sichtbar, – dies freilich nur in groben Umrissen und nur für diejenigen, die sich an dieser Kampagne beteiligten und in ihrem Lernprozeß einbezogen wurden. Zerbrachen die Legitimation der bürgerlichen Gesellschaft und ihre scheinbaren Wertmaßstäbe zunächst auch nur im Bereich von Rüstung, Abrüstung, Kriegsdienst und Friedenspolitik, so änderte sich dies, als, ausgehend von der Rüstungsproblematisität, immer neue – nun innerpolitische – Bereiche (Pressekonzentration, Notstandsgesetze), die sich als dem Militärkomplex verbunden erwiesen, in die Kampagne einbezogen werden mußten.

Die Fortführung der Protestbewegung in den 60er Jahren, der Ostermarsch der Atomwaffengegner, baute auf dieser ersten Erfahrung auf. Er organisierte sich unabhängig von SPD und Gewerkschaften. Er forderte alle Organisationen, die seine Ziele zu teilen bereit waren, zur Beteiligung auf gleichberechtigter Basis auf, wandte sich aber nicht nur an die Organisations spitzen, sondern gleichzeitig auch an die Mitglieder der Organisationen, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Arbeiterjugend, Christen und Pazifisten. Die feindlichen bis wütenden Reaktionen der Organisationsapparate zeigten, in welchen Rechtfertigungs zwiespalt die etablierten Organisationen hierdurch gegenüber ihren Mitgliedern gerieten: die unabhängige

## 10 – Eine neue Oppositi ons bewegung: Ostermarsch

Hinter der Fassade von Frieden, Freiheit und Menschlichkeit kamen immer mehr Argumentationslosigkeit und Gewalt anstelle staatlicher Legitimation zum Vorschein. Ihren konsequenteren und brutalsten Ausdruck fand diese Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft im Krieg der USA in Vietnam, der wie kein anderes Ereignis der Nachkriegsgeschichte Illustrationen über den angeblich friedlichen Charakter der kapitalistischen Gesellschaft bei vielen zerstörte. Diese Erkenntnis wurde nicht nur auf die amerikanische Gesellschaft bezogen. Gerade auch die Politik der Bundesregierung, die die amerikanische Aggression in Vietnam abzusichern suchte, öffnete die Außen für die Zusammenhänge internationaler imperialistischer Politik.

## 11 – Lernprozesse über den Gewaltcharakter der bürgerlichen Gesellschaft – Vietnamkrieg

Die Ostermarsch-Bewegung – die spätere "Kampagne für Demokratie und Abrüstung" – war der erste erfolgreiche Versuch, Protest außerhalb von Parteien, Gewerkschaften und anderen bestehenden Verbänden in einer eigenständigen Sammlungsbewegung zu organisieren. Ihre in einem fast zehnjährigen Zeitraum erprobten neuen Demonstrations- und Aktionsformen, sowie ihre öffentlichkeitswirksame Argumentation waren wesentliche Momente eines Lernprozesses, in dem die Möglichkeit wie auch die Notwendigkeit einer neuen, unabhängigen Oppositionsbewegung aufschien. Gleichwohl konnte diese Bewegung über die Einsicht in den Gewaltharakter der bürgerlichen Gesellschaft hinaus keine sozialistische Perspektive gewinnen. Einmal lag dies an dem weiterhin ungebrochenen ökonomischen Aufschwung der Nachkriegsperiode und zum anderen in der Klassenunspezifischen Zusammensetzung ihrer aktiven Teilnehmer. Allerdings waren an dieser Bewegung Restgruppen der "Alten Linken", viele klassenbewußte Arbeiter, vor allem organisierte Arbeitertjugend (Gewerkschaftsjugend, Naturfreunde, Falken) beteiligt. Für sie konnte der Ostermarsch als die praktische Seite der nur verbalen antimilitaristischen Proteste ihrer eigenen Organisationen gelten.

Dieser Lernprozeß der zweiten Phase der Protestbewegung erhielt an der "historischen Stelle" eine neue Qualität, wo die Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen dieser Politik und den Möglichkeiten ihrer Überwindung in den Mittelpunkt rückte. In diesem Moment erwies sich die Sammelprotestbewegung mit ihrer großen Heterogenität als nicht mehr angemessene Organisationsform. Je nach Schichten- und Klassenzugehörigkeit sowie nach der jeweiligen persönlichen Sozialisation und im Zuge einer immer weitergreifenden politischen Orientierung wandten sich die größten Teile der Sammelbewegung marxistischen Erklärungsmustern und Formen der Organisierung politischer Arbeit und Strategie zu. Ein wichtiges Moment war dabei die politische Studentenbewegung.

12 – Studentenbewegung – Auch die Studentenbewegung gegen Ende der 60er Jahre in der BRD ging von einem weitgehend systematischen Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft aus. Studenten in Westberlin machten die Erfahrung, daß das "freiheitliche" Modell der Freien Universität und ihre Institutionen sich von den offiziell verkündeten demokratischen Regeln und Verhaltensnormen abwandten, wenn diese sich gegen die

herrschenden Interessen richteten. Die Einsicht in die Folgenlosigkeit rationaler Argumentation in universitären Gremien und die ständige Verschlechterung der sozialen Lage und Ausbildungssituation an den Universitäten ließ die Notwendigkeit der Mobilisierung von Studenten für ihre eigenen Interessen erkennen. Die daraufhin schnell sich enttäuschende Gewaltsamkeit des Staatsapparates (z.B. 2. Juni 1967) und die kritisch-wissenschaftliche Analyse dieser Vorgänge, leiteten zu einer Theorie- und Strategiediskussion auf breiter Basis über, die bald die besonderen Konfliktursachen überschritt. Von den Studenten selbst organisierte Kampagnen (Springer), Maßnahmen der Herrschenden (Durchsetzung der Notstandsgesetzgebung) und außenpolitische Ereignisse (vor allem der Vietnamkrieg) trieben die gesellschaftliche Analyse in breiter Diskussion über die Denkverbote-Grenzen bürgerlicher Sozialwissenschaft hinaus zu dem Versuch der Rekonstruktion der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, der Freudischen Psychoanalyse und der Wiederaufnahme von Fragestellungen, die in der Periode 1918 bis 1933 gegenwärtig waren, aber durch den Faschismus und die Nachkriegszeit verschüttet wurden.

Eine Nahstelle zwischen Traditionen der sozialistischen Bewegung und den neuen Protestbewegungen stellte als wichtigster organisatorischer und politischer Träger der Studentenbewegung der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) dar, der 1961 aus der SPD ausgeschlossen worden war und – wie die Ostermarsch-Bewegung – seine organisatorische Selbständigkeit als wichtige Voraussetzung für die Entfaltung sozialistischer Analyse und Strategie gewonnen hatte.

Mit der Perspektive sozialistischer Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse verknüpfte die Studentenbewegung zugleich das Problem der individuellen Emanzipation. Sowohl die Gegenstände, die von der Studentenbewegung auf- und angegriffen wurden, als auch ihre vielfältigen und einfallreichen Aktions- und Protestformen führten zur Durchbrechung von Tabus des Kalten Krieges und des bürgerlichen Gewaltmonopols sowie zur Aufdeckung des manipulativen Charakters der Massenmedien. In den großen Kampagnen zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und gegen die Springer-Presse glichen sich Ziele und Argumentation von Studentenbewegung und Protestbewegung immer mehr an. Sie verschmolzen zur Außerparlamentarischen Opposition (APO). In der Kampagne gegen die Notstandsgezeuge gewann diese Bewegung eine neue Qualität, zumal es

ihr dabei gelang, aktive Gewerkschafter in ihre Aktionen einzubziehen (Bonner Sternmarsch 1968). Wenn es der Studentenbewegung dennoch nicht gelang, daraus eine kontinuierliche politische Praxis mit realistischer Perspektive für die gesamte APO zu entwickeln, so beruhte das nicht nur auf der erst bruchstückhaften Theorientwicklung und auf dem niedrigen Niveau der Klassenkämpfe, sondern auch auf der sozialen Beschränktheit der Basis dieser Bewegung und der dadurch bewirkten Unfähigkeit, die Erfahrungen und subjektiven Bewußtseinsstrukturen anderer sozialer Bereiche in Theoriebildung und strategische Zielsetzung einzubeziehen. Ihr Beitrag zum gesamten Lernprozeß der neuen Opposition konnte zu diesem Zeitpunkt kaum den von den studentischen Lebens- und Arbeitsbedingungen letztlich eng gezeigten Rahmen überschreiten.

Zwar stellten Versuche wie die einer "kritischen Universität", einer "linken Gegenöffentlichkeit" (neue Verlage, Publikationen), veränderte Lebensform (Wohngemeinschaften, Kinderläden) die Selbstverständlichkeit der herrschenden bürgerlichen Verhältnisse in Frage, gleichzeitig wurde aber deutlich, daß von der Universität, der studierenden Jugend, Impulse gegeben werden können, aber nicht die Gesellschaft entscheidend verändert werden kann. Von dieser Erkenntnis ausgehend, war die Orientierung der Studentenbewegung auf eine Verbindung mit dem möglichen revolutionären Subjekt – der Arbeiterklasse – nur folgerichtig. Der Kampf in der unterentwickelten Welt für nationale und soziale Befreiung, beispielhaft geführt durch die Befreiungsbewegung in Vietnam und symbolisiert durch Ho Tschu Minh und Che Guevara, wies so zu einer Identifikation der Studentenbewegung mit diesen Kräften als dem Weltproletariat. Da jedoch internationale Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in den industrialisierten kapitalistischen Staaten meist nur aufklärend und protestierend bleibt, letztlich also nicht direkt eingreifend wirksam werden konnte, entwickelte sich zugleich aus dem Internationalismus die "proletarische Wende" in der Studentenbewegung.

Angeregt durch die gemeinsamen Aktionen mit Teilen der Arbeiterklasse gegen die Notstandsgesetze und geprägt vor allem von der Erfahrung der spontanen Streiks 1969 fand die Hinwendung der Studentenbewegung zur Basisarbeit hier ihren Ausgangspunkt; allerdings auch der "Proletkult", der den Arbeiter feiert, aber seine Situation, sein Bewußtsein und seine sublektiven Bedürfnisse nicht zum Ausgangspunkt praktischer politischer Bemühungen macht. Wenn auch der Versuch direkter Kontaktaufnahme zu Arbeitern durch Betriebsarbeit von studentischen Gruppen nicht zur Durchbrechung der studentischen Isolierung auf breiter Basis geführt hat, so ist doch die Studentenbewegung nicht ohne Einfluß auf Teile der Industriearbeiterenschaft geblieben. Dieser Einfluß vermittelte sich auf mehreren Ebenen: die Rezession 1966/67 und das offene Einschwenken der SPD in eine reformkapitalistische Strategie durch Eintritt in die Große Koalition hatten den Nebel über Partnerschafts- und Wohlstandssoziologie gelichtet und die Aushöhlung des Parlamentarismus offenbar gemacht. In dieser Situation war das Beispiel der Studentenbewegung wichtig, die gezeigt hatte, daß Auflehnung gegen Unterdrückung und selbsttätige Vertretung von Interessen auf Massenbasis durchaus auch außerhalb der großen etablierten Organisationen möglich sind.

Die erste Welle der spontanen Streiks im September 1969 kann durchaus in Verbindung mit den Aktionen der Studentenbewegung gesehen werden. – Ein zweiter Weg der Vermittlung war der Kampf gegen die Notstandsgesetze, deren Bestimmungen den Handlungsspielraum der Arbeiterklasse nachhaltig bedrohten. Der Kampf gegen die Notstandsgesetze wurde am konsequentesten von der Studenten- und Protestbewegung organisiert, so daß auch hier ein Ansatz von Kooperation mit Teilen der Arbeiterschaft entstand. – Ein weiterer Weg führte und führt über die Arbeit mit Lehrlingsgruppen und Jungarbeitern sowie über die gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

Die Protest- und Studentenbewegung, deren Entwicklung hier in einigen wichtigen Punkten skizziert wurde, hat zur Möglichkeit einer Rekonstruktion der Arbeiterbewegung in Westdeutschland insofern beigetragen, als sie die Chancen einer selbständigen Interessenvertretung und Organisierung wieder stärker bewußt gemacht, die Legitimation des bürgerlichen Staates als Herrschaftssoziologie enthüllt und das Interesse an marxistischer Analyse neu belebt hat. Zugleich haben in diesen Bewegungen Restgruppen aus der Tradition der sozialistischen Organisationen wieder einen größeren politischen Arbeitszusammenhang finden können.

### 13 – Die "Wendung" zur Arbeiterklasse – Neue Ansätze für eine sozialistische Bewegung

Aus der Protest- und Studentenbewegung und aus noch vorhandenen kleinen Kadern der "Alten Linken" entwickelten sich Impulse für den Aufbau einer neuen sozialistischen Bewegung. Daß sich hierbei sehr unterschiedliche, zum Teil auf sektiererische Weise miteinander konkurrierende und in sich jeweils fragwürdige Organisationsansätze herausbildeten, wird verständlich angesichts der äußerst schwachen Verwurzelung in der Industriearbeiterschaft, angesichts des Mangels an sozialistischen Orientierungen im Proletariat und angesichts des Fehlens einer umfassenden materialistischen Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen.

#### 14 – Herkunft und Funktion des SB innerhalb der westdeutschen Linken

Wenn das Sozialistische Büro seinen Anspruch im Entwicklungsprozeß einer westdeutschen sozialistischen Bewegung begrenzt hält, von der Vorläufigkeit der eigenen Konzeption und Struktur bewußt ausgeht und schon gar nicht einen "Alleinvertretungsanspruch" erhebt, dann auch deshalb, weil es sich über diese spezifischen Entstehungszusammenhänge und deren Begrenztheit im Klaren ist. Auch das Sozialistische Büro ist nicht als organisatorischer Ausdruck fortgeschritter Klassenkämpfe entstanden, sondern als Arbeitsgemeinschaft von einzelnen Genossen und Gruppen aus der zerschlagenen oder zerfallenen "Alten Linken" (darunter auch betrieblichen Ansätzen), zu sozialistischen Positionen gekommenen Mitarbeitern der Ostermarsch- und Anti-Noistandsbewegung und solchen Gruppen der linken Studentenbewegung, die sowohl gegenüber der DKP als auch gegenüber den sich bildenden "Studentenparteien" prinzipielle politische Kritik übten.

Insofern bestimmte sich die politische Position des Sozialistischen Büros innerhalb der westdeutschen Linken zunächst negativ; das SB wurde zum Anziehungspunkt für solche Sozialisten, die in die Umformierung der SPD in eine sozialistische Partei keine Hoffnungen setzen, – die die theoretisch-politische Position und die Struktur der innerparteilichen Willensbildung der DKP nicht akzeptieren wollten, – die den Weg der Gründung studentischer Kaderparteien für falsch hielten.

Durch seine Tätigkeit hat das Sozialistische Büro zur Entwicklung der westdeutschen Linken vor allem in folgender Weise beitragen können:

- durch theoretische und praktische Unterstützung derjenigen Kräfte in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzung, die ökonomische Konflikte als Klassenkämpfe verstehen (publizistisch gruppiert um den "express");

- durch Anregung und Koordination von Sozialisten in berufsspezifischen Zusammenhängen (Lehrer, Sozialarbeiter, Bildungsarbeiter, Gesundheitswesen, Landwirtschaft);
- durch Verbreitung sozialistischer Publikationen (vor allem die Zeitung "links"), die in ihrem Diskussionsraum nicht durch die spezifischen theoretischen Begriffe der DKP oder der neoleninistischen Organisationen eingeengt sind;
- durch die politische Konzeption und die Organisierung von Kampagnen, die zu aktuellen Fragen ein gemeinsames Auftreten unterschiedlich organisierter westdeutscher Sozialisten und damit eine breitere Öffentlichkeit erreichten (z.B. Angela-Davis-Kampagne, Chile-Aktionen, Jugendpolitisches Forum).

Aus den Erfahrungen der Entwicklung der sozialen Bewegung in Westdeutschland seit 1945 und damit auch der eigenen politischen Geschichte ergab sich für die im SB organisierten Sozialisten die Notwendigkeit, eine präzise analytische Bestimmung der Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates zu finden. Zugleich entwickelte sich die Einsicht darin, daß eine Klärung offener theoretischer Probleme der sozialistischen Bewegung sowie eine Überwindung ihrer gegenwärtigen Zerspaltenheit und ihrer sektiererischen Züge sich nur im Zusammenhang mit der Verschärfung der Klassenwiderprüche und der aus ihnen entspringenden Kämpfe der Arbeiterklasse ergeben können.

### III. KAPITALISMUS UND KLASSENSTRUKTUR IN WESTDEUTSCHLAND

Die Analyse der Klassenstruktur und der Schichtenverhältnisse einer Gesellschaft ist für Sozialisten vor allem unter folgenden Fragestellungen wichtig: Inwieweit und unter welchen konkreten historischen Bedingungen entwickeln sich Klassengegensätze im kapitalistischen System? Welche Probleme bringt die aktuelle Entwicklung des Kapitalismus für die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse und ihrer verschiedenen Schichten sowie für die anderen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft mit sich? Welche Veränderungen in der Arbeits- und Lebenssituation der Arbeiterklasse und in den einzelnen Schichten fördern oder behindern die Herausbildung von Klassenbewußtsein? – Um diese Fragen beantworten zu können, ist es notwendig, die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus im Hinblick auf die Klassenverhältnisse zu untersuchen. Wenn in den folgenden Thesen daher Einschätzungen der Entwicklungsbedingungen der kapitalistischen Weltwirtschaft versucht werden, dann unter dem Aspekt ihrer Bedeutung für die Klassenstruktur, die Bewußtseinslage der Lohnarbeiter und die bündnispolitischen Konsequenzen in der BRD.

#### 15 – Die Krise des Kapitalismus ist offensichtlich

Gegenwärtig tritt die Krise des Kapitalismus in allen Lebensbereichen deutlich zutage. Die Weltwirtschaft befindet sich in der schwersten Krise nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Arbeitslosigkeit in den entwickelten kapitalistischen Ländern, in den USA, in Japan und Westeuropa, hat gewaltige Ausmaße erreicht. Die relativ lang andauernde wirtschaftliche Blüte, die auch die Voraussetzung für vergleichsweise stabile politische Verhältnisse in den „westlichen Demokratien“ gewesen war, ist jedenfalls einstweilen beendet. Damit haben sich alle diejenigen Theorien und Einschätzungen, die von einer „modernen Industriegesellschaft“ und dergleichen sprechen, die den Klassencharakter der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft leugnen und auch dem Staat die Fähigkeit zumessen, Krisen erfolgreich „managen“ zu können, als falsch erwiesen. Mit dem Übergang des lang anhaltenden ökonomischen Aufschwungs in eine krisenhafte Entwicklungsphase sind wesentliche Voraussetzungen für reformkapitalistische Positionen und reformistische Programmatisierung auch in Westdeutschland fragwürdig geworden; ihnen ist die materielle Basis entzogen. Mit der ökonomischen Krise ist die bürgerliche Demokratie in eine tiefe politische Krise geraten, die sich in Form von Rechtstendenzen ausdrückt. Diese müssen allerdings nicht naturnotwendig die Oberhand bekommen. Die offensbare Krise der bürgerlichen Gesellschaft eröffnet der Linken immer auch Möglichkeiten der Agitation und neue Chancen für die politische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Diese nur kurz umrissene gegenwärtige Situation verlangt einer sozialistischen oder kommunistischen Organisation eine adäquate Bestimmung ihrer Politik ab. Diese kann aber nur gelingen auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Analyse, die – so muß eingestanden werden – bislang nur zum Teil, nur auf einer allgemeinen begrifflichen Ebene, nicht aber zu allen wesentlichen Aspekten der gegenwärtigen Situation des Weltkapitalismus vorliegt. Wenn in den folgenden Thesen daher analytisch begründete Einschätzungen von Entwicklungstendenzen gegeben werden, dann immer auch unter dem Vorbehalt, daß grundlegende Analysen zu einzelnen Problemen noch durchgeführt werden müssen und eine wichtige Aufgabe auch für das Sozialistische Büro darstellen.

#### 16 – Der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital

Für die kapitalistische Produktionsweise ist der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital grundlegend. Die vielfältigen Veränderungen, die der Kapitalismus im Verlauf seiner Geschichte erfahren hat, haben diesen Widerspruch nicht aufheben können. Die Lohnarbeiter schaffen zwar den gesamten gesellschaftlichen Reichtum, erhalten aber nur jenen Teil der von ihnen produzierten Werte, der zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft notwendig ist. Den anderen Teil – den Mehrwert – eignen sich die Kapitalbesitzer an, um ihr Kapital zu vergrößern.

Dieses kapitalistische Produktionsverhältnis erzeugt gegenseitige Interessen. Dem Interesse der Arbeiter an menschenwürdiger Arbeit und höheren Löhnen stehen die Kapitalinteressen an maximaler Arbeitsleistung und maximalen Profiten entgegen. Können in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs diese widersprüchlichen Interessen noch als ausgleichbar und die daraus sich ergebenden Konflikte noch als lösbar erscheinen, so treten sie in wirtschaftlichen Krisen in aller Schärfe hervor. Ob sie allerdings dann als Klassengegensätze ausgetragen werden oder ob die Arbeiterklasse resignativ auf die Durchsetzung ihrer Interessen verzichtet, hängt entscheidend von der Kampfbereitschaft der Arbeiter und ihren Organisationen ab.

#### 17 – Krise des Weltmarkts – Scheitern des Weltwährungssystems Dritten Welt zum Ausdruck.

Die Krise des Imperialismus zeigt sich gegenwärtig auf dem ökonomischen Sektor als weltweite Arbeitslosigkeit, als andauernde Weltwährungskrise, als weltweite Inflation. In den stark angestiegenen Rohstoffpreisen kommt zudem das veränderte Machtverhältnis zwischen kapitalistischen Metropolen und den schwach entwickelten Ländern der sogenannten Dritten Welt zum Ausdruck.

Es hat sich immer deutlicher herausgestellt, daß das nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Währungssystem nur so lange funktionieren konnte, wie die absolute und relative ökonomische, politische und militärische Überlegenheit der USA gewährleistet war. Seit spätestens Mitte der 60er Jahre wird es regelmäßig von schweren Krisen geschüttelt, die das Ende der Vorherrschaft des US-Dollar und damit auch die Krisenhaftigkeit des US-Imperialismus andeuten. Periodisch kam es schon seit Beginn der 60er Jahre zu Döllarkrisen, die seit 1971 zu einer mehrmaligen Währungsabwertung der USA führten. Auf diese Weise wurde der Dollar als Weltgeld in einem krisenhaften Prozeß entthront. Aber auch die Währungen anderer Länder, die sich in ökonomischen Krisen befinden und befinden, sind in den Strudel der Weltwährungskrise hineingerissen worden. So kann heute davon ausgegangen werden, daß das nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete Weltwährungssystem nicht mehr funktioniert. Die verschiedenen Versuche, mit den Krisen fertig zu werden, indem das internationale Kreditvolumen gewaltig ausgeweitet wurde und wird, hat zwar kurzfristig einige Länder vor dem Bankrott retten können, aber auch mit dazu beigetragen, daß die weltweite Inflation nun zu einer bedeutenden ökonomischen Krisenerscheinung geworden ist.

## 18 – Die westeuropäische Integration und die Arbeiterklasse

Mit der Beseitigung der absoluten ökonomischen Vorrherrschaft des US-Kapitalismus und dessen Währung auf dem Weltmarkt haben sich auch die politischen Machtverhältnisse in der westlichen Welt verschoben. Neben den USA sind vor allem die westeuropäischen Staaten als neues Machtzentrum entstanden, das zum Teil eigene politische Interessen gegenüber den sozialistischen Ländern und den Ländern der Dritten Welt entwickelt. Jedoch hängt die Möglichkeit politischer Machtentfaltung des westeuropäischen Blocks auch davon ab, ob die gegenwärtige ökonomische Krise den Integrationsprozeß Westeuropas aufhält. In der Krise entscheidet immer nationalstaatliche Interessenunterschiede, die entweder zu einer Schwächung der gerade erstarnten westeuropäischen Position gegenüber den USA oder aber zu neuen Formen hegemonialer Politik führen.

In dieser Alternative zeigt sich auch die Krisenhafigkeit der westeuropäischen Integration. Niemand kann heute zweifeln, daß die kapitalistischen Formen der Internationalisierung der Wirtschaft in den vergangenen 20 Jahren so erfolgreich gewesen sind wie niemals zuvor in der Geschichte des Kapitalismus. Bei

einem insgesamt aufblühenden Weltmarkt, bei hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten in allen westeuropäischen Ländern entfaltete die westeuropäische Wirtschaftsgemeinschaft eine starke Dynamik. Nicht nur fielen die Zölle für viele Waren innerhalb Europas, auch der Kapitalverkehr wurde liberalisiert und die „freie Beweglichkeit“ der Arbeitskräfte wurde weitgehend hergestellt. Die Arbeitskräfte aus den schwach entwickelten Regionen Europas zogen in großer Zahl in die industriellen Zentren von Norditalien, Nordfrankreich, den Benelux-Ländern und Westdeutschland. Die Arbeitsmigration brachte und bringt Probleme mit sich sowohl für die Heimatländer der Arbeitsemigranten als auch für die Klassenstruktur in den „Empfängerländern“ (vgl. These 31).

Die ökonomische Integration bedeutet aber auch einen politischen Machtzuwachs übernationaler Instanzen und Organisationen. Dadurch ergeben sich bereits Probleme für z.B. betriebliche Kämpfe, wenn das Management sich in konkreten Rechtsfragen auf „europäisches Recht“ zurückzuziehen versucht oder auf Weisungen von Zentralen in anderen Ländern sich beruft. Die internationalen Organisationen haben sich nur herausbilden können während der langen Aufschwungphase des kapitalistischen Weltmarkts.

Für die Arbeiterklasse ist es wichtig einzuschätzen, ob die westeuropäischen Integrationsprozesse sich fortsetzen können und welche Formen sie annehmen.

Wenn eine weitere ungebrochene Boom-Phase realistisch wäre, dann könnte sich auch der ökonomische Integrationsprozeß bis hin zur weitgehenden politischen Integration der westeuropäischen Staaten fortsetzen. Da jedoch diese Annahme sehr unwahrscheinlich ist, muß davon ausgegangen werden, daß der Integrationsprozeß abgeschwächt und eventuell auch gestoppt wird und neue Formen annimmt. So wie Deutschland vor 100 Jahren nur geeint werden konnte, nachdem sich in mehreren Kriegen Preußen als vorherrschende Macht herausgestellt hatte, so kann in Krisenphasen eine westeuropäische Integration nur gelingen unter der Hegemonie eines Landes und nicht mehr als „Konzert“ der vielen Nationen. Da Mitte der 70er Jahre nur der westdeutsche Kapitalismus die ökonomische Stärke und politische Geschlossenheit aufbringt, um als westeuropäische Hegemonialmacht überhaupt in Frage zu kommen, ist es für die gesamte Linke wichtig, sich auf diese Möglichkeit einzustellen.

## 19 – Die Inflation ist Ausdruck der Überakkumulation von Kapital

Während noch die Weltwährungskrisen als für eine sozialistische Strategie weitgehend irrelevant betrachtet werden konnten, weil sie sich in der von der unmittelbaren Praxis und Erfahrung weit entfernten Sphäre der internationalen Geldzirkulation abspielten, erweist sich die Bedeutung der Inflation als Ausdruck der kapitalistischen Krise für die Lebenssituation der Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern (und zwar den armen wie den reichen) unmittelbar. Denn die Inflation stellt einen Angriff auf die Realinkommen der Arbeiterklasse dar. Es ist falsch, die Inflation mit der Wirksamkeit der Lohn-Preis-Spirale oder ausschließlich mit der Monopolmacht oder mit den Rohstoff-Preissteigerungen zu erklären, wie es häufig geschieht. Vielmehr entsteht die Inflation grundsätzlich als Ausdruck von überakkumuliertem Kapital, das weder wertmäßig noch stofflich wie in einer „normalen“ Krise vernichtet worden ist. Überakkumulierte, d.h. zu günstigen Profitbedingungen nicht anzulegenden Kapital aber existiert auf dem Weltmarkt in folgenden Formen: Erstens als nicht absetzbares Warenkapital; zweitens als nicht ausgelastetes Produktivkapital; drittens als überschüssiges, „vagebundierendes“ Geldkapital. Dieses überschüssige Kapital wurde früher in der Regel durch Bereinigungskrisen vernichtet: stofflich (der Kaffee wurde ins Meer gekippt) und wertmäßig (der Preis der Ware sank ins Unermeßliche, Überkapazitäten wurden vorzeitig abgeschrieben). Die staatliche Politik heute aber versucht gerade, diese Funktion der Krise außer Kraft zu setzen und tut daher alles, um den Vernichtungsprozeß des überakkumulierten Kapitals nicht eintreten zu lassen. Denn damit verbunden sind wachsende Arbeitslosigkeit, Bankrotte von Unternehmen, Konzentrationsprozesse, Handels- und Währungskrisen, sowie politische Schwierigkeiten im Inland und nach außen.

Der Preis für die staatlichen Bestrebungen, den Kapitalvernichtungsprozeß nicht stattfinden zu lassen, ist allerdings hoch. Er heißt permanente Inflation auf dem Weltmarkt. Denn um die wertmäßige Vernichtung von Waren und produktivem Kapital zu verhindern, wird die Nachfrage vor allem durch Ausweitung des privaten und staatlichen Kreditvolumens vergrößert. Dadurch erst wird der Spielraum geschaffen, den die einzelnen Unternehmen brauchen, um ihre Warenpreise anheben zu können. Da die inflationistischen Preisbewegungen aber keineswegs gleichmäßig erfolgen, ist die Inflation ein Mittel der gigantischen Umverteilung von Werten, von der Arbeiterklasse zur Kapitalistischen Klasse, wenn sich die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften nicht dagegen energisch, und das

heißt kämpferisch, zur Wehr setzen, aber auch eine Umverteilung innerhalb der Kapitalistenklasse selbst. Die Inflation findet ihren Höhepunkt regelmäßig in der Enteignung des „Mittelstands“ und der kleinen Kapitale zugunsten der großen Konzerne.

Die Inflation ist jedoch keine Rettung vor der möglichen Krise. Sie schiebt ihren Ausbruch lediglich hinaus. Je mehr durch inflationistische Prozesse aber die Krisenhaftheit der kapitalistischen Wirtschaft mehr übertrügt als gelöst wird, desto mehr verschärfen sich die Widersprüche und desto katastrophaler drängen sie zu ihrer gewaltsamen Lösung.

So ist die Inflation keineswegs eine in Kauf zu nehmende Begleiterscheinung gelungener staatlicher Be seitigung und Steuerung von Krisen. Überakkumuliertes Kapital ist die Kehrseite für die mangelnde Profitabilität zusätzlicher Kapitalanlagen. Daher findet gleichzeitig mit inflationistischen Maßnahmen der Versuch der kapitalistischen Staaten statt, die Löhne in bestimmte Grenzen einzubinden, um von dieser Seite her die Profitträchtigkeit des Kapitals zu erhalten.

So hat die staatliche Einkommenspolitik, die in den verschiedenen kapitalistischen Ländern unterschied liche institutionelle Ausprägungen gefunden hat, eine wichtige Funktion für die kapitalistische Entwicklung. So wird in Zukunft seitens der kapitalistischen Staaten und das heißt auch seitens des westdeutschen Staates der Druck auf die Realöhne, und d.h. auf die Institutionen der Arbeiterklasse, nämlich die Gewerkschaften, zunehmen. Dieser Herausforderung wird sich sozialistische Gewerkschaftsarbeit stellen müssen. Da diese Tendenzen der staatlichen Lohnregulierung bestechend für alle entwickelten kapitalistischen Staaten sind, wird es für die Linke in Westdeutschland sehr darauf ankommen, gerade in dieser Frage aus den Erfahrungen des Kampfes gegen Einkommenspolitik in anderen Ländern zu lernen und die internationales Aspekte einzubeziehen.

Die Einkommenspolitik zur Senkung der Reallöhne und zur Erhöhung der Profite stellt in einer weltweiten Krise keinen Schutz vor der wachsenden Arbeitslosigkeit dar. Die gerade in Westdeutschland den Gewerkschaften und der Arbeiterklasse insgesamt demagogisch angebotene Alternative: Lohnsteigerungen oder Arbeitslosigkeit ist daher falsch. Sie überhaupt zu akzeptieren, würde den Bankrott vor der Strategie des Kapitals bedeuten. Die Arbeitslosigkeit ist nur eine besonders schlimme Ausdrucksform der ökonomischen Krise. Ihre Ursache liegt in den sich verschär

## 20 – Einkommenspolitik hält die Inflation nicht auf

Die Inflation ist jedoch keine Rettung vor der möglichen Krise. Sie schiebt ihren Ausbruch lediglich hinaus. Je mehr durch inflationistische Prozesse aber die Krisenhaftheit der kapitalistischen Wirtschaft mehr übertrügt als gelöst wird, desto mehr verschärfen sich die Widersprüche und desto katastrophaler drängen sie zu ihrer gewaltsamen Lösung.

So ist die Inflation keineswegs eine in Kauf zu nehmende Begleiterscheinung gelungener staatlicher Be seitigung und Steuerung von Krisen. Überakkumuliertes Kapital ist die Kehrseite für die mangelnde Profitabilität zusätzlicher Kapitalanlagen. Daher findet gleichzeitig mit inflationistischen Maßnahmen der Versuch der kapitalistischen Staaten statt, die Löhne in bestimmte Grenzen einzubinden, um von dieser Seite her die Profitträchtigkeit des Kapitals zu erhalten.

So hat die staatliche Einkommenspolitik, die in den

verschiedenen kapitalistischen Ländern unterschied liche institutionelle Ausprägungen gefunden hat, eine wichtige Funktion für die kapitalistische Entwicklung. So wird in Zukunft seitens der kapitalistischen Staaten und das heißt auch seitens des westdeutschen Staates der Druck auf die Realöhne, und d.h. auf die Institutionen der Arbeiterklasse, nämlich die Gewerkschaften, zunehmen. Dieser Herausforderung wird sich sozialistische Gewerkschaftsarbeit stellen müssen. Da diese Tendenzen der staatlichen Lohnregulierung bestechend für alle entwickelten kapitalistischen Staaten sind, wird es für die Linke in Westdeutschland sehr darauf ankommen, gerade in dieser Frage aus den Erfahrungen des Kampfes gegen Einkommenspolitik in anderen Ländern zu lernen und die internationales Aspekte einzubeziehen.

Die Einkommenspolitik zur Senkung der Reallöhne und zur Erhöhung der Profite stellt in einer weltweiten Krise keinen Schutz vor der wachsenden Arbeitslosigkeit dar. Die gerade in Westdeutschland den Gewerkschaften und der Arbeiterklasse insgesamt demagogisch angebotene Alternative: Lohnsteigerungen oder Arbeitslosigkeit ist daher falsch. Sie überhaupt zu akzeptieren, würde den Bankrott vor der Strategie des Kapitals bedeuten. Die Arbeitslosigkeit ist nur eine besonders schlimme Ausdrucksform der ökonomischen Krise. Ihre Ursache liegt in den sich verschär

fenden Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise, letztlich in all den Bedingungen begründet, die den tendenziellen Fall der Profitrate hervorbringen. Diese Bedingungen sind aber durch "maßvolle" Lohnpolitik oder gar Lohnverzicht nicht in ihrer Wirkungsweise umzukehren. Daraus ergibt sich aber als strategische Schlussfolgerung zwingend, daß der Kampf der Arbeiterklasse gegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit anders als vermittelt über Lohnpolitik zu erfolgen hat. Es ist klar, daß gerade aufgrund der demoralisierenden Wirkung der Krise, aufgrund der Spaltung der Arbeiterklasse in beschäftigte und arbeitslose Lohnarbeiter, solche Kämpfe sehr schwer zu organisieren sind, zumal die westdeutsche Arbeiterklasse, im Gegensatz zu Lohnarbeitern in anderen Ländern mit Krisen, weniger Erfahrungen hat. Umso mehr ergibt sich für sozialistische Gruppen in den Betrieben die Notwendigkeit, Erfahrungen von Kämpfen gegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in anderen Ländern zu verbreiten.

## 21 – Die Erhöhung der Rohstoffpreise verschärfte die Konkurrenz der kapitalistischen Metropolen

Die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Weltmarkts drückt sich auch aus in den seit Beginn der 70er Jahre steigenden Rohstoffpreisen. Der lang anhaltende Weltmarktboom basierte nicht zuletzt auch darauf, daß die Austauschverhältnisse der von den Metropolen produzierten Industriewaren sich gegenüber den in den schwach entwickelten Ländern hauptsächlich produzierten Rohstoffen ständig verbessern konnten. Um bei dieser Form der Weltmarktabhängigkeit überhaupt noch mithalten zu können, wurde der entsprechende ökonomische, politische und nicht selten militärische Druck auf die Arbeiter und Bauern in den schwach entwickelten Ländern – meist mit Hilfe imperialistischer Militär- und Entwicklungshilfe und im Extremfall auch durch direkte imperialistische Eingriffe und Aggression – ausgeübt.

Am deutlichsten wird die Steigerung der Rohstoffpreise am Beispiel des Erdöls, wo auch die dahinter befindlichen Gründe am ehesten sichtbar sind. Einmal sind die weltweiten Preisseigerungen bei Rohstoffen auf die wachsende politische Macht der Rohstoffländer gegenüber den kapitalistischen Zentren zurückzuführen. Daher kommt es auch, daß ein Teil der Preisseigerungen diesen Ländern tatsächlich zufällt. Aber ein zweiter Grund ist mindestens ebenso wichtig; die Rohstoffausbeutung, der Transport in die Industrieländer und der Vertrieb befinden sich regelmäßig in den Händen multinationaler Konzerne, die versuchen, die Preisseigerungen voll weiterzugeben,

an ihnen teilzuhaben und so die Preise für die Verbraucher zu erhöhen. Mehr noch: Gestiegene Rohstoffpreise machen es rentabel, Rohstoffvorkommen auch bei ungünstigeren natürlichen Bedingungen auszubeuten (z.B. den Ölsand im Kanada oder das Erdöl in der Nordsee).

So zeigen die steigenden Rohstoffpreise auch ein Moment der Krisenhaftigkeit des Weltmarkts für die Kapitalakkumulation in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern an. Ihre Folgen sind jedenfalls: Steigerung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft, sofern die Rohstoffe in die Konsumtion der Arbeiterklasse eingehen (z.B. Benzin, Heizöl), und Steigerung der Kapitalauslagen der Kapitalisten, sofern sie in das konstante Kapital eingehen. Beides wirkt sich negativ auf die industrielle Profitrate in den Metropolen aus, ganz abgesehen davon, daß die vermehrten Geldausgaben für Rohstoffe die Zahlungsbilanzdefizite einzelner Länder – Frankreich, England – noch mehr steigen werden. Um diese Defizite abdecken zu können, werden diese Länder vermehrt ihre Industriewaren exportieren müssen oder/und versuchen, mit den Rohstoffländern zu Sonderabkommen zu gelangen. Beides aber wird die Konkurrenz zwischen den hochentwickelten kapitalistischen Staaten verschärfen.

In dieser sich für alle entwickelten kapitalistischen Länder verschlechternden Weltmarktsituation nimmt der westdeutsche Kapitalismus eine relativ günstige Position ein. Dies ist aus seinen besonderen Entwicklungsbedingungen zu erklären. Bis Mitte der 60er Jahre war die Profitrate hoch genug, um einen nur zeitweise und jeweils nicht scharf unterbrochenen Akkumulationsprozeß von Kapital zu ermöglichen. Zwar erzielten die Gewerkschaften auch ohne militärische Lohnkämpfe regelmäßig Einkommensverbesserungen für die Lohnarbeiter, aber diese waren niemals so hoch, daß sie die Gewinnträgigkeit des Kapitals ernsthaft gefährdeten. Hinzu kam, daß für die westdeutschen Waren in einem von Jahr zu Jahr steigenden Ausmaß Absatzgebiete auf dem Weltmarkt erschlossen wurden. Die wachsende Stärke des westdeutschen Kapitals machte sich somit nicht nur nach innen als Restaurationsprozeß der bürgerlichen Klasse nach ihrer Niederlage 1945 bemerkbar, sondern drückte sich auch als zunehmende ökonomische und politische Bedeutung in der internationalen Politik aus. Westdeutschland wurde so keine zwei Jahrzehnte nach der Niederlage des deutschen Faschismus zu einer imperialistischen Macht,

an ihnen teilzuhaben und so die Preise für die Verbraucher zu erhöhen. Mehr noch: Gestiegene Rohstoffpreise machen es rentabel, Rohstoffvorkommen auch bei ungünstigeren natürlichen Bedingungen auszubeuten (z.B. den Ölsand im Kanada oder das Erdöl in der Nordsee).

## 22 – Entwicklungstendenzen des westdeutschen Kapitalismus

deren Bedeutung in dem Maße wächst, wie andere hochentwickelte kapitalistische Länder – die USA, England und Frankreich – in eine Krise geraten. Erst die Rezession von 1966/67 zeigte, daß auch der blühende westdeutsche Kapitalismus vor ökonomischen Krisen nicht gefeit ist. Die erste größere Krise nach dem Zweiten Weltkrieg machte auch die Brüchigkeit des politischen Systems deutlich. Große Koalition, die Verabschiedung der Notstandsgesetze kurz nach der Krise und der Übergang zu Regulierungsversuchen in der Wirtschaftspolitik sind hierfür Anzeichen.

### 23 – Nach 1966/67 verstärken sich Konzentration, Zentralisation, Intensivierung der Arbeit

In der Krise werden die Widersprüche, die sie hervorbrachten, zeitweise auf ein Maß zurückgeschraubt, das eine neue Boom-Periode ermöglicht. Die Löhne werden gedrückt, die Arbeitsintensität gesteigert, Kapital wird wertmäßig vernichtet (Konkurse), und durch staatliche Starthilfen werden Absatzmöglichkeiten geschaffen. Die Krise hat so für das Kapital eine "bereinigende" Funktion. In dem nach 1966/67 einsetzenden Aufschwung sind manche Momente der kapitalistischen Entwicklung deutlicher ausgeprägt als zuvor in Westdeutschland: Erstens hat sich die Tendenz zu Konzentration und Zentralisation des Kapitals noch weiter verstärkt. Insbesondere seit der Krise hat der Konzentrationsprozeß ein Ausmaß angenommen, wie in keinem anderen entwickelten westeuropäischen Land. Konzentration und Zentralisation waren notwendige Prozesse für das westdeutsche Kapital, um die Steigerungen der Produktivkraft auf dem gegebenen technologischen Niveau überhaupt bewältigen zu können.

Das zweite zusätzliche Moment der Kapitalentwicklung betrifft die Methoden, mit denen die Produktivkraftsteigerung der Arbeit seit 1967 vollzogen worden ist. Die massenhafte Einführung der Computertechnik sowohl im Zirkulationsbereich als auch in der Produktion haben neue Bedingungen für die Arbeiterklasse geschaffen. Nicht nur die Freisetzungspröesse nehmen ein größeres Ausmaß an, auch die Arbeitsbedingungen selbst haben sich verändert. Dies hat auch Konsequenzen für die Struktur der Arbeiterklasse, die zu einem Teil höher qualifizierte Stellungen im Arbeitsprozeß einnehmen konnte, zum größten Teil aber Dequalifizierungstendenzen unterworfen war. Die neue Technologie und Arbeitsorganisation waren auch eine der Voraussetzungen für nachhaltige Intensivierungsbestrebungen der Arbeit durch das Kapital.

### 24 – Wachsender Geldkapitalexport

Ein weiteres neues Moment ist die wachsende Bedeutung des Geldkapitalexports seitens der westdeutschen Kapitalisten. War für die gesamte westdeutsche Wirtschaftsentwicklung das große Ausmaß des Warenkapitalexports bezeichnend, so wird vor allem seit 1969 mit der Aufwertung der DM im internationalen Rahmen auch der Kapitalexport vor allem in Form von Direktinvestitionen wichtig. Ein Teil der Direktinvestitionen ist unmittelbare Folge der Warenexporte. Denn um den Warenexport zu steigern, müssen Verteilungsstationen, Reparaturnetze, Servicezentren usw. errichtet werden. Ein anderer Teil der Direktinvestitionen aber dient dem Aufbau von Produktionsstätten im Ausland, einmal in der Erwartung von Handelshemmnissen, die dazu führen, daß die Exportmöglichkeiten abnehmen könnten; zum anderen aber ist die Errichtung von Produktionsstätten im Ausland für das westdeutsche Kapital auch deshalb günstiger und daher auch notwendig geworden, weil durch die Aufwertung der DM und die Abwertung anderer Währungen, insbesondere des US-Dollar, der Warenexport teurer geworden ist. Ein dritter Grund für Direktinvestitionen kommt aber noch hinzu, nämlich die Ausnutzung von sogenannten Niedriglohnländern zur arbeitsintensiven Produktion bestimmter Erzeugnisse.

### 25 – Stärkere Regulierungsversuche des Staates

Nach der Krise 1966/67 haben die staatlichen Eingriffe in den Reproduktionskreislauf des Kapitals zu genommen. In der Krise wurde durch Eventualhaushalte usw. Nachfrage für bestimmte Branchen geschaffen. Gleichzeitig hat der Staat begonnen, in größerem Umfang auch in das Teilungsverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital durch Einkommenspolitik einzugreifen. So hat er versucht, dem Kapital stabile, vorausschaubare, planbare Verwertingsbedingungen zu verschaffen. Der politische Schock der Krise für die Organisation der Arbeiterklasse (Ende des "Wirtschaftswunders", Arbeitslosigkeit) hat dann auch dazu geführt, daß zumindest in den ersten Jahren nach der Krise die Gewerkschaften sich dieser staatlichen Politik der Lohnleitlinien ("Konzertierte Aktion") unterworfen haben mit der Konsequenz von verschärften, aber nun spontan erfolgenden Arbeitskämpfen, sowohl im September 1969 als auch im Sommer 1973, ganz abgesehen von dem tagtäglichen betrieblichen Kleinkrieg und der Zunahme von spontanen kleineren Streiks in dieser Zeit. So zeigt es sich, daß das Kapital auf die Krise eine Antwort zu finden versucht. Es handelt sich bei

dieser Antwort keineswegs um eine geplante, überlegte Strategie, sondern um die Reaktion der vielen einzelnen Kapitale auf die durch die Krise gesetzten veränderten Verhältnisse. Dies bedeutet aber auch, daß im Verlauf der Entwicklung das Kapital wieder seine immanente Widersprüchlichkeit verschärft.

## 26 — Die Krise von 1974/75 ist schärfter als die Krise 1966/67

Nicht nur was die erhöhte Arbeitslosigkeit angeht, ist die erneute Krise des Jahres 1974/75 tiefer als 1966/67. Ihr ganzer Ablauf wird von anderen Momenten bestimmt als 1966/67. Denn in der ersten Hälfte der 70er Jahre befinden sich beinahe alle hochentwickelten kapitalistischen Staaten in einer ökonomischen Krise. Daher ist der noch 1966/67 gangbare Ausweg einer starken Exportausweitung bei fast stabilen Preisen und einer durch die Arbeitslosigkeit disziplinierten Arbeiterschaft nicht mehr offen. Zwar weist Westdeutschland noch im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern relativ niedrige Inflationsraten auf, aber die daraus sich ergebende günstige westdeutsche Situation beschwört immer neue Konflikte herauf: Es ist etwas anderes, wenn unter Bedingungen eines anhaltenden Weltmarkthoops die Entwicklung ungleichmäßig verläuft, als unter Bedingungen der allgemeinen Krise. Die Konkurrenz der Kapitalisten wird in der Krise zum „Kampf der feindlichen Brüder“. Zugleich wird in dieser Krise die Tatsache deutlich, daß die reform-kapitalistische Bundesregierung aus SPD und FDP keine anderen Mittel zu ihrer Bekämpfung anwenden kann (z.B. Investitionsprämien für Unternehmer) als auch eine CDU-Regierung es tun würde.

In den Betrieben ist die Lage während der Krise 1974 auf der einen Seite durch ein deutliches Zurückweichen der Kollegen vor dem mit der Krise sich verschärfenden Angriff des Kapitals auf die Arbeiterklasse gekennzeichnet. Auf der anderen Seite wird aber auch deutlich, daß Sozialdemokraten und Gewerkschaften aufgrund ihrer integrativen Politik keine Antworten auf die Fragen und Probleme der Kollegen haben, als da sind: Überstundenabbau, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, die von Hunderttausenden von Arbeitern und Angestellten und ihren Familien wieder einmal konkret erfahren werden. Betriebsstilllegungen und Konkurse, Bank- und Baupleiten und die Agitation in den Medien auf diese Situation haben eine stark verunsichernde Wirkung.

27 —  
Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft drückt sich auch im politischen Bereich aus als Krise der herrschenden politischen Eliten, als Krise des parlamentarischen Systems, als Krise der reformistischen und reform-kapitalistischen Positionen innerhalb der Arbeiterbewegung usw. Dies ist nicht zufällig. Denn die ökonomische Krise wirkt sich immer auch als politische Krise aus.

Der Staat muß neben und außerhalb der eigentlichen Kapitalverwertung den gesellschaftlichen Herrschaftsanspruch des Kapitals durchsetzen. Neben der Ausübung der direkten (Polizei, Heer) und indirekten (Justiz u.a.) Gewalt hat er in der Regel solche Leistungen sicherzustellen, zu welchen die Einzelkapitale aus Profitgründen nicht in der Lage sind. Der Staat übernimmt in der Regel dort, wo die Einzelkapitale dazu nicht mehr in der Lage sind, aus Profitgründen technisch oder infrastrukturell unbedingt notwendige Leistungen. Sei es, daß für Einzelkapitale die Investitionskosten zu groß sind, sei es, daß bestimmte allgemeine Leistungen nicht als Waren produziert werden können. Diese unverzichtbaren gesellschaftlichen Bedürfnisse würden privatwirtschaftlich nicht befriedigt werden, bliebe ihre Sicherstellung allein der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft überlassen. Die allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Produktion müssen daher staatlich gesichert werden. Deshalb ist das Staatswesen im Kapitalismus eine besondere Instanz, die neben den Einzelkapitalen existiert. Das erklärt auch, warum der Staat gegenüber den Kapitalen eine gewisse Autonomie einnimmt und keineswegs mit diesen identisch bzw. nur der „Büttel der Monopole“ ist. Er ist eine allgemeine, in der bürgerlichen Gesellschaft hervorgebrachte Einrichtung zur Sicherung ihrer Reproduktion.

28 —  
Der Staat erscheint als Träger des Allgemeinwohls — ist aber Organ der kapitalistischen Herrschaft

Zu den „stofflich“ notwendigen, ökonomisch aber vom Einzelkapital nicht mehr zu bewältigenden allgemeinen Produktionsleistungen des Staates gehört traditionellerweise die Aufrechterhaltung der Infrastruktur (Verkehrssystem, Straßenbau, Schul- und Bildungswesen, Gesundheitssystem etc.). Welche Leistungen der jeweilige Nationalstaat zur Sicherstellung allgemeiner Reproduktionsbedingungen als Nichtkapitalist übernimmt, hängt von der jeweils gegebenen historischen Entwicklung seines nationalen Gesamtkapitals ab und kann von daher immer nur für den jeweiligen Nationalstaat bestimmt werden. Für die BRD gilt schon seit langem, daß, neben den traditionellen Bereichen, vor allem das öffentliche Verkehrs-

27 —  
Der Staat als Garant des kapitalistischen Produktionsverhältnisses

system, die Energieversorgung und die Produktion wichtiger Grundstoffe nur noch mit staatlicher Finanzierung betrieben werden können. Dies gilt auch für die modernsten Wissenschaftssektoren, wo technischer Fortschritt unabdingbare Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit der Einzelkapitale ist. Nicht umsonst also ist ein gewichtiger Teil staatlicher Infrastruktur auf die Bereitstellung, Organisation und auch Finanzierung von wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie großen technologischen Entwicklungen konzentriert; nicht umsonst auch hat die staatliche Aktivität gerade in den letzten Jahren hier besonders zugenumommen. Selbst der staatliche Rüstungshaushalt wird in zunehmendem Maße zur Quelle für die Vorfinanzierung von Forschungskosten. Ohne diese vielfältige staatliche Kostenübernahme bei der Entwicklung von modernsten Produktionsmitteln und Produktivkräften wüssten die Kosten der Produktion für das einzelne Kapital oft ins Unermeßliche und würden eine private Produktion in solchen "Fortschrittsbereichen" geradezu unterbinden.

In engem Zusammenhang damit steht die zunehmende staatliche Aktivität im Bildungswesen, wo gleichsam die allgemeinen Voraussetzungen für die Entfaltung der modernen Produktivkräfte geschaffen werden müssen. Die Planungsoffensive der BRD-Bildungstechnokratien Mitte bis Ende der 60er Jahre muß in diesem Zusammenhang als Rahmenbedingung der Konkurrenzfähigkeit westdeutscher Einzelkapitale gesehen werden. Der schnelle Ausbau naturwissenschaftlicher Institute und Atomforschungsanlagen und staatlicher Forschungseinrichtungen mag dies ebenso belegen wie der Gründungsboom der westdeutschen Universitäten oder der Ausbau des allgemeinen Schulwesens. – Ähnliche Prozesse beobachten wir auch im Bereich des Gesundheitswesens, das in zunehmendem Maße klinische Großanlagen verlangt und sich, zumindest in der BRD, kaum noch privatwirtschaftlich bewältigen läßt. Folglich wird auch hier der Staat immer stärker die allgemeine Sicherung der physischen Existenz der Arbeitskräfte betreiben müssen.

Gerade weil der Staat also als Nichtkapitalist – scheinbar abgehoben von der Sphäre der Kapitalverwertung – auftritt und eine Reihe von Produktionsbedingungen sichert, die in der Regie der Einzelkapitale nicht mehr zu bewältigen sind, gerade weil er zugleich allgemeine rechtliche Sicherstellung der den kapitalistischen Reichstum produzierenden physischen Existenz der Ware Arbeitskraft vermittelt Sozialgesetzgebung, Sozialpolitik, Bildungsvorsorge und dergleichen mehr betreiben muß, kann der Staat im Bewußtsein der Mas-

sen als eine Institution erscheinen, die abgehoben vom Einzelinteresse verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Eliten das Wohl der Allgemeinheit verfolgt und durchsetzt.

Es kommt darauf an zu erkennen, daß der bürgerliche Staat als politisches Organ der Herrschaft des Kapitalverhältnisses mit der kapitalistischen Produktionsweise entsteht und mit ihr auch wieder verschwindet, also spezifischer Ausdruck der gesellschaftlichen Existenz des Kapitalismus ist. Das heißt jedoch nicht, daß das Staatswesen in allen kapitalistischen Ländern stets die gleiche Ausprägung aufweisen muß. Der konkrete Charakter der verschiedenen Staaten ist immer das Produkt historischer Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Klassen und Klassenkoalitionen, der Entwicklung des Kapitalverhältnisses, seiner Krisen und gesellschaftlichen Konflikte.

Es zeigt sich nun, daß mit der ökonomischen Krise des Weltkapitalismus in allen führenden kapitalistischen Nationalstaaten vergleichbare Prozesse stattfinden, welche auf zunehmende Anwendung gewaltamer Unterdrückung und auf das Zurückdrehen und Einengen schon erreichter Spielräume für die Linke hinauslaufen.

## 29 – Polarisierung der Qualifikationen der Lohnarbeiter

Arbeitsorganisation und Qualifikationsstruktur der Arbeit werden in erster Linie durch den technischen "Fortschritt" bestimmt. Der technische Fortschritt ist jedoch im Kapitalismus nicht nur abhängig vom menschlichen Erfindergeist, sondern von den Verwertungsbedingungen des Kapitals. Die technologischen Innovationen werden vom Kapital ausschließlich eingesetzt, um seine Verwertungsbedingungen zu verbessern, wobei es darauf ankommt, die Arbeit zu intensivieren und – wenn rentabel – durch Maschinen zu ersetzen. Die neue technologische Form des fixen Kapitals, besonders nach den Krisenscheinungen des westdeutschen Kapitalismus 1957/58 und 1966/67 erzwang auch eine Veränderung in der Struktur der Ware Arbeitskraft und hatte einschneidende Folgen:

- 1) eine enorm gestiegerte Arbeitsteilung – 2) eine zunehmende Polarisierung der Qualifikationen – 3) eine teilweise Angleichung der Arbeitssituation zwischen den verschiedenen qualifizierten Arbeitskräften im Zuge der Rationalisierung und Neuorganisation des Produktionsprozesses (verstärkte Arbeitsteilung auch bei höher qualifizierter Arbeit, analytische Arbeitsbewertungssysteme für fast alle Qualifikationsstufen).

Die steigende Anwendung von teilautomatisierten Maschinen in Verwaltung und Produktion führt dazu, daß die Bedienung dieser Anlagen immer einfacher und arbeitsteiliger vonstatten geht. Dagegen erfordert das Entwickeln und Bauen der komplizierten Maschinen immer mehr Spezialwissen, das eine hohe Qualifikation voraussetzt. Zwar wird auch hier zunehmend arbeitsteilig verfahren und verschiedene Teilbausteine der Maschinen werden variabel verwendet, brauchen daher dem Konstrukteur der Gesamtanlage nicht in ihrem eigenen Aufbau und ihrer Funktionsweise, sondern nur in ihren Eigenschaften bekannt zu sein. Trotz steigender Arbeitsteilung steigen aber die Qualifikationsanforderungen durch den raschen technologischen Wandel, der ein relativ hohes Niveau des Grundlagenwissens voraussetzt, da immer neu anders geartete Spezialaufgaben zu lösen sind.

Der Anteil derjenigen Arbeitskräfte, die mit verhältnismäßig qualifizierten Entwicklungsgarbeiten und Prototypenherstellung beschäftigt sind, nimmt also zu. Für die Mehrheit der Lohnabhängigen wird dagegen die Arbeit immer einfacher und in Bezug auf die erforderliche Qualifikation anspruchloser, wobei früher erworbene Qualifikationen entwertet werden. Durch die neuen Lohnsysteme (Analytische Arbeitsplatzbewertung, Verfahren vorbestimmter Zeiten, Refa, MTM) werden nur noch die Qualifikationen bewertet und bezahlt, die für die Arbeit gerade erforderlich sind. Gerade dadurch kann aber die Arbeit immer genauer geplant, kontrolliert und somit intensiviert werden.

Der steigende Anteil höher qualifizierter Arbeiter äußert sich statistisch nicht in steigenden Facharbeiterzahlen, im Gegenteil, die neuen hochqualifizierten technischen Arbeitskräfte werden juristisch als Angestellte eingestuft, um auf sie die traditionelle Angestelltentimentalität zu übertragen. Das Zunehmen dieser Gruppe von Lohnabhängigen äußert sich in der Statistik vor allem in sprunghaft steigenden Angestelltenzahlen, wobei die Steigerung in den letzten Jahren fast ausschließlich durch eine Zunahme der technischen Angestellten zustande kommt. Das Eindringen der Wissenschaft in den Fertigungsprozeß macht auch einen immer größeren Anteil der Angestellten zu unmittelbar produktiven (d.h. Mehrwert produzierenden) Arbeitern. Es entsteht aus dieser Gruppe der technischen Intelligenz und den aufsteigenden höher qualifizierten Facharbeitern der neue Typ vom qualifizierten Facharbeiter ("Produktionstechniker"), der in Bezug auf Art und Organisation seiner Arbeit (starke Integration von geistiger und körperlicher Tätigkeit) in starkem Gegensatz zum

immer stärker dequalifizierten Produktionsarbeiter steht, dessen prozentualer Anteil auch stärker abnimmt. Die dequalifizierten Produktionsarbeiter rekrutieren sich vornehmlich aus Ausländern, Frauen und solchen ehemals gelernten und angelernten Arbeitern, deren Berufe nicht mehr gefragt (d.h. technologisch überholt) sind oder nie in dem Umfang gefragt waren, wie in ihm Lehrlinge ausgebildet wurden. Dazu werden Facharbeiter dequalifiziert, die nicht mehr die physischen und intellektuellen Energien aufbringen, sich weiter zu qualifizieren.

Innerhalb der Klasse der Lohnarbeiter wird also die Sicht der traditionellen Facharbeiter, auf die sich bisher vor allem die gewerkschaftliche Organisation gestützt hat, immer kleiner. Dagegen entstehen zwei qualifikationsmäßig stark polarisierte Gruppen der Produktionsarbeiter und der Produktionstechniker. Daneben steht die ebenfalls der Tendenz zur Polarisierung der Qualifikationen unterliegende Schicht der unproduktiven (meist kaufmännischen und mit Verwaltungsaufgaben beschäftigten) Arbeiter. Zum Teil steigende Qualifikationsanforderungen und allgemein ein stark gestiegener Verschleiß der Arbeitskraft führt zu einer steigenden Zahl von Arbeitern auf dem Dienstleistungssektor, die vor allem mit der Herstellung und Reparatur der Arbeitskraft beschäftigt sind (mehr Lehrer, Ärzte, Sozialarbeiter, Kontrolleure aller Art).

### 30 – Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse

Da in der unmittelbaren Produktion in den zunehmend dequalifizierten Tätigkeiten immer mehr Frauen und ausländische Arbeiter tätig sind, erhalten die spezifischen Bedürfnisse und Interessen dieser Kollegen eine sehr wichtige Bedeutung. In die geschäftlichen Kämpfe der letzten Jahre sind die spezifischen Interessen der Frauen und der ausländischen Arbeiter kaum eingegangen, obwohl diese einen steigenden Anteil der Produktionsarbeiter stellen. Innerhalb der Gewerkschaften nicht berücksichtigte Interessen dieser Schichten wurden in den spontanen Streiks (1973) deutlich sichtbar. Mit sinkenden Qualifikationsanforderungen im Bereich der Produktion ist es möglich geworden, immer mehr unausgebildete Arbeitskräfte zu beschäftigen, und damit wurde die Möglichkeit geschaffen, einen immer größeren Anteil der Frauen in den Produktionsprozeß einzuliedern.

Wegen der geringen Qualifikation und der damit zusammenhängenden extrem entfremdeten Arbeit identifizieren sich bereits die jungen, unverheirateten Arbeiterinnen in keiner Weise mit ihrer Tätigkeit und

immer stärker dequalifizierten Produktionsarbeiter steht, dessen prozentualer Anteil auch stärker abnimmt. Die dequalifizierten Produktionsarbeiter rekrutieren sich vornehmlich aus Ausländern, Frauen und solchen ehemals gelernten und angelernten Arbeitern, deren Berufe nicht mehr gefragt (d.h. technologisch überholt) sind oder nie in dem Umfang gefragt waren, wie in ihm Lehrlinge ausgebildet wurden. Dazu werden Facharbeiter dequalifiziert, die nicht mehr die physischen und intellektuellen Energien aufbringen, sich weiter zu qualifizieren.

Innerhalb der Klasse der Lohnarbeiter wird also die Sicht der traditionellen Facharbeiter, auf die sich bisher vor allem die gewerkschaftliche Organisation gestützt hat, immer kleiner. Dagegen entstehen zwei qualifikationsmäßig stark polarisierte Gruppen der Produktionsarbeiter und der Produktionstechniker. Daneben steht die ebenfalls der Tendenz zur Polarisierung der Qualifikationen unterliegende Schicht der unproduktiven (meist kaufmännischen und mit Verwaltungsaufgaben beschäftigten) Arbeiter. Zum Teil steigende Qualifikationsanforderungen und allgemein ein stark gestiegener Verschleiß der Arbeitskraft führt zu einer steigenden Zahl von Arbeitern auf dem Dienstleistungssektor, die vor allem mit der Herstellung und Reparatur der Arbeitskraft beschäftigt sind (mehr Lehrer, Ärzte, Sozialarbeiter, Kontrolleure aller Art).

Da in der unmittelbaren Produktion in den zunehmend dequalifizierten Tätigkeiten immer mehr Frauen und ausländische Arbeiter tätig sind, erhalten die spezifischen Bedürfnisse und Interessen dieser Kollegen eine sehr wichtige Bedeutung. In die geschäftlichen Kämpfe der letzten Jahre sind die spezifischen Interessen der Frauen und der ausländischen Arbeiter kaum eingegangen, obwohl diese einen steigenden Anteil der Produktionsarbeiter stellen. Innerhalb der Gewerkschaften nicht berücksichtigte Interessen dieser Schichten wurden in den spontanen Streiks (1973) deutlich sichtbar. Mit sinkenden Qualifikationsanforderungen im Bereich der Produktion ist es möglich geworden, immer mehr unausgebildete Arbeitskräfte zu beschäftigen, und damit wurde die Möglichkeit geschaffen, einen immer größeren Anteil der Frauen in den Produktionsprozeß einzuliedern.

Wegen der geringen Qualifikation und der damit zusammenhängenden extrem entfremdeten Arbeit identifizieren sich bereits die jungen, unverheirateten Arbeiterinnen in keiner Weise mit ihrer Tätigkeit und

### 31 – Rolle der Unqualifizierten, der Frauen und der ausländischen Arbeiter

träumen von einem Leben als Ehefrau, wo sie die widerwärtige Berufsaarbeit aufgeben können. Für den Großteil der dequalifizierte Arbeit leistenden verheirateten Frauen kommen neben der Berufstätigkeit in der Regel noch häusliche Aufgaben. Die dadurch gegebene Doppelbelastung verstärkt bei vielen Frauen das Bewußtsein, das "Haus" sei ihre eigentliche Aufgabe, die Berufstätigkeit nur vorübergehend, um Geld zu verdienen. Zumeist reicht der Verdienst eines Arbeiters bzw. Angestellten gerade aus, um eine vierköpfige Familie am Existenzminimum zu erhalten, nicht aber, ihnen eine auf dem durchschnittlichen Niveau liegende Reproduktion zu sichern. Die Arbeit der Frau ist von daher eine Notwendigkeit. Die vorrangige Orientierung der Frau auf Haus und Familie bedeutet gleichzeitig eine mangelnde Identifizierung mit den Vorgängen im Arbeitsbereich und mit ihrer gesellschaftlichen Stellung darin. Immer noch neigen die Frauen dazu, ihre extrem untergeordnete, eintönige, gesundheitsschädliche und niedrig bezahlte Arbeit leidend hinzunehmen und den Ausweg in einer umso stärkeren Orientierung auf Ehe, Haus und Familie zu suchen. Auch versuchen die Männer nur in den seltensten Fällen, die Frauen (sowohl in der Familie als auch im Betrieb) in ihre Kämpfe einzubziehen. Lösungsmöglichkeiten in Form eines gemeinsamen solidarischen Vorgehens werden von Frauen nur selten versucht. Gelingt es den Frauen aber, an bestimmten Fragen ihre Vereinzelung zu überwinden, gewerkschaftlich und politisch aktiv zu werden, so sind sie oft entschlossener und ausdauernder in ihrer Arbeit als die Männer. Sie haben auch weniger Schwierigkeiten, mit den Männern zusammenzuarbeiten als umgekehrt. Die Solidarität der Frauen untereinander erstreckt sich auch mehr als bei den Männern auf ihren außenberuflichen Lebensbereich. Die Einbeziehung dieses Bereichs in die betriebliche Arbeit von Sozialisten ist daher eine wesentliche Voraussetzung für eine Einbeziehung der Frauen in die betrieblichen Kämpfe und bietet auch verstärkt Möglichkeiten zu umfassenderer Politisierung.

Verhältnissen, die unter anderem auf einen intensiven Lebenszusammenhang mit Nachbarn und Freunden beruhen, trifft sie, als der fremden Sprache unkundige Ausländer und als Rädchen in einem extrem arbeitsteilig untergliederten Arbeitsprozeß, diese doppelte Isolierung hart. Daher ist auch die einem Großteil der ausländischen Arbeiter angemessene Form des Widerstandes das sich Abkapseln in nationalen Gruppen, wo sie wenigstens im Freizeitbereich traditionelle Gemeinschafts- und Solidaritätsformen bewahren können. Mit diesem Teil ihres Lebens in der BRD identifizieren sich die ausländischen Arbeiter denn auch mehr als mit dem Arbeitsplatz, der als ein vorübergehendes Übel erscheint, ausschließlich zu dem Zweck, möglichst viel Geld zu sparen. Hier liegen bereits erhebliche Interessenunterschiede zwischen den Ausländern, die eigentlich in der BRD bleiben wollen und sich hier eine Existenz mit Familie, Wohnung usw. schaffen wollen und dem größeren Teil der auf eine Rückkehr ins Heimatland orientierten Arbeiter.

Solidaritätslebnisse als Voraussetzung zu höheren Formen von Klassenkampf werden die ausländischen Arbeiter schwerpunktmaßig aus der besonderen Form ihrer Lebenssituation, ihrer Beziehung zum Heimatland und ihres besonderen Verhältnisses zur industriellen Arbeitsteilung ziehen: Sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit darf folglich diese spezifische Situation der Ausländer und die von dauerhaft sich ergebenden Probleme nicht vernachlässigen.

### 32 – Staatliche Lohnarbeiter

Mit der wachsenden Staatstätigkeit innerhalb der Reproduktion des Kapitals hat die Zahl der staatlichen Lohnarbeiter beständig zugenommen und ist selbst zu einem Problem der sozialistischen Theorie und Praxis geworden. Bei den staatlichen Lohnarbeitern handelt es sich um unproduktive Dienstleistungssarbeiter, welche ihre Arbeitskraft nicht gegen Kapital, sondern gegen das Verbrauchseinkommen der Steuerzahler eintauschen. Dieser Umstand macht ihre ökonomische Lage ambivalent und unklar:

Einerseits verkaufen sie ihre Arbeitskraft als Ware und unterliegen damit dem Gesetz der Lohnarbeit. Soweit sie eine Reihe von Privilegien erhalten, tauschen sie dafür eingeschränktes Koalitionsrecht und stärkere Disziplinierungsmöglichkeiten ein. Diese Form der Lohnarbeit eröffnet ihnen jedoch die gewerkschaftliche Organisation, insbesondere in Fragen des Lohnkampfes und der Arbeitsbedingungen. Andererseits tauschen sie ihre Arbeitskraft nicht gegen Ka-

pital und leisten ihre konkrete Arbeit nicht unter dem Diktat der Mehrwertproduktion, sondern als unmittelbare Gebräuchswertherstellung bzw. Dienstleistung. Diese beiden Momente geben ihrer Arbeit einen dem Allgemeinwohl verpflichteten Anschein. Denn, weil die Beamten und staatlichen Lohnarbeiter vom Staat aus der allgemeinen Steuerumlage bezahlt werden, muß der Eindruck entstehen, ihre Arbeit diene der Gesellschaft als Ganzes und nicht den herrschenden Interessen einer Klassengesellschaft. In dem Maße muß sich auch der Eindruck verstetigen, der Staat sei eine Institution zur Befriedigung der Interessen aller Klassen und Schichten und nicht das politische Organ kapitalistischer Herrschaft. Mit anderen Worten: Aus der Lage der staatlichen Lohnarbeiter kann sich ein zutiefst illusionäres Moment ergeben, das ihrer Organisation als Lohnabhängigen entgegensteht und ständisch-harmonistische Bewußtseinsformen und Organisationsansätze hervorbringt. Es ist von daher kein Wunder, wenn staatliche Lohnarbeiter nur ein sehr vermitteltes Verständnis für die Probleme der Klassenkämpfe entwickeln.

Hier muß allerdings unterschieden werden zwischen:  
1) staatlichen Lohnarbeitern, die im wesentlichen Tätigkeiten ausüben, die indirekt zur gesellschaftlichen Produktion beitragen, auch für die Lohnabhängigen notwendige Dienste verrichten und im wesentlichen arbeitsteilige Funktionen ausüben. Zwar tauscht sich ihr Lohn ebenfalls statt gegen Kapital gegen Arbeits- oder Kapitaleinkommen, aber es bedeutet einen Abzug von dem wieder im Kapital rückverwandelbaren Teil des angeeigneten Mehrwerts, soweit es sich nicht direkt gegen Arbeitseinkommen tauscht. Das Kapital ist daher bestrebt, die Löhne dieser Lohnabhängigen so niedrig wie möglich zu halten und deren Arbeit zunehmend zu intensivieren. Die Arbeitsbedingungen gleichen sich daher mehr und mehr denen der produktiven Arbeiter im Bereich der Industrie an. Die Politisierungsbedingungen dieser Schicht werden daher zunehmend von ihren Arbeits- und Lebensbedingungen bestimmt, die sich kaum von denen der produktiven Arbeiter unterscheiden.

2) Lohnabhängige im öffentlichen Dienst, deren Funktion hauptsächlich auch in einer ideologischen Absicherung (z. B. Lehrer) oder der administrativen Absicherung (Polizei, Armee, Verwaltung usw.) des kapitalistischen Systems liegt. Deren Einkommen ist auch eine Bezahlung für ausgeübte Kapitalfunktionen und muß daher immer auf einer solchen Höhe gehalten werden, daß die Identifizierung mit der jeweils ausgeübten Kapitalfunktion erhalten bleibt. Das Ein-

kommen dieser Gruppen geht zwar auch vom produktiv wieder einsetzbaren Teil des gesamtgesellschaftlichen Mehrwerts ab, kann aber gleichsam als ein Teil des Konsumtionstopfes der Kapitalisten gelten, dessen Größe auch im Eigeninteresse der Kapitalbesitzer liegt. Daher haben Lohnkämpfe im Bereich dieser Staatsbediensteten fast immer etwas standisches, die Forderungen werden isoliert und in Konkurrenz zu allen anderen Lohnabhängigen vertreten. Die Politisierung dieser Lohnmuseinanderstellungen ist daher im jetzigen Zeitpunkt sehr erschwert.

### 33 – Die Rolle und Bedeutung der Intelligenz im heutigen kapitalistischen System

Es ist äußerst wichtig, die strukturellen Veränderungen der Beziehungen zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse zu verdeutlichen und in ihrer Funktion für die sozialistische Bewegung zu begreifen. Wir müssen drei verschiedene Bereiche der Intelligenz unterscheiden, die sich nicht auf die Phäne der schulischen und studentischen Sozialisation beziehen, sondern auf ihre Berufstätigkeit und gesellschaftliche Funktion:

- 1) die "technische Intelligenz", die planende, kontrollierende Funktionen im Bereich der Produktion und Verwaltung übernimmt;
- 2) die "sozialwissenschaftliche Intelligenz", die im Bereich von Wissenschaft und Hochschulen, der Kunst und der Kultur reflexive und/oder kreative Tätigkeiten ausübt;
- 3) die Intelligenz im Sozialisationssektor und im Gesundheitswesen, die die Ausbildung der heranwachsenden Generation und die Reparatur der Arbeitskraft zu besorgen hat (Lehrer, Sozialarbeiter, Ärzte usw.).

Die an den höheren Schulen und den Hochschulen ausgebildete Intelligenz, deren Arbeitsplätze und Berufschancen sich durch Mechanisierung und Automation zunehmend differenzieren, ja sogar nach sehr unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen polarisieren (Überqualifikation gegenüber vorhandenen Arbeitsplätzen auf der einen, Tendenzen der Dequalifizierung auf der anderen Seite), kann heute nicht mehr als gesicherte Rekrutierungsbasis des Herrschpersonals der herrschenden Klasse angesehen werden.

### 34 – Technische Intelligenz

Es muß herausgestellt werden, daß sich in Bezug auf diese Gruppe nur langsame Änderungen des politischen Bewußtseins vollziehen. Fanden sie statt – durch politische Lernprozesse in der Universität, in Fachhochschulen z.B. – dann hatten sie häufig zur

Folge, daß die betreffenden Genossen ein Zweitstudium mit der Berufsperspektive Sozialisationssektor aufnahmen.

Mit steigender Arbeitsteilung in der maschinellen Produktion steigt die Zahl der Angehörigen der technischen Intelligenz an. Denn es ist eine wichtige Erscheinung der arbeitsteiligen maschinellen Produktion, daß die Kontrolle der Arbeit und der Zusammenhang des Arbeitsprozesses dem Arbeiter entzogen sind. Damit besteht die doppelte Notwendigkeit, die Organisation und die Kontrolle der Arbeit sowie die Konstruktion neuer Produkte, sowie die Planung des Arbeitsablaufs Fachleuten zu übergeben, die als Techniker oder Ingenieure getrennt von der Produktion in eigenen Abteilungen arbeiten. Die technische Intelligenz verdankt ihre Existenz somit kapitalistischer Arbeitsteilung und der Unterwerfung der Arbeiter unter die Maschine, unter das Kapital. Obwohl sie größtenteils als produktive Arbeiter an der Mehrwertproduktion teilnimmt (Konstruktion, Entwicklung) bildet sie eine eigene, vorwiegend mit komplexer Kopfarbeit beschäftigte Schicht und genießt erhebliche Privilegien gegenüber den Arbeitern. Gleichzeitig übt die technische Intelligenz z.T. Kapitalfunktionen mit aus; einerseits, soweit sie Aufsichtsfunktionen hat, stellt sie durch ihre "Unteroffiziersrolle" gegenüber den Arbeitern eine Form des Erscheinens des Kapitals im Betrieb dar (Organisation, Überwachung); andererseits über die Angehörigen der technischen Intelligenz auch in ihrer Produktionsrolle Kapitalfunktionen aus. Selber arbeitsteilig organisiert, trägt die technische Intelligenz zur Technisierung und Verwissenschaftlichung der Produktion bei (Forschung, Konstruktion, Planung). Kapitalfunktionen werden von ihr wahrgenommen z.B. durch die Festigung der Betriebshierarchie und durch die Konstruktion einer Technik, die den bedienenden Arbeiter zu deren Anhänger macht.

Ist auch insbesondere in der Produktionsrolle der technischen Intelligenz eine offensichtlich für die Produktion überhaupt unverzichtbare Funktion aufgehoben (plandende Rolle, geistige Vorwegnahme des Produkts), so ist die Trennung ihrer Funktion von der unmittelbaren Produktion durch die kapitalistische Arbeitsteilung gesetzt. Die Übernahme der notwendigen Funktionen der technischen Intelligenz durch die Arbeiter muß Teil einer Zusammensetzung von technischer Intelligenz und Arbeitern im Rahmen einer sozialistischen Strategie sein.

In dem Maße, wie die Zahl und Bedeutung der technischen Intelligenz wächst, werden Arbeitsteilung und maschinelle Arbeit auch bei ihnen vorrangiger. Ist auch dieser Strukturwandel der Arbeitsplätze der technischen Intelligenz (Angleichung der Arbeitsbedingungen, ähnliche Entlohnungsformen usw.) selbst noch Ausdruck der Verschärfung von Arbeitsteilung, so gleichen sich doch die Politisierungsbedingungen – ein objektives Interesse an Selbstbestimmung gegen das Kapital – dadurch ausnahmsweise an. Das eröffnet Perspektiven eines gemeinsamen Kampfes mit den Arbeitern, wenn auch die nach wie vor aufrecht erhaltenen Privilegien der technischen Intelligenz dem immer noch erhebliche Hindernisse in den Weg stellen.

(Angleichung der Arbeitsbedingungen, ähnliche Entlohnungsformen usw.) selbst noch Ausdruck der Verschärfung von Arbeitsteilung, so gleichen sich doch die Politisierungsbedingungen – ein objektives Interesse an Selbstbestimmung gegen das Kapital – dadurch ausnahmsweise an. Das eröffnet Perspektiven eines gemeinsamen Kampfes mit den Arbeitern, wenn auch die nach wie vor aufrecht erhaltenen Privilegien der technischen Intelligenz dem immer noch erhebliche Hindernisse in den Weg stellen.

### 35 – Sozialwissenschaftliche und pädagogische Intelligenz

Die sozialwissenschaftliche Intelligenz – vor allem Soziologen, Politologen, Journalisten, Lektoren usw. – hat in den vergangenen Jahren insofern eine wichtige Rolle gespielt bei der Beförderung politischer Lernprozesse, als es ihr gelungen ist, sowohl innerhalb von weiten Bereichen der Universitäten als auch ansatzweise im "Kulturbetrieb", das Einverständnis mit dem bürgerlichen System, seinem Staat, seiner Wissenschaft und die Reproduktion der kapitalistischen Ideologie zu erschüttern. Es entsteht bei der sozialwissenschaftlichen Intelligenz ein ständiger Widerspruch zwischen den inhaltlichen Ergebnissen und Determinanten des Studiums und den realen Berufsrollen (am deutlichsten wird dies am Beispiel der Betriebssoziologie und Betriebspychologie).

Spezifisches Merkmal der dritten Gruppe der Intelligenz ist die Tatsache, daß der Gegenstand ihrer Tätigkeit aus Beziehungen und Handlungen zwischen den Menschen besteht. Für sie wird es ansatzweise möglich, am "Gegenstand" ihrer Berufstätigkeit selbst ein Stück politischer Aufklärungsarbeit zu verwirklichen; für alle Tätigkeit in der materiellen Produktion gibt es diese Möglichkeit nicht; politische Arbeit als Sozialist ist dort nur möglich, abgelist vom Gegenstand der Arbeit und bezogen auf die Bedingungen der Arbeit, die Höhe der Entlohnung (innerbetrieblicher, gewerkschaftlicher Kampf) und außerhalb des Arbeitsplatzes (politische Organisationen). Für Sozialisten, die im Sozialisationssektor tätig sind, hat sich insofern die besondere Möglichkeit ergeben, ihre berufliche Tätigkeit zum Teil unmittelbar mit ihrer politischen Tätigkeit zu verbinden. Nur so ist es zu erklären, daß um 1970 in den Universitäten eine breite Diskussion über "revolutionäre Berufspraxis" entstehen konnte, weil die sozialistischen Studenten nach eben dieser

unmittelbaren Verbindung von Beruf und politischer Praxis suchten. Dabei wurde jedoch vielfach der oben skizzierter Zusammenhang — daß es eine solche Praxis lediglich ansatzweise für die sozialwissenschaftliche und pädagogische Intelligenz geben kann — nicht berücksichtigt. Außerdem wurden die Grenzen, die einer Tätigkeit als Sozialist im Ausbildungssektor gesetzt sind, vielfach verkannt und erst wieder realistisch gesehen, als der bürgerliche Staat mit Berufsverboten den Zugang zum öffentlichen Schulwesen verwehrte.

### 36 — Schwierigkeiten der Vereinheitlichung der Forderungen innerhalb der Arbeiterklasse und mit den Interessen der übrigen Lohnabhängigen

Die Differenzierung und Aufspaltung der Arbeiterklasse in verschiedene Schichten und die getrennte Existenz verschiedener Gruppen lohnabhängiger Intelligenz erweist sich als Ergebnis objektiver Bedingungen, die durch die kapitalistische Arbeitsteilung und die an den Notwendigkeiten der Kapitalverwertung orientierte technologische Entwicklung bestimmt sind. Auch die zusätzlichen, als Teil der politischen Strategie des Kapitals gegen eine mögliche Solidarität aller Lohnabhängigen herbeigeführten Differenzierungen und Spaltungen gehören zu diesen objektiven Bedingungen, die sich aus der Notwendigkeit der Kapitalverwertung ergeben. Die Schwierigkeiten bei der Herstellung einer einheitlichen, solidarischen Stellung gegenüber dem Kapital entstehen aus der ständigen Reproduktion dieser Spaltungen durch den kapitalistisch arbeitsteiligen Produktionsprozeß.

Das Ansetzen an den gemeinsamen Interessen aller Schichten der Lohnarbeiterklasse und im Zusammenhang damit der Kampf gegen sämtliche Formen der Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse, ist in dem Maße, wie in solchen gemeinsamen Kämpfen Erfolg erzielt werden, ein möglicher und entscheidender Ausgangspunkt zur Bewußtwerdung der Klasse in ihrer Gesamtheit. Gerade weil die Unterschiede der Situation der verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse vom Kapital immer wieder reproduziert werden, ist nicht davon auszugehen, daß sich in einem spontan verlaufenden Prozeß der Abbau der Lohnunterschiede, die Einschränkung der extrem arbeitsteiligen Tätigkeiten, die Beseitigung der formal zwar einheitlichen, aber die Spaltung doch verstärkenden Arbeitsbewertungssysteme, die Aufhebung der Ausbeutung der Frauen und ausländischen Arbeiter vollziehen können. Dazu ist vielmehr die bewußte und ausgewiesene politische Agitation und Aktion von politisch organisierten Gruppierungen notwendig, die vor allem

in den Gewerkschaften eine auf Vereinheitlichung der Arbeiterklasse abzielende Politik betreiben. Die Zahl der Lohnabhängigen, die intellektuelle Tätigkeiten ausüben, nimmt zu. Deshalb schafft das Kapital Arbeitsformen und Arbeitsorganisationen auch in den Bereichen, die bisher unter der fortschreitenden Arbeitsteilung, unter Intensivierung und Kontrolle der Arbeit noch nicht so sehr zu leiden hatten. Objektiv spielen sich "Proletarisierungstendenzen" ab, wenn auch verdeckt durch materielle Privilegien und durch Über- bzw. Unterlegenheitsgefühle aufgrund von "Bildung" und Mittelpositionen der Intelligenz in der Befehshierarchie. Unterschied und Widersprüche zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse hören damit keineswegs auf, nähern sich aber tendenziell den Unterschieden und Widersprüchen innerhalb der Arbeiterklasse an. Die Bestrebungen des Kapitals stoßen mit den Selbstverständlungenillusionen der in den qualifizierten Tätigkeiten beschäftigten Lohnabhängigen zusammen. Diese Kämpfe mit denen der Produktionsarbeiter, die sich auch zunehmend gegen die immer schärfere werdende Auspowerung ihrer Arbeitskraft durch die kapitalistische Organisation der Arbeit wehren, zu verbinden, wird eine Hauptaufgabe des Klassenkampfs in den nächsten Jahren sein.

Was hindert jedoch die Arbeiterklasse an einer Verbindung mit Intellektuellen? Sicher z.T. noch die materiellen Privilegien, die die Intellektuellen weiterhin genießen. Z.T. aber auch eine historische Ungleichzeitigkeit des Bewußtseins: daß Arbeiter etwa noch dem alten Bild vom Intellektuellen verhaftet sind, das auch die Intellektuellen teilweise noch — entgegen wirklicher Tendenz — aufrecht zu erhalten suchen. Das drückt sich z.B. in der Tatsache aus, daß Intellektuelle auch immer die "Abteilungsleiter" der politischen Organisationen sein wollen, oder: Intellektuelle erscheinen gegenüber dem Arbeiter und dem Arbeiterkind in Gestalt eines Lehrers als Auslese-Vollzugsbeamte des bürgerlichen Staates. Diese Ungleichzeitigkeit kann und muß in eine linke Strategie — die das Verhältnis von Arbeiterklasse und Intellektuellen thematisiert — einbezogen werden.

in den Gewerkschaften eine auf Vereinheitlichung der Arbeiterklasse abzielende Politik betreiben.

Die Zahl der Lohnabhängigen, die intellektuelle Tätigkeiten ausüben, nimmt zu. Deshalb schafft das Kapital Arbeitsformen und Arbeitsorganisationen auch in den Bereichen, die bisher unter der fortschreitenden Arbeitsteilung, unter Intensivierung und Kontrolle der Arbeit noch nicht so sehr zu leiden hatten. Objektiv spielen sich "Proletarisierungstendenzen" ab, wenn auch verdeckt durch materielle Privilegien und durch Über- bzw. Unterlegenheitsgefühle aufgrund von "Bildung" und Mittelpositionen der Intelligenz in der Befehshierarchie. Unterschied und Widersprüche zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse hören damit keineswegs auf, nähern sich aber tendenziell den Unterschieden und Widersprüchen innerhalb der Arbeiterklasse an. Die Bestrebungen des Kapitals stoßen mit den Selbstverständlungenillusionen der in den qualifizierten Tätigkeiten beschäftigten Lohnabhängigen zusammen. Diese Kämpfe mit denen der Produktionsarbeiter, die sich auch zunehmend gegen die immer schärfere werdende Auspowerung ihrer Arbeitskraft durch die kapitalistische Organisation der Arbeit wehren, zu verbinden, wird eine Hauptaufgabe des Klassenkampfs in den nächsten Jahren sein.

Was hindert jedoch die Arbeiterklasse an einer Verbindung mit Intellektuellen? Sicher z.T. noch die materiellen Privilegien, die die Intellektuellen weiterhin genießen. Z.T. aber auch eine historische Ungleichzeitigkeit des Bewußtseins: daß Arbeiter etwa noch dem alten Bild vom Intellektuellen verhaftet sind, das auch die Intellektuellen teilweise noch — entgegen wirklicher Tendenz — aufrecht zu erhalten suchen. Das drückt sich z.B. in der Tatsache aus, daß Intellektuelle auch immer die "Abteilungsleiter" der politischen Organisationen sein wollen, oder: Intellektuelle erscheinen gegenüber dem Arbeiter und dem Arbeiterkind in Gestalt eines Lehrers als Auslese-Vollzugsbeamte des bürgerlichen Staates. Diese Ungleichzeitigkeit kann und muß in eine linke Strategie — die das Verhältnis von Arbeiterklasse und Intellektuellen thematisiert — einbezogen werden.

Die Lage der Arbeiterklasse wird nicht nur durch die Verhältnisse im Produktionssektor, sondern auch durch die im Reproduktionssektor (Wohnen, Freizeit, Konsum, Gesundheit, Erziehung, Medien usw.) gekennzeichnet. Auch hier haben sich in den vergangenen Jahrzehnten und Jahren durchgreifende Veränderungen ergeben, die für eine sozialistische Organisation Ansätze bieten. Einmal ist es klar, daß mit den veränderten verschärften Arbeitsbedingungen auch die Anforderungen der Arbeiterklasse an das Leben außerhalb des Betriebs sich verändern müssen. Zum anderen aber nimmt das Kapital in durchgreifendem Maße auf diesen Bereich selbst Einfluß. Eine der wichtigsten Folgen kapitalistischer Entwicklung ist die mittlerweile zu einem Weltproblem gewordene Ruinierung des menschlichen Lebensmilieus und der Natur. Die Rationalisierung im einzelnen Betrieb im Sinne der Einsparung von Kosten hat in manchen Regionen bereits zu weitgehender Zerstörung der Umwelt geführt. Das Kapital treibt beinahe ohne jede Rücksichtnahme Raubbau an den natürlichen Hilfquellen und lädt auf diese Weise Kosten auf die gesamte Gesellschaft, die aber vor allem die Arbeiterklasse und in ihr wiederum die untersten, ärmsten Schichten zu tragen haben. Hinzu kommt, daß durch die dem Kapitalismus eigene Anarchie der Entwicklung die Wohnverhältnisse verschlechtert werden, auch wenn ein Teil der Wohnungen gegenüber denjenigen von vor 30 Jahren komfortabler geworden ist. Bei der Zerstörung der Städte durch ökonomische Macht und politische Gewalt handelt es sich nicht nur um die Zerstörung von Wohnverhältnissen, sondern auch um eine völlige Auflösung von Kommunikationsverhältnissen. Diese sind aber für jede sozialistische Initiative Voraussetzung, so daß Aktivitäten der sozialistischen Organisationen auf die Wiederherstellung und Neuentwicklung von Kommunikationssystemen in den kaputten Städten gerichtet werden müssen. Unter diesem Aspekt ist auch die Bedeutung von Bürgerinitiativen zu betrachten.

### Die kapitalistische Produktion zerstört Natur und Lebensmilieu

die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft notwendigen Niveau gehalten. Nicht die Interessen der Arbeiterklasse spielen hier bei der Planung und Verwaltung eine Rolle, sondern die sogenannten "ökonomischen Sachzwänge". So wird rationalisiert, effektiviert und gespart, wo es nur möglich ist. Die Folge sind in allen Bereichen Unzuträglichkeiten für diejenigen, die auf ihre Benutzung angewiesen sind: Unterausstattung der Krankenhäuser, Krankheitskontrolle durch Ärzte im Vertrauen der Kapitalisten, Arbeitslosengeld, das niemals so hoch sein darf wie der Verdienst bei Beschäftigung, weil ja der Arbeitsanreiz unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen verloren gehen könnte, eine Ausbildung, die in jeder Beziehung auf die "Bedürfnisse des Arbeitsmarktes" ausgerichtet und aller kritischen Komponenten beraubt wird, eine Erziehung, die vor allem die Reproduktion der Klassenstruktur zu gewährleisten hat.

Die in diesen staatlichen Bereichen Beschäftigten werden unter kapitalistischen Verhältnissen zu Instrumenten bei der Verwaltung der geschilderten Sachzwänge. Aber ihre objektive Funktion ist ihnen in den vergangenen Jahren verstärkt bewußt geworden mit der Folge von Revolten, Organisierungsansätzen und Ausarbeitung strategischer Positionen im Ausbildungssektor, im Gesundheitswesen, im Sozialbereich. Hier liegen wichtige Aufgaben von Sozialisten, denen es vor allem darum gehen muß, die Konflikte und Kämpfe in diesen Sektoren auf ihre kapitalistische Bedingtheit hin zu untersuchen und zu erklären, aus ihrer Vereinzelung und Isoliertheit herauszuführen und in den Zusammenhang einer sozialistischen Perspektive zu stellen.

39 – Die Totalität der "strukturellen Gewalt" im Kapitalismus geht nicht allein von der staatlichen Seite aus, sie ist auch nicht ausreichend mit dem Begriff der ökonomischen Gewalt umschrieben. Vielmehr haben sich mit dem "technischen Fortschritt" im Medienbereich immer effektivere Gewaltsysteme mit politischen Funktionen herausgebildet. Auch wenn sie nicht verstaatlicht sind, fügen sie sich in das Gesamt-System der Gewalt in dieser Gesellschaft ein. Für die Linke ist es wichtig, nicht nur gegen die unmittelbar staatliche Gewaltausübung, sondern auch gegen diese quasi staatlichen Gewaltkomplexe Strategien zu entwickeln.

Der Kampf gegen die herrschende Kultur, für die Abschaffung der kulturellen Privilegien der Bourgeoisie

und der Mittelschichten, bedeutet keine Aneignung der bürgerlichen Kultur durch die Arbeiterklasse und keine Imitation der Lebensweise der Herrschenden. Proletarische Kultur umfaßt die Wertvorstellungen, Aufgaben und Probleme aus dem täglichen Leben der Arbeiter, aus ihren Arbeits- und Wohnbedingungen der Arbeiter als annehmbar erreichbar. Das Schweigen der bürgerlichen Kultur über diese Dinge macht den Klassencharakter dieser Kultur deutlich und ihre Herrschaftsfunktion, die darin liegt, durch das Verschweigen die Arbeits- und Wohnbedingungen der Arbeiter als annehmbar erscheinen zu lassen und die Klassenunterschiede als unbedeutend zu verweichen. Proletarische Kultur als Ausdruck der Politisierung und Bewußtmachung aller Lebensbereiche der Arbeiterklasse kann konsequent nur proletarische Gegenkultur sein. Sie ist untrennbar mit der Emanzipationsgeschichte der Arbeiterklasse verbunden. Als Kristallisierungsform der eigenen Erfahrungen der Arbeiter ist die bürgerliche Kultur, die bürgerliche Öffentlichkeit nicht geeignet. Seit es die Arbeiterbewegung gibt, kam es und kommt es darauf an, die proletarischen Interessen in eigenen autonomen Formen der Gegenöffentlichkeit politisch auszudrücken. Proletarische Öffentlichkeit ist die Form, in der sich die Politik und Kultur der Arbeiterbewegung als Emanzipationsinteresse ausdrücken kann. Sie zu schaffen ist die ständige Aufgabe sozialistischer Agitation und Information.

40 – Kapitalistische Sozialisation

Die Momente, die die Krise der Ausbildung bestimmen und die Tendenzen, die in der Bemühung, die Krise zu managen, sich abzeichnen, lösen die Widersprüche des bürgerlichen Bildungssystems nicht; in ihnen bleibt der Kern des Verfahrens, mit dem im Kapitalismus die heranwachsende Generation "erzogen und ausgebildet" wird, erhalten: – beschrankte Ausbildung für die vielen, die in Produktion und Verwaltung ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, – aufwendige Ausbildung für die wenigen, die als "Offiziere" des Kapitals herrschende und planende Tätigkeiten ausüben sollen, – klassenspezifische Auslese für beide Ausbildungsgänge, – frühzeitige Vermittlung der Prinzipien des individuellen Aufstiegs durch angepaßte Leistung, der individuellen Konkurrenz, der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, d.h. der Zerschließung und Entfremdung der umfassenderen menschlichen Fähigkeiten und des Lernens, der Zurichtung des Bewußtseins und des Handelns, für ein "Funktionsieren" im kapitalistischen System.

Im Zusammenhang der "Studentenbewegung" gegen Ende der 60er Jahre wurden die Widersprüche und Wesensmerkmale des Ausbildungssystems im Kapitalismus von zahlreichen Schülern, Studenten und Lehrlingen umfassend analysiert, und es begann der aktive Kampf nicht nur gegen das Bildungssystem, sondern auch gegen das Gesellschaftssystem, das dieses hervorbringt. – Der Widerstand gegen die Klassenschule, gegen entfremdetes Lernen und Arbeiten, gegen irrationale Wissensproduktion, gegen die bürgerliche Ideologie und Herrschaftsstruktur in der Schule, Hochschule und Lehrwerkstatt zwingt zugleich dazu, den umfassenden Zusammenhang von Erziehung in dieser Gesellschaft – Sozialisation – zu untersuchen. Es wurde wieder bewußt gemacht, daß nur ein Teil der Erziehung der heranwachsenden Generation von der Schule und ihrem offenen und heimlichen Lehrplan übernommen wird, und daß ein großer Teil in der Familie, durch die Massenmedien und durch den kapitalistisch geprägten Lebens-, Arbeits- und Lernzusammenhang stattfindet. Der Funktionsverfall der bürgerlichen Kleinfamilie, die zunehmende Beschränkung der Familienfunktion auf materielle Versorgung und Verwahrung der Kinder führt dazu, daß viele Kinder schon in den ersten Lebensjahren, bevor sie in die Schule kommen, psychisch verformt sind. Auch im proletarischen Kind wird der kapitalistische Lebensplan frühzeitig angelegt, dessen Elemente Recht des Stärkeren, Konkurrenz, Aufstieg, Unterdrückung nach innen und außen sind.

41 – Ausbildungswesen in der Krise

Die besonderen ökonomischen Bedingungen in der BRD haben das Ausbildungswesen in eine nachhaltige Krise gebracht. Nach einer Phase konservativer Restauration Anfang der 50er Jahre erwies sich das dreigliedrige Schulsystem mit seiner starken Auslese einer kleinen wissenschaftlich-administrativen Elite angesichts der wachsenden Konkurrenz der 60er Jahre und dem damit verbundene Zwang zur Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit als unfähig, die damit verbundene Notwendigkeit der Ausbildung von mehr wissenschaftlich-technisch gebildetem Personal zu sichern. Gleichzeitig geriet auch die Berufsausbildung in eine Krise, weil das doppelte System der Berufsausbildung (Lehrstelle und Berufsschule) – überwiegend bestimmt vom Heißhunger der Handwerks- und der Kleinbetriebe nach Extramehrwert – schon längst zu einer bloßen Ausbeutung der Arbeit Jugendlicher übergegangen war und seinen Ausbildungsaufgaben kaum nachkommen konnte. Gleich-

zeitig stieg die Dequalifikation der Massenarbeit und ließ das System der Berufsausbildung für die Masse der Lohnarbeiter überhaupt problematisch werden. So wurde die Anpassung des überfälligen Ausbildungssystems an die veränderten Reproduktions- und Akkumulationsbedingungen des westdeutschen Kapitals zum Hauptinhalt der Bildungspolitik. Dieser Anpassungzwang traf sich allerdings mit einem massenhaften Reformwillen, der den ständischen Charakter und die Rücksständigkeit des Bildungssystems angehiefs fortschrittlicher Länder wie Schweden und USA zum Beweis für soziale Ungerechtigkeit in der BRD nahm und politisch anging.

Angesichts der allgemeinen Prosperität und des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums in den 60er Jahren wirkte sich diese Reformwelle günstig für die Sozialdemokratie aus, welche insbesondere die Bildungsreform auf ihre Fahnen geschrieben und zum Kernstück ihrer Politik des Reformkapitalismus gemacht hatte. So wandten sich im Verlauf der 60er Jahre viele Wähler der SPD zu in der Hoffnung, eine sozialdemokratisch geführte Regierung werde tatsächlich grundlegende Veränderungen im Bildungswesen und damit eine qualitative Reform der Gesellschaft auf dem Weg zum Sozial-Staat verwirklichen können. In Verbindung mit dieser sozialdemokratischen Politik vermochte sich das Reforminteresse am Bildungswesen zeitweilig so stark zu artikulieren, daß der Eindruck entstehen mußte, nicht die politischen und ökonomischen Anpassungzwänge an neue Bedingungen kapitalistischer Reproduktion, sondern der Veränderungswille eines großen Teils der Bevölkerung bestimme die Entwicklungsperspektive der westdeutschen Gesellschaft. Der illusionäre Charakter dieser Schönwettervorstellungen mußte sich jedoch spätestens mit dem Abbau der außergewöhnlichen Prosperität des BRD-Kapitals und des damit verbundenen politischen Reformspielraums offenbaren. Heute – im Zeichen der schwersten Krise des westdeutschen Kapitalismus – zeigt sich mehr denn je, welche tatsächlichen Möglichkeiten der Bildungsreform innerhalb der Grenzen kapitalistischer Produktion gegeben sind. So ist denn außer der Besetzung kindlicher Schranken in der ständischen Rekrutierung des Nachkriegsschulwesens und der Verbreiterung akademischer Berufsausbildung von den Forderungen der Reformpolitik heute nichts mehr geblieben. Überall herrscht stattdessen das Moment der Kosteneinsparung und Rationalisierung im Bildungswesen, die Disziplinierung und Dequalifikation der beruflichen und akademischen Ausbildung vor. Längst schon müssen wir das

Abrücken von der Gesamtschulreform verzeihnen und zugleich feststellen, daß die berufliche und akademische Ausbildung durch Berufsbildungsgrundjahr oder Regelstudium auf das Maß einer kapitalistischen Qualifizierung der Arbeitskraft zurückgestutzt wird. Die Zulassungsbeschränkungen an den Universitäten und der Lehrstellenstopp in der Berufsausbildung müssen in diesem Zusammenhang als Mittel verstanden werden, solche Qualifikations- und Disziplinierungsinteressen der herrschenden Kreise mit Nachdruck durchzusetzen. Angesichts der Kluft zwischen den alten Reformforderungen nach Chancengleichheit und größtmöglicher Bildung für alle und dem gegenwärtig sichtbaren Versuch, die Qualifikation zurechtzuschneiden wird deutlich, wo die Unvereinbarkeit des Ausbildungsinteresses der Massen mit dem Qualifizierungsinteresse an der Ware "Arbeitskraft" liegen.

#### IV. ZENTRALE AUFGABE: BETRIEB- UND GEWERKSCHAFTSARBEIT

Aus der ökonomischen Analyse des westdeutschen Kapitalismus kann geschlossen werden, daß die Lebensverhältnisse sich nicht mehr so vergleichsweise konfliktfrei wie in den vergangenen zwei Jahrzehnten verbessern, daß die Polarisierungsscheinungen auch innerhalb der Arbeiterklasse und die Klassenkonflikte zunehmen. Der Spielraum des Kapitals für materielle Zugeständnisse an die Lohnabhängigen – Voraussetzung aller reform-kapitalistischen und sozialpartnerschaftlichen Illusionen – ist enger geworden; zugleich sind die Ansprüche der Lohnabhängigen auf sichere Arbeitsplätze, auf einen steigenden Lebensstandard und auf bessere Arbeitsbedingungen gewachsen. Die sich ergebende Verschärfung der Interessengensätze zwischen Kapital und Lohnarbeit findet in der Politik der Gewerkschaften keinen entsprechenden Ausdruck. Mit der Existenz einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung wirkt sich die enge Verfechtung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften auf die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften und ihrer Funktionäre lähmend aus. Aus der doppelten Loyalitätsbindung der Gewerkschaften, einerseits die Interessen der Lohnabhängigen vertreten zu müssen, andererseits (z.B. im Rahmen der Konzentrierten Aktion) die Wirtschaftspolitik der Regierung zu stützen, folgen Konsequenzen für die innere Struktur der Gewerkschaften. – Neue Ansätze zu einer Klassenbewegung der Arbeiter entwickelten sich erstmals deutlich nach der Wirtschaftskrise 1966/67. Diese Rezession traf die westdeutsche Arbeiterklasse völlig überraschend. Sie war in den Jahren zuvor an stetige Reallohnerhöhungen und an einen Vollbeschäftigungszustand gewöhnt worden, so daß sie durch die sich ausbreitende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit erheblich verunsichert wurde. Sie machte die Erfahrung, daß die Gewerkschaften gegen die sich ausbreitende Arbeitslosigkeit und den Abbau von übertariflichen Leistungen in vielen Betrieben keine andere Abwehrstrategie hatten als die des Protestes gegen die „Unternehmermoral“ und der Lohnforderungszurückhaltung in der Tarifpolitik („Maßhalten“).

42 –  
Zunahme  
der  
Streikbewegung  
in den 70er Jahren

So revidierten im einsetzenden Wirtschaftsaufschwung Teile der Lohnabhängigen in einer großen spontanen Streikwelle im Herbst 1969 die stabilitätskonformen Tarifabschlüsse. – Mit den Septemberstreiks von 1969 wurden neue Ansätze zu einer Klassenbewegung sichtbar. Sie zeigten ein erstes Auflehnen gegen eine Lohnpolitik nach kapitalistischen Spielregeln, den Anfang der Krise sozialpartnerschaftlicher Gewerkschaftspolitik. Die seitdem stattgefundenen – offiziellen wie spontanen – Arbeitskämpfe haben deutlich gemacht, daß die Lohnabhängigen beginnen, ihre eigenen Interessen selbstbewußter durchzusetzen.

Nach dem September 1969 hat es eine Anzahl von Streiks gegeben, die im Vergleich zu den 60er Jahren ein unerwartet hohes Unzufriedenheits- und Kampfpotential zum Ausdruck brachten. Dies läßt sich auf-

zeigen sowohl an den offiziellen Streiks, zu denen sich die Gewerkschaftsführungen gezwungen sahen (IG Metall 1971, 1973, 1974 – IG Chemie 1971, 1972 – IG Druck und Papier 1973 – ÖTV 1974), als auch an der neuerlichen Welle spontaner Streiks im Jahre 1973 sowie eine Reihe von Urabstimmungen. In diesen Fällen brachten große Teile der Mitgliederschaft ihre Unzufriedenheit mit der Vertretungspolitik ihrer Organisation zum Ausdruck. Bestätigt wurde damit, was die Septemberstreiks angekündigt hatten: die sozialpartnerschaftliche Politik der westdeutschen Gewerkschaften ist in die Krise geraten, das Vertretungsmonopol der Gewerkschaftsführungen wird von den Mitgliedern nicht mehr bedingungslos akzeptiert.

43 –  
Lehren  
der  
spontanen Streiks 1973

Aus den Konflikten und Streiks haben sowohl die beteiligten wie die unbeteiligten Lohnarbeiter gelernt; doch macht es einen Unterschied, ob eine erfolgreiche spontane Streikaktion wie 1969 oder eine mit einer Niederlage endende Streikaktion wie im Sommer 1973 verarbeitet werden muß.

Im Unterschied zu 1969 wurde von vornherein die Streikbewegung im Jahre 1973 zersplittert, der Gegensatz zwischen Gewerkschaftsführung und Mitgliedern verschärft sich noch. Es werden in der Streikbewegung von 1973 eindeutig Grenzen für linke Betriebs- und Gewerkschaftskader in der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Situation sichtbar, die nicht einfach voluntaristisch übersprungen werden können. Die Aktionen des Kapitals erfolgten bewußter; die Zersplitterung der Streikbewegung wird vom Kapital ausgenutzt. Die Gegnerschaft der Gewerkschaftsführung gegen die Streikaktionen macht es dem Kapital leicht, aktive Arbeiter – von der Gewerkschaft im Stich gelassen – den Unterdrückungsmaßnahmen des Kapitals voll auszusetzen bis hin zu brutalen Polizeieinsätzen, der Einschaltung der Arbeitsgerichte gegen die Arbeiter und in manchen Fällen bis hin zu Kriminalisierungsversuchen insbesondere von ausländischen Kollegen.

Es zeigt sich so, daß es nicht angeht, aufgrund der Zunahme der Klassenkämpfe in Westdeutschland eine bruchlose Linie der Zunahme der „Volkskämpfe“ zu konstruieren und dabei die Wirklichkeit der Herausbildung von Kampferfahrungen, Klassenbewußtsein und politischer Organisation der Lohnarbeiterklasse zu vergessen. Es kommt gerade darauf an, auch aus den Niederlagen von Kampfactionen zu lernen, um für künftige Aktionen besser gewappnet zu sein. Eine wesentliche Voraussetzung dafür aber ist, die sozialistischen Betriebsgruppen zu stärken und die Arbeit innerhalb der Gewerkschaften zu verbessern.

Die innergewerkschaftliche Opposition, die sich im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Mitarbeit der Gewerkschaften in der Konzertierten Aktion, in den Konflikten bei den letzten Betriebsratswahlen und in der innerverbündlichen Kontroverse um die Stellung der Vertrauensleute in An-sätzen herausbildete, hat mit den kämpferischen Aktivitäten und autonomen Aktionen von Teilen der Mitgliederschaft an Bedeutung gewonnen. Das Potential, auf das sich die innergewerkschaftliche Opposition stützen kann, ist in den spontanen Streiks gewachsen. Allerdings konnte es bisher von dieser Opposition nicht zur Durchsetzung einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsstrategie organisiert werden.

#### 44 – Die Rolle der SPD

Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften ist eng verbunden mit der Entwicklung der SPD. Die Gewerkschaften haben traditionell der SPD die politische Führungsrolle überlassen und sich auf die Ver-teidigung der ökonomischen Interessen der Lohnabhängigen im Kapitalismus beschränkt. Wie die Sozialdemokratie paßten sich die Gewerkschaften in ihrer Programmatik und Praxis den Erfordernissen des Kapitalismus an.

Wenige Jahre nach der Verabschiedung des Godesberger Programms erfolgte auch eine Revision des Grundsatzprogramms, das der DGB sich 1949 in München gegeben hatte. Das Düsseldorfer Grundsatzprogramm von 1963 folgte in der Einschätzung des Kapitalismus in vielen Punkten dem Godesberger Parteidokument. Als übergeordnetes Programmziel wurde nun nicht mehr die grundlegende Veränderung der kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialordnung angestrebt, sondern die Modernisierung der Wirtschaftspolitik zur Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums und der Vollbeschäftigung. In diesem Ziel-Mittel-Katalog enthielt das Düsseldorfer Programm ein deutliches Angebot zur Zusammenarbeit an Staat und Kapital, gemeinsam und innerhalb der nicht mehr in Frage gestellten kapitalistischen Wirtschaftsordnung – mit Hilfe von Rahmenplanung und Orientierungsdaten – Stabilität und Wachstum auf Dauer sicherzustellen.

Mit dem Düsseldorfer Programm hatte der DGB die spätere Konzertierte Aktion gleichsam vorprogrammiert. Als in der ersten westdeutschen Nachkriegsrezession 1966/67 von der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD eine keynesianische Wirtschafts-

politik mit Globalsteuerung und staatlicher Einkommenspolitik eingeführt wurde, beteiligten sich die Gewerkschaften an der Konzertierten Aktion, deren erklärtes Ziel die bewußte Beschränkung der Lohnforderungen war. Im Interesse eines Konjunkturaufschwungs sollten die Löhne eingefroren werden und die Gewinne überproportional steigen. Die Beteiligung der SPD an der Regierung und die durch die Krise ausgelösten Existenzängste der Lohnabhängigen verhinderten eine breite Opposition gegen diesen Einbau der Gewerkschaften in das kapitalistische Krisenmanagement.

Die Gewerkschaftsvorstände versuchen einerseits dem Druck, der sich aus der wachsenden Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft wichtiger Gruppen der Lohn-abhängigen ergibt, dadurch zu begegnen, daß sie die in spontanen Aktionen entwickelten Forderungen teilweise aufnehmen (z.B. lineare Lohnerhöhungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen) und in begrenzten Kampffaktionen, deren Organisation und Durchführung in den Händen der Gewerkschaftszentralen bleibt, Rechnung tragen. Damit versuchen sie, sich die erforderliche Zustimmung zu ihrer nach wie vor sozialpartnerschaftlichen Politik zu sichern. –

Andererseits versuchen die Gewerkschaftsführungen, sich derer zu entledigen, die ein Hindernis für diese widersprüchliche Politik darstellen. Diejenigen Kräfte, die eine an den Realitäten der Klassengegensätze orientierte Gewerkschaftspolitik durchzusetzen versuchen, werden durch Ausschluß und Ausschlußdrohungen diszipliniert. Auch versucht die SPD, den Ablösungsprozeß vieler Lohnabhängigen aufzuhalten und die Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben wieder unter Kontrolle zu bringen, indem sie ihre Betriebsgruppen, die jahrelang nur auf dem Papier standen, reaktiviert (u.a. der Gründung der "Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" AfA). Damit verstärken sich die Schwierigkeiten für Sozialisten, die keine SPD-Mitglieder sind, in gewerkschaftliche Funktionen (Vertrauensleutekörper, Betriebsrat, Delegierte usw.) zu kommen.

Für Sozialisten in den Betrieben und Verwaltungen stellt sich angesichts des gegenwärtigen Stands des Be-wußtseins der Kollegen und damit der Arbeiterbewe-gung die Frage, welche Möglichkeiten der Verände-rung dieses Zustands sich ihnen bieten. – Da die be-wußteren Lohnabhängigen in den Gewerkschaften or-ganisiert sind und sich an gewerkschaftlichen Positionen orientieren, kommt es darauf an, mit ihnen gemeinsam

politik mit Globalsteuerung und staatlicher Einkommenspolitik eingeführt wurde, beteiligten sich die Gewerkschaften an der Konzertierten Aktion, deren erklärtes Ziel die bewußte Beschränkung der Lohnforderungen war. Im Interesse eines Konjunkturaufschwungs sollten die Löhne eingefroren werden und die Gewinne überproportional steigen. Die Beteiligung der SPD an der Regierung und die durch die Krise ausgelösten Existenzängste der Lohnabhängigen verhinderten eine breite Opposition gegen diesen Einbau der Gewerkschaften in das kapitalistische Krisenmanagement.

Die Gewerkschaftsvorstände versuchen einerseits dem Druck, der sich aus der wachsenden Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft wichtiger Gruppen der Lohn-abhängigen ergibt, dadurch zu begegnen, daß sie die in spontanen Aktionen entwickelten Forderungen teilweise aufnehmen (z.B. lineare Lohnerhöhungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen) und in begrenzten Kampffaktionen, deren Organisation und Durchführung in den Händen der Gewerkschaftszentralen bleibt, Rechnung tragen. Damit versuchen sie, sich die erforderliche Zustimmung zu ihrer nach wie vor sozialpartnerschaftlichen Politik zu sichern. –

Andererseits versuchen die Gewerkschaftsführungen, sich derer zu entledigen, die ein Hindernis für diese widersprüchliche Politik darstellen. Diejenigen Kräfte, die eine an den Realitäten der Klassengegensätze orientierte Gewerkschaftspolitik durchzusetzen versuchen, werden durch Ausschluß und Ausschlußdrohungen diszipliniert. Auch versucht die SPD, den Ablösungsprozeß vieler Lohnabhängigen aufzuhalten und die Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben wieder unter Kontrolle zu bringen, indem sie ihre Betriebsgruppen, die jahrelang nur auf dem Papier standen, reaktiviert (u.a. der Gründung der "Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" AfA). Damit verstärken sich die Schwierigkeiten für Sozialisten, die keine SPD-Mitglieder sind, in gewerkschaftliche Funktionen (Vertrauensleutekörper, Betriebsrat, Delegierte usw.) zu kommen.

45 – Ansatzpunkte sozialistischer Gewerkschaftsarbeit

Für Sozialisten in den Betrieben und Verwaltungen stellt sich angesichts des gegenwärtigen Stands des Bewußtseins der Kollegen und damit der Arbeiterbewegung die Frage, welche Möglichkeiten der Veränderung dieses Zustands sich ihnen bieten. – Da die bewußteren Lohnabhängigen in den Gewerkschaften organisiert sind und sich an gewerkschaftlichen Positionen orientieren, kommt es darauf an, mit ihnen gemeinsam

eine konsequente Gewerkschaftsarbeit auf betrieblicher Ebene durchzusetzen. Dabei muß man sich davorm hütten, lediglich eine "bessere" Vertreterpolitik zu betreiben. Ebenso ist die Frage, ob die Gewerkschaften zu einer Klassenkampforganisation zu machen sind, gegenwärtig rein theoretischer Natur (nur theoretisch zu "lösen").

Worauf es in innerorganisatorischen Auseinandersetzungen ankommt, ist, durch den Kampf um mehr innergewerkschaftliche Demokratie die Arbeitsmöglichkeiten auf Betriebsebene zu verbessern. Dazu gehört die Stärkung und Absicherung der Stellung der Vertrauensleute; der Kampf gegen die Disziplinierungsmaßnahmen der Vorstände (Extremistenbeschlüsse); die Verbesserung der innergewerkschaftlichen Information und Kommunikation; die Verstärkung und Verbesserung der Bildungsarbeit für die betrieblichen Funktionäre und Mitglieder.

In diesen Auseinandersetzungen sind nur durch die Einbeziehung der Mitglieder einerseits und die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Funktionären andererseits Erfolge zu erzielen. Beides wird mit zunehmender Verschärfung der ökonomischen Situation und damit auch der verstärkten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Linke schwieriger, aber auch notwendiger. Nur durch das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten kann es gelingen, die wachsende Angst und Resignation aufzufangen. Die zu entwickelnden Perspektiven und Strategien müssen Antworten geben auf:

- die Unternehmerpolitik (Arbeitswelt", Rationalisierung; Konkurrenz der Arbeiter untereinander – Spaltung der Arbeiter; Lohnsysteme; Arbeitslosigkeit; Kurzarbeit ...)
- die offizielle Gewerkschaftspolitik (gewerkschaftliche Tarifpolitik; Investitionskontrolle; Mitherrschung; Einfluß auf Arbeitsbedingungen; Einbeziehung der Frauen und ausländischen Arbeiter in die gewerkschaftliche Arbeit ...).

Angesichts der Schwierigkeiten, vor denen Sozialisten in den Betrieben heute stehen (u.a.: Zersplitterung, Spaltung der Arbeiterklasse, defensive Reaktion der Arbeiter auf die Krise, systemkonforme Politik der Gewerkschaften und damit erschwerte Möglichkeit autonomer Interessenvertretung), bestehen die Hauptaufgaben sozialistischer Betriebsarbeit darin,

- a) proletarische Öffentlichkeit und Kommunikationssysteme auszubauen und herzustellen,

- b) die Institutionen Betriebsrat und Vertrauensleute-körper für die Verbesserung autonomer Interessenvertretung zu nutzen,
- c) sozialistische Betriebsgruppen zu bilden.

## 46 – Proletarische Betriebsöffentlichkeit

Im Unterschied zu anderen westeuropäischen Ländern wie z.B. Großbritannien, Frankreich und Italien bestehen in der BRD allenfalls Ansätze einer proletarischen Öffentlichkeit. Faschismus, kapitalistische Restauration, die schrittweise Aufgabe publizistischer Organe durch die SPD sowie die von oben nach unten gesteuerte Gewerkschaftspresse haben dazu geführt, daß es keine breite Arbeiter-Gegenöffentlichkeit gibt und daß die Lohnabhängigen auf die bürgerlichen Medien angewiesen sind (s. These 45).

In den Betrieben ist das Zustandekommen proletarischer Öffentlichkeit teils durch die Produktionsorganisation (Arbeitsplatz; Arbeitsintensivierung und -rationalisierung ...), teils durch bewußte unternehmerische Strategien zur Zerschlagung von Kommunikationsstrukturen blockiert (Einteilung von Arbeitszeiten und Pausen, Werkszeitungen, Schweigepflicht der Betriebsräte, getrennte Kantinen ...). Insbesondere die spontanen Streiks 1973 haben aber deutlich gemacht, wie notwendig es für Erfolge einer kämpfenden Arbeiterbewegung ist, eigene Kommunikationssysteme zu besitzen, in denen Informationen (in einem Betrieb, zwischen verschiedenen Betrieben eines Konzerns und einer Branche, lokal und überregional) weitergegeben und Erfahrungen ausgetauscht werden können.

Gegenstand einer solchen inner- und überbetrieblichen Öffentlichkeit müßte sein:

- das Aufgreifen von Konflikten,
- die Verarbeitung von Erfahrungen,
- die Verbreitung von Strategien.

Dabei kann es nicht darum gehen, die Kolleginnen und Kollegen als Adressaten einer von außen in die Betriebe getragenen Öffentlichkeit zu belassen, sondern darum, sie selbst zu Produzenten innerbetrieblicher Kommunikation zu machen.

Zu solchen Kommunikationssystemen und Formen proletarischer Öffentlichkeit, die Sozialisten im Betrieb ausbauen bzw. erst schaffen müssen, gehören:

- gewerkschaftliche und Betriebsversammlungen,
- Flugblätter und Betriebszeitungen,
- Bildungsarbeit (gewerkschaftliche Schulungen und betriebsnahe Bildungsarbeit),
- außerbetriebliche Kommunikation.

## 47 – Betriebsrat und Vertrauensleute

Zur Herstellung und zum Ausbau von Kommunikationsstrukturen und zur Durchsetzung von Interessen müssen Sozialisten versuchen, die bestehenden Institutionen, Vertrauensleute und Betriebsrat, zu nutzen. Jedoch immer unter dem Gesichtspunkt, durch die Arbeit in diesen Gremien die Kollegen in die Auseinandersetzungen einzubringen, autonome Kampfformen zu entwickeln und betriebliche Gegemacht-positionen aufzubauen.

Der Stellenwert der Betriebsrats- und Vertrauensleutearbeit im Rahmen einer sozialistischen Betriebsarbeit ist jeweils von sehr unterschiedlichen branche- bzw. betriebspezifischen Bedingungen abhängig, so daß er in den einzelnen Arbeitsbereichen verschieden einzuschätzen ist. Diese Tatsache bedeutet für eine allgemeine Betriebsrats- und Vertrauensleutestrategie eine sehr bedeutsame Einschränkung. Betriebsräte können trotz der Bindung an das Betriebsverfassungsgesetz ("Friedenspflicht") durchaus Aufgaben der kämpferischen Interessenvertretung gegenüber den Bestrebungen des Kapitals, z.B. die Arbeitsintensivierung und den Lohnabbau wahrnehmen. Diese Funktion könnte gerade in Krisenzeiten eine Bedeutung gewinnen. Es wäre deshalb falsch, die Institution des Betriebsrats lediglich als sozialpartnerschaftliches Konfliktregelungsinstrument zu sehen und damit zum Angriffsziel sozialistischer Betriebsarbeit zu machen.

Die Vertrauensleute, die nicht an das Betriebsverfassungsgesetz gebunden sind, können einen größeren Handlungsspielraum haben. Ihre Aufgabe ist eine doppelte: a) innerbetrieblich sollten sie den Betriebsrat kontrollieren und Einfluß auf seine Politik nehmen. Häufig jedoch versucht der Betriebsrat, die Vertrauensleute zu Verküfern seiner Politik bei den Kollegen zu machen; b) innergewerkschaftlich sollten sie die Interessen der Basis in den Gewerkschaftsgremien durchsetzen und damit die offizielle Gewerkschaftspolitik beeinflussen. Die Gewerkschaftsvorstände sehen dagegen in den Vertrauensleuten nur ihr Sprachrohr im Betrieb (so ist auch in den meisten Satzungen der Gewerkschaften die Funktion der Vertrauensleute formuliert).

Bei allen betrieblichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, insbesondere bei den spontanen Streiks, hat sich die Notwendigkeit stabiler Organisations- und Kommunikationsstrukturen gezeigt. In aktuellen Kämpfen kurzfristig gebildete Organisationsformen (wie z.B. Streikkomitees) können in der Regel weder

diese Kämpfe erfolgreich führen, noch die daraus resultierenden Erfahrungen bewußtseinsmäßig und organisatorisch aufarbeiten und weiterentwickeln. Deshalb ist es für eine sozialistische Betriebsarbeit notwendig, die Vertrauensleutekörper zu Trägern autonomer Arbeiterpolitik zu machen.

## 48 – Sozialistische Betriebsgruppen

Um im Vertrauensleutekörper oder im Betriebsrat mit dieser Zielsetzung arbeiten zu können und für diese Arbeit eine Strategie zu entwickeln, ist es notwendig, sozialistische Betriebsgruppen aufzubauen. Nur über die Arbeit dieser Gruppen ist es möglich,

- die z.B. in Aktionen oder Gewerkschaftslehrgängen politisierten Kollegen in die praktische Arbeit mit einzubeziehen, um der häufig einsetzenden Resignation vorzubeugen;
- den entsolidarisierenden Tendenzen entgegenzuwirken, was in den Gewerkschaftsgremien nur selten möglich ist, da sich hier die betrieblichen Konkurrenzmechanismen wiederholen (z.B. zwischen den Abteilungen, Qualifizierten und Unqualifizierten usw.). Die Betriebsgruppen müssen versuchen, solidarische Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, den Konkurrenzdruck abzubauen und die Abhängigkeit von Autorität zu überwinden. Nur dann werden sie auch fähig sein, den fast immer unterrepräsentierten Gruppen der unqualifizierten und ausländischen Arbeiter und der Frauen die Möglichkeit der Mitarbeit, der Artikulation ihrer Schwierigkeiten und die Hilfe bei ihren Problemen anzubieten;
- die mit zunehmender Aktivität auftretenden "privaten" Schwierigkeiten zu überwinden (z.B. durch Einbeziehen der Partner, meist der Frauen bzw. Freindinnen), die häufig die Ursache dafür sind, daß sich Kollegen nur sporadisch an der Arbeit beteiligen oder sich nach kurzer Zeit wieder zurückziehen. Die Einbeziehung des "Privatlebens", in die gemeinsame Arbeit ermöglicht ansatzweise die Überwindung der Isolation und des Zwangs, mit den persönlichen Problemen allein fertig werden zu müssen.

Ein wichtiger Aspekt dieser Arbeit muß es sein, die personelle Basis der bisher meist vereinzelt arbeitenden Sozialisten zu erweitern und so zu erreichen, daß die Kontinuität von betrieblichen Ansätzen nicht mehr von einzelnen abhängig ist. Auch kann und muß die notwendige überbetriebliche Zusammenarbeit von den sozialistischen Betriebsgruppen vorangetrieben werden, da die innergewerkschaftlichen Informationsstrukturen nur vertikal organisiert sind und damit die Kommunikation von Vertrauensleutekörpern und

## 49 – Aufgaben des sozialistischen Büros

Die Betriebsgruppen bei dieser Arbeit zu unterstützen, ist eine wichtige Aufgabe des SB, die den Aufbau von regionalen Arbeitskreisen ‘Betrieb und Gewerkschaft’ notwendig macht. Bei der Weiterentwicklung seiner Arbeitsfelder geht das SB davon aus, daß Mitwirkung bei betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen qualitative Priorität vor anderen Arbeitsfeldern haben muß. Organisatorische Formen und politische Aussagen des SB müssen so gehalten sein, daß die Ansätze der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeid nicht von anderen – eher intellektuellen – Arbeitsfeldern und deren Problemen überlagert werden. Mögliche momentane Erfolge in anderen Arbeitsfeldern müssen unter dem Kriterium geprüft werden, ob sie die weitere Entwicklung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeid fördern oder eher behindern.

Zielsetzungen einer Gewerkschaftspolitik von Sozialisten in der nächsten Phase müssen sein:

- die innergewerkschaftliche Demokratisierung im Sinne einer stärkeren Selbstverretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten voranzutreiben;
- die gewerkschaftliche Autonomie gegenüber der staatlichen Einkommens- und Wirtschaftspolitik zu erkämpfen;
- den Raum für sozialistische Argumente in der gewerkschaftlichen Diskussion zu erweitern;
- gegen die Aufspaltung der Arbeiterklasse auch innerhalb der Betriebe und Gewerkschaften zugunsten von Gesamtfordernungen der Arbeiterklasse gegenüber dem Kapital und dem bürgerlichen Staat zu wirken.

Es ist nicht die Absicht des SB, innerhalb der Gewerkschaften eine (gar noch konspirative) “Fraktion” zu bilden. Vielmehr geht es darum, durch offene und öffentliche Argumentation (“express”, Betriebszeitungen, Flugblätter) die klassenbewußte Linie in Betrieben und Gewerkschaften zu stärken (so etwa durch lokale oder regionale Projektgruppen und durch Arbeitstagungen theoretisch zu fundieren). Praktische Schritte hierzu sollten in nächster Zeit sein:

- das SB initiiert regionale und branchenspezifische Arbeitstagungen zur Diskussion der Praxis und zur Entwicklung gemeinsamer Konzeptionen in der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik und verbreitet deren Ergebnisse;
- das SB orientiert seine publizistische Arbeit verstärkt auf die in Betrieb und Gewerkschaft für eine konsequente Vertretung von Arbeiterinteressen aktiven Kollegen, gewerkschaftlichen Vertraulieuten und Betriebsgruppen;

Genossen und Gruppen des SB arbeiten in lokalen Betriebszeitungen mit oder betreiben deren Gründung;

- Genossen im SB, die in Betrieb und Gewerkschaft aktiv sind, bilden lokale bzw. regionale Arbeitskreise, um ihr praktisches Vorgehen aufeinander abzustimmen und die theoretische Diskussion zu intensivieren;
- das SB fördert durch Publikationen und Arbeitstagungen speziell die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, zumal hier auch Intellektuelle ihre besonderen Qualifikationen nutzbar machen können.

## V. ORIENTIERUNGEN FÜR DIE POLITIK VON SOZIALISTEN

### 50 – Ruck nach rechts – Gefahr politischer Gewalt

Die bürgerliche Klasse findet auf ihre Krise durchaus noch Antworten. Diese Antworten aber geben der Arbeiterklasse und ihren Organisationen eine Vielzahl von Problemen auf. Erstens findet in dem Maße, wie die Krise offenbar wird, auch unter den Charaktermasken des Kapitals eine weitgehende Politisierung statt, die notwendigerweise nach rechts weist. Denn wenn der Aktionspielraum des Kapitals ökonomisch kleiner wird, dann kann er nur noch mit Gewalt gegen die Arbeiterklasse im eigenen Land oder durch imperialistische Expansion ausgeweitet werden. Der starke Staat, der brutal die Kapitalinteressen durchsetzt, ist daher auch regelmäßig Traum und Inhalt kapitalistischer Politisierung. Zweitens dichtet sich der Staat als institutioneller Apparat, der ja mit Personal besetzt ist, gegenüber all denjenigen ab, die einer Entwicklung zum autoritären Staat im Wege stehen könnten. Dies spielt insbesondere dann eine Rolle, wenn, wie in Westdeutschland, traditionelle Liberalität schwach ausgeprägt ist, wenn antikommunistische Hexenjagd-Stimmung sehr leicht zu entfachen ist und weil die wichtigsten Organisationen der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, mit blamabler Leichtigkeit einzuschüchtern und in diesem Prozeß sogar fast widerspruchlos zu integrieren sind. Die Politik des Berufsverbots ist daher Ausdruck dieser Rechtsentwicklung in der westdeutschen Gesellschaft, in der Linke – von Liberalen bis hin zu Kommunisten – nur noch als Bürger mit halbierten Rechten geführt werden. Der Kampf gegen die Berufsverbote ist deshalb so wichtig, weil nur durch Widerstand verhindert werden kann, daß mit größerer Selbstverständlichkeit die politischen Artikulierungsmöglichkeiten von Sozialisten und Kommunisten und selbst von ernsthaften Liberalen beschnitten und schließlich verboten werden. Drittens nutzt der Staatsapparat das Rechtssystem, um formal den Übergang zum autoritären Staat vollziehen zu können. Dabei spielt die Interpretation der Verfassung im Sinne der kapitalistischen Notwendigkeit eine wichtige Rolle. Dazu zählen auch die Gerichtsentscheidungen sowohl in der Arbeitsgerichtsbarkeit hinsichtlich des Streikrechts, des Vertretungsrechts von Betriebsräten usw. als auch in der Strafgerichtsbarkeit bei politischen Delikten, in denen bereits die Artikulation von bloßem Protest kriminalisiert und schärfstens gehindert wird. Dazu zählen weiter die formellen Verfassungsänderungen durch die Notstandsge setze

1968, mit denen (im immer provozierbaren Notstandsfall) die beim Staatsapparat angehäufte Macht in der Robe der Legalität gegen jede Opposition dieser Form kapitalistischer Herrschaftssicherung eingesetzt werden kann.

50 – Ruck nach rechts –  
Gefahr  
politischer Gewalt

51 – Bürgerliche und revolutionäre Gewalt

Die Ausübung staatlicher Gewalt ist nicht bloß Ausdruck der Zusitzung kapitalistischer Widersprüche. Gewalt ist vielmehr das wesentliche Moment der bürgerlichen Gesellschaft, denn sie basiert wesentlich auf der Herrschaft des Kapitals über die Lohnarbeit. So hat der Kapitalismus alle vorkapitalistischen Produktionsformen gewaltsam zerstört, die Arbeitskraft als mehrwert schaffende gewaltsam unter die Wertewertung von Kapital subsumtiert. Als staatliche Macht stellt sich dieses Gewaltverhältnis auch heute noch in der Form gesetzlich geregelter und gerechtfertigter Gewaltanwendung dar. Da aber das ökonomische Herrschaftsverhältnis von Kapital über Lohnarbeit durch einen freien Vertrag auf dem Arbeitsmarkt zustandekommt – wo der Arbeiter gezwungen ist, für die Reproduktion seines Lebens seine Arbeitskraft zu verkaufen – entsteht nur allzu leicht der Irrtum, die ökonomische Herrschaft sei Ausdruck sachgesetzlicher Notwendigkeiten und „eigentliche“ Herrschaft nur die staatliche Anwendung außerökonomischer Gewalt. Krisenfreie Zeiten prosperierender Kapitalentwicklung mögen so den Anschein einer freien Gesellschaft erwecken, in welcher die strukturelle, ökonomische Gewalt des Kapitalismus den Charakter freiheitlich demokratischer Ordnung annimmt.

Unter den besonderen Bedingungen der Krise droht diese immer existierende Gewalt allerdings in offene Gewalttätigkeit umzuschlagen, die nicht mehr Halt macht vor den bürgerlichen Rechtsprinzipien selbst. Die stumme Gewalt der ökonomischen Verhältnisse vermag sich sogar selbst in direkter Gewaltanwendung zu äußern, wenn etwa Werk schutzeinrichtungen im Bereich des Einzelkapitals polizeiliche oder gar militärische Maßnahmen ergreifen. Dann stoßen auch spontane Arbeitskämpfe und Klassenkämpfe, welche das kapitalistische System zunächst gar nicht in Frage stellen, auf die Gewaltansankt kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Darum stellt sich das Problem der Gewalt für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen auch nicht prinzipiell so, als hätten sie eine Wahl zwischen friedlichen oder militärischen Mitteln. Die Gewalt wird jeder sozialistischen Politik durch den Zwang der Verhältnisse aufgezwungen.

Zwar ist es denkbar, daß eine sozialistische Massenbewegung gewaltlos an die Schaltthebel des Regierungsapparats im bürgerlichen Staat gelangt. Aber die historische Erfahrung (zuletzt vor allem in Chile) hat uns belehrt, daß damit weder die revolutionäre Umwälzung der Produktionsverhältnisse geleistet, noch die Gefahr der offenen Gewaltanwendung durch die herrschende Klasse gebannt ist. Im Gegenteil: gerade der Ausbau demokratischer Gegenmacht des Proletariats hat bei Konterrevolutionen bislang noch zu den gewaltsamsten Formen bürgerlicher Diktatur geführt und den Terrorcharakter bürgerlicher Produktionsverhältnisse am nachdrücklichsten erwiesen. Die Verteidigung demokratischer Freiheitsrechte ist in der bürgerlichen Gesellschaft deshalb nicht taktisches Ziel nur, sondern unmittelbare Existenzbedingung sozialistischer Politik. Vor allem auch zur Erhaltung historisch errungener Freiheitsrechte der Arbeiterklasse.

Aus der Krise der bürgerlichen Gesellschaft kann keineswegs auf eine Schwächung ihres Machtpotentials geschlossen werden. Vielmehr wird die bewaffnete Gewalt im Prozeß des Abbaus demokratischer Strukturen in der Regel gestärkt. In Polizei, Grenzschatz und Bundeswehr wächst eine Macht heran, gegen die die sozialistischen und kommunistischen Organisationen gegenwärtig machtlos sind. In der Krise wächst die Gefahr des Einsatzes dieser Machtmittel zur Unterdrückung sozialistischer und kommunistischer Opposition, die auf demokratischen Freiheitsrechten bestehst. Deshalb müssen die politischen Arbeits- und Agitationsmöglichkeiten für Demokratie und Sozialismus im Polizei- und Militärrapparat vorrangig und genau untersucht und entwickelt werden.

Kämpfe um die Durchsetzung oder Erhaltung demokratischer Errungenschaften wie auch Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und um die Sicherung der Reproduktion des Arbeitsvermögens sprengen noch nicht die Systemgrenzen des Kapitalismus. Auch dann nicht, wenn sie gegen das massive Interesse und die organisierte Macht des Kapitals geführt werden müssen. Solche Kämpfe sichern zunächst einmal sogar objektive Bedingungen der Reproduktion des Kapitals, insbesondere auch dadurch, daß sie die physische Quelle der Wert- und Mehrwertproduktion erhalten. Gleichwohl enthalten diese Kämpfe insofern das eigentlich revolutionäre Moment der Klassenauseinandersetzung, als sie objektive Bedingungen für die Konstitution der Arbeiter-

terklasse als revolutionäres Proletariat schaffen. Nur in solchen Kämpfen kann sich die Arbeiterklasse als handelnde Klasse erfahren, als welche sie durch das bloße Lohnarbeitsverhältnis zunächst nur der Möglichkeit nach existiert. Während die Bourgeoisie nämlich durch die Konkurrenz und die damit verbundene Umverteilung des gesamten Mehrwerts immer schon als Klasse ausbeutet und handelt, muß das Proletariat erst durch die Aufhebung dieses Prinzips, durch die Aufhebung der Konkurrenz am Arbeitsplatz seine Einheit für sich schaffen. Dies setzt voraus, daß sich die Herausbildung der revolutionären Klasseneinheit als politischer Lernprozeß in der bewußten Bewältigung der Widersprüche des Kapitalismus vollzieht. Die revolutionäre Entwicklung der Arbeiterbewegung ist zunächst immer an die Bewältigung von Problemen gebunden, welche den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft nicht schon als solche sprengen. — Die konkreten Kämpfe um materielle Interessen und demokratische Freiheitsrechte erhalten ihren revolutionären Charakter erst aus der Tatsache, ob und in welchem Maße sie der Herausbildung der revolutionären Klasse und ihrer Organisation dienen und förderlich sind.

**52 – Reform und Revolution**

Der sozialistische Kampf um aktuelle Interessen ist allerdings immer wieder zwei eng miteinander zusammenhängenden Gefahren ausgesetzt. Eine eine besteht darin, daß eine solche Interessenpolitik ebenso abstrakt und illusionär sein kann wie jene dem Anspruch nach revolutionären Programme, in die weder die objektiven ökonomischen und politischen Verhältnisse noch die subjektive Verfasstung der Arbeiterklasse eingehen. Um diese Gefahr zu vermeiden, müssen beim Kampf um die aktuellen Interessen seines Scheiterns oder Gelingens benannt werden. Zwar kann der Kapitalismus unter bestimmten historischen Umständen "Reformforderungen" verkräften, — aber selbst in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs müssen solche Forderungen erkämpft werden. Um über das "wirtschaftlich Machbare" hinausweisende Forderungen stellen und konkret sichtbar Erfolge in der Einschränkung des Machtpotentials der herrschenden Klassen erzielen zu können, sind also in jedem Fall politische Aktionen notwendig, die in Form und Inhalt das Maß des vom kapitalistischen System unter den jeweiligen Umständen Integrierbaren überschreiten.

**53 – Grenzen konkreter Interessenpolitik**

Die zweite Gefahr besteht darin, daß unter aktueller Interessenspolitik vor allem das Aufstellen von Forderungen verstanden wird, deren Erißkämpfung und Erfüllung unter kapitalistischen Bedingungen von vornherein aussichtslos ist, wie z.B. die Abschaffung der Profite unter fortexistierender kapitalistischer Akkumulation oder die Abschaffung der Rüstung. Von diesem allzu durchsichtigen Widerspruch verspricht man sich dann Lernprozesse bei den Massen, die mit derartigen Forderungen auf die bestehenden Machtverhältnisse stoßen. Es ist falsch und illusionär, aktuelle Ziele anzugeben, ohne die Mittel zu benennen, mit denen sie real erreichbar sind. Die Lösung der Probleme von Ballungszentren ist eben nicht erreichbar über isolierte Investitionskontrollen, und die Mitbestimmung stellt eben kein wirksames Mittel der Kapitalkontrolle dar. Solche illusionären "Reform"-Konzepte führen letztlich nur zur Desorientierung und Resignation auf Seiten der Arbeiter, die diesen Konzepten folgen.

#### 54 – Im Reproduktionsbereich, Organisation nach Arbeitsfeldern

Eines der konkreten Probleme für die sozialistische Linke in der BRD heute ist zweifellos die Tatsache, daß in ihren Organisationen Angehörige der Intellektuellenberufe überwiegen. Wir halten es für falsch, dieses Problem dadurch lösen zu wollen, daß soziale Studenten oder Intellektuelle ihr berufliches Arbeitsfeld ignorieren. Wer seinen beruflichen Zusammenhang als bloßen Broterwerb betrachtet, um in seiner Freizeit an Aktivitäten mit revolutionärem Anspruch teilzunehmen, wer seinen Arbeitsplatz höchstens als unvermitteltes Agitationsfeld für die Propaganda seiner "Partei" betrachtet, der verkennt, daß sich die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft auch innerhalb des Bereichs der Reproduktion der Arbeitskraft äußern. Die Arbeit der Sozialisten muß im Reproduktionsbereich dort anknipfen, wo die materiellen Interessen der Arbeiter und Anstellten erkämpft und verwirklicht werden müssen. Dies kann nicht anders bewältigt werden als dadurch, daß die einzelnen Berufs- oder Arbeitsfelder von denen, die dort beschäftigt sind, zum Ausgangspunkt ihrer politischen Arbeit genommen werden.

Zweifellos birgt dieser Arbeitsfelderansatz die Gefahr ständischer Beschränktheit in sich, jedenfalls dann, wenn sich die jeweiligen Interessen gegenüber der sozialistischen Gesamtperspektive verselbständigen. Dem kann jedoch nur begegnet werden durch Fortschritte in der Organisation der Arbeiterklasse. Je eher und je stärker die politischen Probleme der Arbeiter-

klasse die Politik der Sozialisten organisiert bestimmen, um so sicherer stellt sich auch der politische Zusammenhang zwischen sozialistischer Betriebsarbeit und der Arbeit in den Arbeitsfeldern des Reproduktionssektors her.

Die Tätigkeit etwa der Kindergartenleiterin, der Lehrerin beinhaltet die Herrichtung und Ausbildung der Ware Arbeitskraft; die des Sozialarbeiters, des Krankenhausarztes und der Krankenschwester die Pflege und Reparatur der Arbeitskraft. Sozialisten im Reproduktionsbereich beschäftigen sich also fast stets mit dem Lebensbereich der Arbeiterklasse und den übrigen Lohnabhängigen. Da ihre Politisierung sich meistens gerade über die Kritik dieser ihrer Arbeit vollzogen hat, ergeben sich hier Verbindungen zur sozialistischen Arbeit im Produktionsbereich, die keineswegs aus einem moralischen "Sich Hinwenden" zur Arbeiterklasse entspringen müssen. Es wird für Sozialisten in diesen Bereichen ansatzweise möglich, die Kritik an den Inhalten ihrer Tätigkeit mit den Interessen der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen zu verbinden, deren Probleme auch in den Bereichen, wo sie mit den Intellektuellen zu tun haben (Schule, Kindergarten, Krankenhaus, Stadtteil) von ihrer Stellung im Arbeitsprozeß bestimmt sind.

#### 55 – Politische Probleme in den Arbeitsfeldern

Gerade im Organisationsrahmen des Sozialistischen Büros stellt die Verallgemeinerung und Organisierung der politischen Erfahrungen der Genossen, die im Sozialisationssektor arbeiten, einen fröhlichen und relativ weit entwickelten Faktor dar (Sozialistischer Lehrerbund, Arbeitsfelder Sozialarbeit, Bildungsarbeit, Gesundheitswesen). Wichtige Aufgabe in der nächsten Zeit wird sein, die dort entstandene Zusammenarbeit regional und überregional weiter auszubauen, die konkreten Arbeitsmöglichkeiten für Sozialisten in diesen Berufsfeldern präziser zu bestimmen (vgl. z.B. Thesen zur Situation und Aufgabe sozialistischer Lehrer in SLB-Info 12, 18, 19), sowie Formen der Vermittlung zu finden, wie die Sozialisten im Sozialisationssektor dabei helfen können, Lernprozesse in Betrieben und Gewerkschaften und im Reproduktionssektor weiter voranzutreiben (z.B. Arbeitskreis "Schule-Gewerkschaft" in Stadtteilen, Initiativen sozialmedizinischer Beratung in Wohnbezirken usw.).

Was die "technische Intelligenz" angeht, so gehen wir davon aus, daß deren politische Organisierung im Rahmen der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeitsstattfinden sollte.

Auch für Bereiche der "sozialwissenschaftlichen Intelligenz" (Hochschullehrer, Wissenschaftler in Instituten oder Künstler, "Medienreicher") gilt es, eine überregionale, institutionalisierte Kooperation zu entwickeln, damit Lehr- und Forschungstätigkeiten, hochschulpolitische Orientierungen und gemeinsame politische Arbeit besser aufeinander abgestimmt werden können.

In den spezifischen Arbeitsbereichen geht es auch darum, durch berufsbezogene Theorie und Praxis und öffentliche Argumentation die in diesen Sektoren auftretenden, gegenwärtig nicht lösbararen Probleme als Auswirkungen der kapitalistischen Gesellschaftsform bewußt zu machen und für die Betroffenen von daher den Zugang zur sozialistischen Bewegung herzustellen. Gleichzeitig kann dort herausgearbeitet werden, welche alternativen Lösungen solcher Probleme für eine sozialistische Gesellschaft gedacht und entwickelt werden müssen. Auf diese Weise kann das ideologische Übergewicht des Kapitalismus angegriffen werden. Dabei wird einsichtig, daß die faktische Herrschaft des Kapitalismus nur durch eine Bewegung überwunden werden kann, die von der Masse der Arbeiter getragen wird. Die Forderung, Sozialisten in Intelligenzberufen müßten sich "auf die Seite der Arbeiterklasse stellen", darf aber nicht dazu führen, die konkreten – wenn auch begrenzten – Handlungsmöglichkeiten im eigenen Arbeitsfeld zu Gunsten einer eher willkürlichen Identifizierung mit der Arbeiterschaft beiseite zu lassen. Richtig verstanden muß diese Forderung vielmehr bedeuten: im eigenen Arbeitsfeld sind jene Probleme zu behandeln, die für die Lage und für die Interessen der Arbeiterklasse bedeutsam sind.

Die aus der Protestbewegung erwachsene Kritik der Sozialisation und der Ausbildung in der bürgerlichen Gesellschaft ist nicht auf die Theorieebene beschränkt geblieben, sondern hat zu einer Reihe von konkreten Aktionen und Experimenten geführt, die vor allem darauf zielen, die Zurichtung des Bewußtseins der heranwachsenden Generation dem Systeminteresse zu entziehen und als "kritisches Bewußtsein" im Widerstand zum System zu fördern. All diese Ansätze, im vorschulischen und schulischen Bereich, in der Hochschule und der Lehrlingsausbildung sind, obgleich sie nicht am zentralen Ort des ökonomisch-politischen Kampfes, der Produktion, ansetzen, für uns wichtig und organisationsstiftend als Vorbereitung für die notwendige Erschütterung des Einverständnisses der Massen mit den bestehenden Zuständen.

Diese Ansätze sind: – Bildung von Kollektiven für repressionsarme Kindererziehung; – Studentengruppen, die für andere Ausbildungsinhalte kämpfen, die für die Demokratisierung von Hochschule und für die Mitbestimmung über Forschungszwecke eintreten; – Lehrergruppen, die nicht mehr die bürgerliche Ideologie lehren, die für die Benachteiligten eintreten, die gegen die Klassenschule kämpfen und die sich gewerkschaftlich organisieren; – Wissenschaftler, die ihre Arbeit den Interessen der Arbeiterklasse dienstbar machen; – Sozialarbeiter, die den "Verwahrloseten" helfen, sich selbst zu organisieren; – Lehrlinge, die sich zusammenschließen, um ihre Rechte und Interessen kollektiv zu vertreten; – Wohngemeinschaften, die neue Formen für ein solidarisches Zusammenleben zu verwirklichen suchen.

Die Tatsache, daß diese Ansätze überall vom bürgerlichen Staat mit Behinderung, Bedrohung und Berufsverboten bekämpft werden, zeigt deutlich, wie ernst auch der Gegner den Kampf um die Erziehung und Ausbildung der heranwachsenden Generation nimmt. Daraus ergibt sich für die weitere Arbeit von Sozialisten im Ausbildungssektor die Konsequenz, die vorhandenen Ansätze organisatorisch zu stabilisieren, zu verbreitern und sie zugleich mit der Arbeit in den anderen Bereichen zu verknüpfen, sowie in den Gewerkschaften eine gemeinsame Politik gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote im Ausbildungssektor zu verwirklichen.

**56 – Eine revolutionäre Perspektive ist nur noch international denkbar**

Internationale Solidarität ist für uns nicht nur eine moralische Frage. Im Zuge der fortschreitenden Internationalisierung des Kapitalismus ist es für sozialistische und kommunistische Organisationen in jedem Land zu einem materiellen Problem und zugleich zu einer absoluten Notwendigkeit geworden, internationale Solidarität mit den ausgebauten und unterdrückten Klassen auch in anderen Ländern zu üben. Die konkreten Probleme und Aufgabenstellungen internationaler Solidarität können langfristig nur dann effektiv gelöst werden, wenn eine enge Zusammenarbeit zwischen sozialistisch/kommunistischen Organisationen auf internationaler Ebene hergestellt wird. Eine revolutionäre Perspektive istangesichts der Herausbildung eines einheitlichen kapitalistischen Weltmarkts, angesichts der engen politischen Verflechtungen und Bündnisysteme, die die gesamte kapitalistische Welt umspannen, sowie angesichts der militär-technischen und militär-strategischen Entwicklung nicht mehr als national begrenzte denkbar. Jede revolutionäre Per-

spektive muß die internationalen Zusammenhänge einbeziehen. Daraus ergibt sich das besondere Interesse, das Sozialisten in Westdeutschland den revolutionären Bewegungen auch in den übrigen Ländern Westeuropas sowie in anderen Teilen der Welt entgegenbringen müssen. Aus Erfahrungen zu lernen und daraus politische Konsequenzen zu ziehen, heißt demzufolge auch, aus den Siegen und Niederlagen von Klassenbewegungen in anderen Ländern lernen. Im folgenden sollen lediglich einige der in diesem Zusammenhang relevanten Probleme aufgeführt werden.

### 57 – Internationale Solidarität bedeutet Einbezug von Arbeitsimmigranten in die politische Arbeit

Die Notwendigkeit internationaler Solidarität stellt sich schon ganz praktisch und wenig aufsehenerregend bei der Einschätzung der sich aus der west-europäischen Integration ergebenden Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften nach Westdeutschland. Mehrere Millionen "Gastarbeiter" sind zu einem Teil der westdeutschen Arbeiterklasse geworden; gleichzeitig sind sie aber kulturell, von ihren Lebenszusammenhängen her und zum Teil auch politisch, in ihren Heimatländern verankert. Die internationale Arbeitsimmigration verlangt von uns nicht nur die Einbeziehung der ausländischen Arbeiter in unsere Praxis, sondern darüber hinaus die politische Zusammenarbeit mit Genossen und sozialistischen Organisationen in anderen Ländern. Es geht nicht an, daß Arbeitsemigranten, sobald sie die Grenzen überschritten haben, in für sie Politisches Niemandsland geraten, wo sie unter schwierigsten Bedingungen, ohne Unterstützung einheimischer Genossen, ihre Rechte verteidigen und durchsetzen und politische Arbeitszusammenhänge errichten müssen. So beginnt für uns internationale Solidarität im eigenen Land.

Es hat in den vergangenen Jahren erste Beispiele da-für gegeben, daß den auf die Ausnutzung nationaler Unterschiede der Lohnarbeiter abzielenden Praktiken der internationalen Konzerne solidarische Aktionen und Kämpfe entgegengesetzt worden sind. Solche Ansätze gilt es zu verbreitern und sinnvoll zu unterstützen.

### 59 – Konsequenzen der Linken aus der Internationalisierung des Kapitals

Es kann nicht Aufgabe von Sozialisten sein, gegen den Integrationsprozeß des westeuropäischen Kapitals einzutreten. Die Internationalisierung des Kapitals ist eine Begleiterscheinung langandauernder Aufschwungphasen des Weltmarkts. Ebensoviel ist es eine Perspektive, gegen die Internationalisierung in Form multinationaler Konzerne anzutreten, da diese ein notwendiges Ergebnis der Entwicklungstendenzen kapitalistischer Akkumulation darstellen. Es hilft auch nichts, die ungeheure Macht zu beklagen, die sich bei multinationalen Konzernen und internatio-nalen Entscheidungsgremien angehäuft hat. Für Sozialisten muß es vielmehr darum gehen, alle Tendenzen zu unterstützen, die der Internationalisierung der Kapitalmacht eine internationale Organisierung der Arbeiterklasse sowie eine Internationalisierung der Klassenkämpfe entgegensezten. Ansätze in dieser Richtung existieren bereits: sowohl in Form der internationalen Zusammenarbeit nationaler Gewerk-schaften als auch in Form spontaner Zusammenarbeit von Belegschaften bei Arbeitskämpfen über nationale Grenzen hinweg.

Theoretische Verständigung und Aktionseinheit auf internationaler Ebene sind die Bedingungen dafür, daß der Internationalisierung des Kapitals von seinen der Arbeitnehmerklasse eine entscheidendes Gegengewicht gegenübergestellt werden kann. Die Einheit der europäischen sozialistischen Bewegung ist aber nicht dadurch zu erreichen, daß einige linke Kleinorganisationen sich als Verkörperung dieser Einheit präsentieren, sondern nur dadurch, daß konkrete Klassenauseinandersetzungen sich gegenüber dem Kapital international vereinheitlichen. Um hierbei voranzukommen, müssen die Kampferfahrungen europäischer Arbeiterorganisationen und sozialistischer Gruppen vermittelt werden, in der BRD insbesondere mit der Zielsetzung der Intensivierung von Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. In diesem Zusammenhang können die Publikationen des SB – speziell der "express" – eine wichtige Funktion erfüllen. Gleichzeitig sollten Arbeitskonferenzen und andere Veranstaltungen für Gewerkschafter – auch auf internationaler Ebene – organisiert werden.

Auch die Herausbildung und – in den vergangenen Jahren – ungeheure Machtentfaltung internationaler Konzerne ist zu einer materiellen Grundlage für zum Teil organisierte, zum Teil auch spontane Aktionen internationaler Solidarität geworden. Ein Hauptziel internationaler Konzerne ist es ja, die Lohnunterschiede zwischen einzelnen Ländern, die Unterschiede in den Kampferfahrungen, der Organisiertheit und der Militanz der Lohnarbeiterenschaft auszunutzen zum Zwecke der Erzielung von Extraprofiten. Dies gelingt den Konzernen solange wie die nationalen Unterschiede der Arbeiterklassen verschiedener Länder tatsächlich fortexistieren und nicht durch Formen internationaler Solidarität aufgehoben werden.

## **60 – Solidarische Unterstützung der Befreiungskämpfe in der Dritten Welt**

Wenn auch die Klassenkämpfe und Befreiungsbewegungen noch immer weitgehend nationalen Charakter haben, so überschreiten die Auswirkungen ihrer Siege und Niederlagen aufgrund der Internationalisierung des Kapitalverhältnisses doch in zunehmendem Maße den nationalen Rahmen und erhalten einen entscheidenden Stellenwert auf internationaler Ebene. Jede Niederlage und jeder Sieg von Klassen- und Befreiungsbewegungen in einem einzelnen Land stärkt bzw. schwächt den Imperialismus, und dies hat unmittelbare Folgen für den Kampf der Arbeiterklasse in anderen Ländern. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich auch die große Bedeutung, die der Befreiungskampf der Völker Indochinas für alle Sozialisten und Kommunisten in der Welt hat. Die Notwendigkeit internationaler Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der "Dritten Welt" beruht folglich nicht nur auf moralischen Beweggründen der Parteinahme für die geknechteten, ausgebeuteten und hungernden Völker, sondern ist darüber hinaus eine die Existenzbedingungen der sozialistischen Bewegung in jedem einzelnen Land betreffende Aufgabe.

## **61 – Lehren aus der chilenischen Erfahrung**

Die chilenische Erfahrung hat erneut gezeigt, daß die revolutionäre Umwälzung kapitalistischer Gesellschaften sich nicht als heroischer, einmaliger Kraftakt der Arbeiterklasse bzw. ihrer Avantgarde vollzieht, und daß die Einheit der Klasse, das politische Klassenbewußtsein und die Einsicht in die Notwendigkeit radikaler Umwälzung Ergebnisse und nicht Voraussetzungen eines revolutionären Prozesses sind. Erst in dem Maße wie die Politik radikaler Reformen an die Grenzen stieß, die ihr innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation gesetzt waren, gelangten die chilenischen Arbeiter zur Erkenntnis des Klassencharakters des bürgerlichen Staates. In diesem Zusammenhang ist der qualitative Sprung, den die Herausbildung einer autonomen revolutionären Basisbewegung der chilenischen Arbeiterklasse darstellte, einerseits ein Resultat des von der Unidad Popular in Angriff genommenen sozio-ökonomischen Reformprogramms und bedeutet andererseits dessen revolutionäre Aufhebung in Richtung auf einen Kampf, der die tatsächliche Eroberung der Macht durch die Arbeiter zum Ziel hat. Aus dem widersprüchlichen Verhältnis von bürgerlicher Legalität und revolutionärer Massenmobilisierung sowie aus der Erfahrung der Bedeutung militärischer Gewalt, wie sie der Klassenkampf in Chile beispielhaft verdeutlicht hat, gilt es zu lernen.

Die Erfahrung der chilenischen Genossen als Lernprozeß zu verarbeiten, heißt auch, uns die Zusammenhänge klarzumachen, die zwischen den Klassenkämpfen in Chile und den Klassenkämpfen im eigenen Land bestehen, heißt, diese Kämpfe in Bezug auf das über den Imperialismus und den Weltmarkt vermittelte Verhältnis zwischen peripherem Kapitalismus und dem Kapitalismus in den Metropolen zu analysieren. Nur so wird es uns möglich sein, die konkreten Aufgaben politischer Solidarität mit dem chilenischen Volk wie auch mit anderen Befreiungs- und Klassenbewegungen in der Welt auf die Klassenkämpfe in Westdeutschland zu beziehen und von daher in der westdeutschen Arbeiterklasse breiter als bisher für einen praktischen Internationalismus zu mobilisieren.

## **62 – Sozialistische Länder**

Internationale Solidarität kann sich heute nicht allein auf bestimmte sozialistische Bewegungen und Gruppierungen in anderen Ländern sowie auf anti-imperialistische Kämpfe beziehen, sondern muß immer auch die existierenden sozialistischen Länder berücksichtigen. Von daher entstehen besondere Probleme, die vor allem aus der Tatsache resultieren, daß das – in sich gespaltene – "sozialistische Lager" aus einer Reihe von Nationalstaaten mit jeweiligen nationalen Eigeninteressen besteht, die durchaus in Widerspruch zu den Absichten, Interessen und Möglichkeiten sozialistischer Bewegungen sowohl in den kapitalistischen Metropolen als auch in den peripheren kapitalistischen Regionen stehen können. Eine Solidarität mit der Sowjetunion oder mit China, die das national begrenzte Eigeninteresse dieser Staaten nicht einkalkuliert, läuft somit Gefahr, in ein blindes Abhängigkeitsverhältnis zu geraten, das es dann schwer macht, eine autonome Politik zu praktizieren, die sich an den konkreten Bedingungen und Notwendigkeiten des Klassenkampfes im eigenen Lande orientiert. Sowohl die Abhängigkeit vieler kommunistischer Parteien von der sovjetischen Politik als auch die Hörigkeit eines Teils der Linken von der chinesischen Linie erweisen sich immer wieder als nachteilig für die Entwicklung der Klassenbewegung in verschiedenen Ländern und nicht zuletzt auch für die eine solche abhängige Politik betreibenden Parteien und Gruppen. Die meisten Parteien und Gruppierungen sowjetischer oder chinesischer Prägung sind sehr schnell bei der Hand mit fertigen Einschätzungen der Sowjetunion oder Chinas als kommunistisch oder sozialistisch bzw. als revisionistisch, sozialimperialistisch oder gar sozialfaschistisch. Der übrigen sozialistischen Linken dagegen

fällt eine genaue bzw. positive Charakterisierung dieser Gesellschaften weitaus schwerer; sie kann zunächst einmal nur bestimmen, was die Sowjetunion und China nicht sind: nämlich nicht sozialistisch und nicht kapitalistisch. Hierbei übersiehen wir keineswegs, daß der Aufbau des Sozialismus in diesen beiden Gesellschaften sich im Rahmen qualitativ sehr verschiedener Entwicklungsprozesse vollzieht, die in ihrer jeweiligen Bedeutung für die sozialistische Bewegung auch unterschiedlich einzuschätzen sind.

Innerhalb der sozialistischen Linken werden die Sowjetunion und China zumeist als Übergangsgesellschaften definiert. Wenn wir diese Länder auch als sozialistische bezeichnen, so folgen wir ihrem eigenen Sprachgebrauch und Anspruch, ohne damit für uns selbst eine positive Bestimmung ihres Charakters vorwegzunehmen. Mit dem Begriff Übergangsgesellschaft wird ausgedrückt, daß in allen sozialistischen Ländern die politische Machtgreifung durch die Partei des Proletariats zwar grundlegende Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus geschaffen hat, daß jedoch dieser Aufbau erst in einem daran anschließenden langwierigen Prozeß erfolgen kann. Der Begriff Übergangsgesellschaft schließt demnach die Auffassung ein, daß dieser Prozeß noch nicht abgeschlossen ist. Er kann auch nicht abgeschlossen sein, solange der kapitalistische Weltmarkt fortexistiert und solange die kapitalistischen Formen gesellschaftlicher Reproduktion – kapitalistische Arbeitsteilung und Arbeitsorganisation, Lebens- und Verkehrsformen ohne Momente proletarischer Öffentlichkeit, politische Organisationen ohne emanzipatorische Tendenzen, Konsumzwänge usw. – auch die Reproduktionsstrukturen in den sozialistischen Ländern oder Übergangsgesellschaften beeinflussen. Die wesentlichen sozialistischen Elemente des menschlichen Zusammenlebens, die an die Stelle kapitalistischer Verkehrungen treten müssen, können sich folglich in diesen Ländern nur unter größten Schwierigkeiten entwickeln. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß sich in den Übergangsgesellschaften bedeutsame Veränderungen z.B. im Erziehungswesen, in der sozialen Stellung der Frau, in Bezug auf die Rechte der Arbeiter in den Betrieben und damit tendenziell auch in den gesellschaftlichen Lebens- und Verkehrsformen vollzogen haben. Dadurch ist freilich noch keineswegs das erreicht, was Marx unter einer sozialistischen Gesellschaftsformation verstanden hat; eine Gesellschaft nämlich, in der Produktion, Verteilung und andere soziale Lebensbereiche entsprechend den entwickelten Bedürfnissen der Menschen organisiert sind.

### 63 –

#### Das Verhältnis sozialistischer Organisationen zueinander

Ein hervorstechendes Kennzeichen der gegenwärtigen sozialistischen und kommunistischen Organisationen in Westdeutschland ist ihre extreme Zersplitterung und die unter ihnen weithin herrschende Fixierung auf Differenzen innerhalb der linken Bewegung, die oft bis zur krankhaften Feindschaft reicht, während dagegen leicht aus dem Blick gerät, daß die wirklichen Gegner der sozialistischen und kommunistischen Gruppen die bürgerliche Klasse und ihr Staat sind. Es wäre illusorisch, diesen Zustand der westdeutschen Linken durch moralische Appelle aufheben zu wollen. Sektiererische Orientierungen sind nur im Zuge fortschreitender Klassenorganisation abzubauen, nur in längerer, gemeinsamer Erfahrung in den realen Auseinandersetzungen mit dem Kapitalismus und gleichzeitiger offener Diskussion zum Zwecke theoretischer Klärung innerhalb der Linken zu überwinden.

Das SB geht davon aus, daß keine der sozialistischen oder kommunistischen Organisationen in Westdeutschland – unabhängig von ihrer Mitgliederzahl – für sich allein in der Lage sein wird, die Probleme einer Erneuerung der Arbeiterbewegung zu lösen. Das Verhältnis der sozialistischen und kommunistischen Organisationen zueinander muß insofern grundsätzlich so verstanden werden, daß es sich hier um heute noch getrennte Ansätze einer zukünftigen und dann einheitlichen Bewegung in Westdeutschland handelt. Die Frage, wo diese Einheit möglich wird und wo sie sich nicht herstellen läßt, entscheidet sich nicht auf der Ebene des Austauschs abstrakter Programmsätze, sondern vorwiegend in der praktischen politischen Arbeit und Aktion.

Im folgenden wird – in der in diesen Thesen zwangsläufigen Kürze – kurz skizziert, wo Einwände des SB gegenüber den derzeit wichtigsten anderen sozialistisch-kommunistischen Organisationsansätzen oder Organisierungsversuchen in der BRD liegen.

### 64 –

#### Sozialisten in der SPD

Ein Teil der "Neuen Linken", vor allem politisierte Studenten und Schüler, versuchten nach 1968, durch Mitarbeit in der Juso-AG die SPD als die Traditionspartei der deutschen Arbeiterklasse für eine sozialistische Zielsetzung und antikapitalistische Politik zurückzugewinnen. Diesem Bemühen lag die Annahme zugrunde, daß die "Neue Linke" als eine vor allem im akademischen Milieu entstandene Bewegung am ehesten über die SPD entscheidende Teile der Arbeiterklasse für ihre Kapitalismuskritik und ihre sozialistischen Zielle gewinnen könne. Nur in und mit der SPD glaubten diese Genossen, einmal jene politi-

sche Kraft entwickeln zu können, welche zur Überwindung der Kapitalherrschaft erforderlich ist. Zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen in der SPD entwickelten sie eine Doppelstrategie:

- Die Partei selbst sollte durch die Aktivität von Jungsozialisten in den Basisgliederungen der Partei demokratisiert und die innerparteiliche Diskussion wieder zum Leben erweckt werden. Mandaträger der Partei in öffentlichen Funktionen sollten durch ein „imperatives Mandat“ an innerparteiliche Beschlüsse gebunden werden.

- Gleichzeitig sollten Aufklärungskampagnen und Aktionen nach dem Vorbild der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) eine anti-kapitalistische Bewusstseinsentwicklung in der sozialdemokratischen Wählerschaft vorantreiben, so daß die Wiederaufnahme sozialistischer Programmfpunkte durch die Partei nicht zum Verlust von Wählerstimmen führte. Außerdem sollte der Druck einer Reformbewegung in der Partei Handlungsspielraum gegenüber den Reformwiderständen und herrschenden Interessen privilegierter Gruppen verschaffen.

Auf diese Weise glaubte man, die SPD mittelfristig auf ein Programm „anti-kapitalistischer Strukturreformen“ festlegen zu können. Erfolge in der Zurückweisung des ersten Entwurfs zum Langzeitprogramm und die innerparteiliche Diskussion um „wirtschaftsdemokratische“ Konzepte (u.a. Investitionskontrolle) verstärkten diesen Optimismus. Nach den Wahlniederlagen der Partei und der Ablösung Brandts durch Schmidt sind jedoch die Grenzen einer „Linkswendung der SPD“ wieder erkennbar gemacht. Der Toleranzspielraum für innerparteiliche Opposition wurde wieder eingeengt, und das offene Eintreten für Sozialisierungsforderungen ist bereits mit dem Parteiausschluß bedroht.

Viele Sozialisten in der SPD hatten ihre politische Strategie auf illusionäre Annahmen gegründet:

- Der bürgerliche Staat sollte schrittweise der Bourgeoisie die Verfügung über Produktions- und Austauschprozesse entziehen; er wurde als wenigstens potentiell klassenneutrale Instanz angesehen, wcher sich die Arbeiterklasse ebenso wie die Bourgeoisie bedienen könnte, wenn es ihr gelingen würde, eine sozialistische Parlamentsmehrheit zu gewinnen.
- Die SPD wurde ohne ausreichende Reflexion über die soziale Zusammensetzung der Partei und ihre gegenwärtige Funktion im kapitalistischen System als „einheitliche Partei der deutschen Arbeiter-

klasse“ verstanden. Der rapide Schwund und die Passivität der Arbeitermitglieder in der Partei lassen jedoch erkennen, wie unrealistisch diese Einschätzung ist. Auch die „Juso-Bewegung“ hat den Wandlungsprozeß der SPD zu einer Partei der Kommunal-, Sozial- und Staatsbürokratie nicht umkehren können.

Die Reformstrategie der Jusos und anderer Linker in der SPD setzte nach deren eigener Vorstellung eine vorgängige anti-kapitalistische Mobilisierung der Arbeiterklasse voraus. Dennoch orientieren die Jusos ihre eigene politische Praxis kaum noch an diesem theoretisch als vorrangig anerkannten Ziel. Ihre Basisaktivitäten sind inzwischen nahezu überall wieder eingestellt worden zugunsten innerparteilicher Einflußnahme und traditioneller parlamentarischer Arbeit. Die Jungsozialisten haben inzwischen aufgehört, eine eigenständige sozialistische Kraft innerhalb der SPD zu sein. Nachdem die Masse der ehemals oppositionellen Jusos integriert worden ist, verfolgt die Parteiführung gegenwärtig das Ziel, sozialistische Restgruppen in der Partei administrativ zu disziplinieren. Sozialistische Argumentation ist innerhalb der SPD inzwischen durchweg nur noch verdeckt vorhanden; dies hat zur Folge, daß die Partei den verschiedenen marxistischen Restgruppen den Charakter und die Arbeitsweise von Sekten aufzwinge. Deren ursprüngliche Absicht, dem „Sektentwesen“ durch Eintritt in die SPD zu entgehen, verkehrt sich so ins Gegenteil: ihre Taktik in der SPD verurteilt sie zum Isoliersein von einer sich entwickelnden sozialistischen Bewegung außerhalb der SPD. – Zwar hat die Bewegung der Jungsozialisten politisierende Wirkung gehabt, und es ist davon auszugehen, daß auch in Zukunft in der SPD sich aufs neue linke, kritische Strömungen herausbilden werden. Für die sozialistische Bewegung können diese aber nur dann Bedeutung haben, wenn sie ihre Argumentation offen vertreten und sich insoweit nicht grundsätzlich an die SPD binden.

Auch die DKP hat einen Teil ihres neu hinzugewonnenen Potentials der Protestbewegung und der Studenten- und Schülerbewegung zu verdanken. Im Unterschied zu den neuen „komunistischen Parteien“, ist die DKP freilich kein Resultat dieser Bewegung, sie konnte sich bei ihrer Gründung auf traditionelle Mitglieder und Kader stützen, deren Schwerpunkt innerhalb der Arbeiterschaft liegt, und auch im Zuge ihrer Ausweitung zur heute größten sozialistischen Organisation in der BRD blieb das Hauptgewicht in

den Betrieben. Der Zusammenhang der Neugründung der DKP läßt deutlich werden, daß es sich hier nicht um die Konstituierung einer kommunistischen Partei aus entwickelten Klassenkämpfen heraus handelt, sondern vielmehr um einen durch das KPD-Verbot erzwungenen, gleichzeitig aber stark von spezifischen Interessen der DDR bestimmten Vorgang. Insofern war es auch nicht denkbar, daß die Protest- und Studentenbewegung in ihrer Mehrheit sich der DKP als einer allgemein überzeugenden Verkörperung sozialistischer Politik zugewandt hätte.

Hinzu kommt, daß die DKP ihrer gegenwärtigen Struktur nach nicht den nötigen Raum für jene offene Diskussion der sozialistischen Theorie, der Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und auch der Erfahrungen der sozialistischen Staaten bietet, die eine Bedingung dafür ist, daß sich eine sozialistische Massenbewegung in Westdeutschland entwickeln kann. Dabei darf allerdings nicht übersiehen werden, daß die Drohung, die in der Aufrechterhaltung des KPD-Verbots liegt, die Diskussionsfähigkeit der DKP zusätzlich einschränkt.

Angesichts dessen bleibt gegenwärtig die DKP in einem Kreislauf gefangen: Ihre fast diskussionslose Bindung an die jeweiligen politischen Orientierungen der UdSSR und der DDR hält sie auf dem Stand einer Kleinpartei; eben diese Schwäche verstärkt und verewigt aber wiederum jene Bindungen und verleiht leicht dazu, „Systemkonkurrenz“ als Ersatz für Klassenkampf im eigenen Lande anzusehen. In der Werbung für ein „antimonopolistisches Bündnis“, im allzu taktischen Verhalten gegenüber der Gewerkschaftsführung und in der Übergewichtung einer parlatarischen Alternative trägt die derzeitige Linie der DKP – oft im Widerspruch zu den praktischen Erfahrungen der in der DKP organisierten Arbeiter – zur Verbreitung reformistischer Illusionen bei. Unter diesen Umständen ist nicht zu erwarten, daß zunehmende Klassenauseinandersetzungen und sich entwickelnde Organisationsimpulse in der Arbeiterschaft ihren vollen Ausdruck in der DKP als „der“ Partei der Klassenbewegung finden könnten.

Gerade wenn man davon ausgeht, daß die DKP für die Erneuerung der sozialistischen Bewegung in Westdeutschland einen wichtigen Faktor darstellt, wird man nicht zu dem Schluß kommen können, daß diese Partei gegenwärtig eine Organisationsmöglichkeit für alle Sozialisten bieten könnte. Der Versuch, die DKP im jetzigen Zustand durch Eingliederung kritischer Sozialisten zu „entdogmatisieren“, würde

eher ins Gegenteil umschlagen. Eine, die progressiven Momente der Klassenbewegung aufgreifende, innere Entwicklung der DKP ist am ehesten dann zu erwarten, wenn diese Partei unter den praktischen Druck neben ihr sich organisierender sozialistischer Bewegung, vor allem in Betrieb und Gewerkschaften, gerät.

Die theoretische Begründung der Politik der DKP und anderer kommunistischer Parteien mit der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus genügt wissenschaftlichen Ansprüchen, die Marxisten an eine politisch relevante Theorie stellen müssen, nicht. Wenn die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) kritisiert wird, dann kann dies allerdings nicht heißen, daß ihr heute schon eine ausgearbeitete Theorie, die alle modernen Erscheinungen des gegenwärtigen Kapitalismus in einen Erklärungszusammenhang stellt, entgegengesetzt werden könnte.

Der zentrale Kritikpunkt an der Stamokap-Theorie besteht darin, daß ihre Analyse im wesentlichen zur Rechtfertigung und nicht mehr zur wissenschaftlichen Begründung der Politik der kommunistischen Parteien dient. Dies macht sich an ihren zentralen politischen Aussagen bemerkbar: (1) Der Klassenkampf zwischen Lohnarbeit und Kapital wird zum „Systemwettbewerb“ zwischen kapitalistischem und sozialistischem Lager verdrängt. Damit wird den sozialistischen Ländern für die konkrete Klassenpolitik in kapitalistischen Ländern eine Bedeutung zugemessen, die zur Formulierung und Durchsetzung einer autonomen Klassenorganisation unzureichend ist. (2) Der Begriff vom Monopoliuum, der die Monopole der ganzen Gesellschaft auferlegen, eröffnet bündnispolitische Konsequenzen, nämlich unspezifisch alle „antimonopolistischen“ Kräfte, also alle, die keine Monopolisten sind, in ein gemeinsames Bündnis einzubeziehen. Die spezifischen Schwierigkeiten von Bündnissen der Arbeiterklasse, die sich aus den Unterschieden in der Klassenlage der „antimonopolistischen Schichten“ ergeben, werden so vernachlässigt. (3) Die Betrachtung des Staates als „Instrument der Monopole“ führt zur politischen Konsequenz, daß dieser Staat nur mit Hilfe der Mehrheit der Bevölkerung, die ja „antimonopolistisch“ eingesetzt ist, auf parlamentarischem Wege erhoben werden muß, um im Interesse der antimonopolistischen Schichten instrumentalisirt werden zu können. Damit werden aber die spezifische Rolle des Staates in der bürgerlichen Klassengesellschaft falsch bestimmt und folglich problematische politische Konsequenzen gezogen. In der Stamokap-Theorie wird die spezifische Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr

## 66 – Politische Taktik der DKP und ihre Begründung in der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus

## 67 – Zu den kommunistischen Aufbauorganisationen

Vor allem aus der Studenten- und Schülerbewegung haben sich Varianten neuer "kommunistischer Parteien" oder Parteaufbauorganisationen entwickelt. Diese Organisationen folgen dem leninistischen Konzept vom Aufbau einer kommunistischen Partei, bei deren Konstituierungsprozeß die kommunistischen Intellektuellen die revolutionäre Theorie ins Proletariat, das angeblich selbst nur ein beschränktes ökonomisches Bewußtsein entwickeln kann, hineinzutragen haben. Der Leninsche Parteitypus, der unter den besonderen Bedingungen einer halbasiatischen Produktionsweise mit einer aufgesetzten, nicht die gesamte gesellschaftliche Produktion beherrschenden kapitalistischen Struktur entwickelt wurde, wird ursächlich auf die entwickelte bürgerliche Gesellschaft Westeuropas übertragen, in der das Verhältnis des Staates zu den ökonomischen Prozessen vollkommen anders stimmt als im zaristischen Rußland. Daraus resultieren politische Fehler, wie z.B. die Staatsfixierung der meisten K-Gruppen: Gegen den bürgerlichen Staat als Unterdrückungsapparat soll die demokatisch organisierte Einheit des Volkes hergestellt werden, um nach der Zerschlagung des bürgerlichen Staates den proletarischen Staat zu schaffen. Abgesehen von der Verwendung des Begriffes "Volk", der seine Bezeichnung im antiimperialistischen Kampf der um ihre Befreiung kämpfenden Völker der Dritten Welt oder in bürgerlichen Revolutionen hatte, unter den gegenwärtigen Bedingungen jedoch die Klassenverhältnisse außer acht läßt, bedeutet die Konzentration auf die Eroberung der Staatsmacht eine entscheidende Einengung sozialistischer Politik.

Hemmend für die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung ist die Konkurrenz der K-Gruppen um Führungsansprüche gegenüber dem Proletariat, die für die gesellschaftliche Auseinandersetzung bedeutsamlos ist und zu Schattenkämpfen führt, mit denen sich keine realen Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterklasse verbinden. – Die betriebliche Arbeit dieser Gruppen nimmt die Interessen von aktiven Kollegen nicht wirklich auf. Selbständige Aktionen auf Betriebsebene werden dazu benutzt, die Richtigkeit der schon immer proklamierten Politik der eigenen Organisation zu beweisen, oder es wird versucht, mit aufgesetzten Forderungen von außen in den Kampf einzugreifen, die Arbeiter "anzuleiten" und den Kollegen zu sagen, was zu tun ist, was gefordert werden muß etc. Dabei wird im "Wir"-Stil der Eindruck erweckt, die Verfasser seien fest im Betrieb verankert (was nur in wenigen Betrieben wirklich der Fall ist) und seien berechtigt, für die Kollegen zu sprechen. –

Lernprozesse von Arbeitern werden so in der Regel weder unterstützt noch in Gang gesetzt. Im Gegen teil: Durch Bevormundungsversuche finden die Kollegen eher ihre Vorurteile gegen den Sozialismus bestätigt als ihre betrieblichen Konflikterfahrungen aufgearbeitet.

Grundlage dieser Politik ist meist die These von der "Linksentwicklung im Volk", daß zum revolutionären Akt anscheinend nur noch ein Programm und eine kommunistische Partei gebraucht wird. Für die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung gerade innerhalb der Arbeiterschaft hemmend wirkt sich auch die in diesen Gruppen vorherrschende, nicht-materialistische Darstellung der Programme und Aktionen vergangener Phasen der Arbeiterbewegung oder der Verhältnisse in sozialistischen Ländern (VR China, Albanien) aus, deren besondere Bedingungen nicht berücksichtigt und deren Probleme nicht diskutiert werden.

## 68 – Bündnismöglichkeiten

Das SB ist sich der Vorläufigkeit seiner eigenen Positionen und der Begrenztheit seiner Funktion bewußt. Es sucht den Kontakt und die Zusammenarbeit mit anderen Ansätzen einer sozialistischen Bewegung in der BRD. Das SB bestimmt seine Verhaltensweise zu diesen anderen Ansätzen als die einer kritischen Solidarität. Die Linie des SB schließt ein:

- den Kontakt und die Zusammenarbeit mit Sozialisten in der SPD – auch wenn wir die strategische Bindung von Sozialisten an die SPD für einen prinzipiellen Fehler halten;
- den Kontakt und die Zusammenarbeit mit in der DKP organisierten Sozialisten – auch wenn wir die DKP-Politik, die ihr zugrunde liegende Theorie und die Struktur der Willensbildung dieser Partei in wichtigen Punkten kritisieren;
- den Kontakt und die Zusammenarbeit mit Genossen, die in neuen "kommunistischen Parteien" organisiert sind – auch wenn wir Organisationsmuster, theoretische und programmatische Aussagen dieser Organisationen kritisieren und ihren Anspruch als Kader der Arbeiterklasse verneinen;
- den Kontakt und die Zusammenarbeit mit Genossen anderer sozialistischer Gruppen, insbesondere solchen, die sich auf Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit orientieren.

Das SB ist der Meinung, daß Kritik ein progressives Element der sozialistischen Bewegung ist, daß Kritik unter Genossen auf formelle Abqualifizierung verzichten sollte. Wir bemühen uns selbst um eine solche

Methode der Kritik, die von dem Schlagwortabtausch ("Revisionist", "Antikommunist", "Chaoß" usw.) abkommt.

Die gegenwärtige – und kurzfristig nicht aufzuhebende – Zersplitterung der sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik mindert in entscheidender Weise ihre Anziehungsfähigkeit. Angesichts dessen ist es notwendig, überall dort, wo zu aktuellen Vorgängen eine gemeinsame Argumentationsbasis zumindest von Teilen der Linken gegeben ist, von dieser Basis aus gemeinsam öffentlich aufzutreten. Das SB sieht es als eine seiner Aufgaben an, solche gemeinsamen Kampagnen mitzutragen bzw. den Anstoß dafür zu geben. Gemeinsamkeit darf dabei freilich nicht heißen, die Argumentation bis zur Unkenntlichkeit sozialistischer Positionen zu reduzieren oder über bestehende Differenzen innerhalb der Linken hinwegzutäuschen. Nach Meinung des SB müssen solche Kampagnen so angelegt sein, daß sie nicht als Werbefeldzug für ein Sammelsurium konkurrierender linker Kleingruppen und "Parteien" mißverstanden werden können; ihr Ziel muß vielmehr sein, gemeinsame Grundeinsichten sozialistischer Analyse zu verbreiten und zum Engagement hierzu zu gewinnen.

## VI. ZUR ORGANISIERUNG IM SB

<p>69 – Konsequenzen aus dem Stand der Klassenauseinander- setzungen für die Entwicklung sozialistischer Organisation in der BRD</p> <p>Die bisher gegebene Analyse und Einschätzung läßt sich wie folgt knapp zusammenfassen:</p> <p>Die ökonomische und politische Entwicklung führt zunehmend reformistische Illusionen innerhalb der Arbeiterbewegung an die Grenzen ihrer Wirksamkeit. Die zeitweise in europäischen Ländern von sozialdemokratisch-sozialistischen und teilweise auch von kommunistischen Massenparteien präsentierte Hoffnung, den Kapitalismus auf dem Wege parlamentarischer Erfolge und unter Nutzung der Funktionsmöglichkeiten des bürgerlichen Staates Stück für Stück entmachten zu können und den gleitenden Übergang in sozialistische Gesellschaftsstrukturen organisieren zu können, wird durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt. Die europäischen Länder erweisen sich daher vom Anspruch einer reformistischen Position innerhalb der Arbeiterbewegung her betrachtet als "unregierbar", denn die Einbindung der ökonomischen Entwicklung der einzelnen Länder in die Bewegungsgesetze des Weltkapitalismus und die zwingende Unterwerfung der staatlichen Politik unter die Anforderungen des Kapitalverhältnisses erweisen sich als grundsätzliche Barrieren gegenüber "wirtschaftsdemokratischen" oder "demokratisch-antimonopolistischen" Konzeptionen der Arbeiterbewegung. Die Verschärfung des Kampfes zwischen den Klassen wird die Folge sein. Eine revolutionäre Tendenz der Arbeiterbewegung wird in diesem Zusammenhang zur Notwendigkeit und zugleich zur Möglichkeit. Unter revolutionär wird hier nicht die Beschwörung bestimmter Aktionsformen verstanden, sondern vielmehr die Einsicht darin, daß der Kapitalismus selbst, nicht nur dessen Auswirkungen und bürgerliche Formen politischer Herrschaft abgelöst werden müssen. Eine revolutionäre Tendenz in diesem Sinne schließt die Vertretung aktueller Interessen der Arbeiterklasse und den Kampf um Konzessionen des bürgerlichen Staates an die Arbeiterbewegung nicht aus, sondern gibt diesen Auseinandersetzungen eine historische Perspektive.</p> <p>Jedoch hat die Bewegung der Arbeiterklasse keineswegs einen Stand erreicht, der es auf kurze Sicht möglich machen würde, diese Zielsetzung zu realisieren. Weder ist die Entwicklung des Bewußtseins der Massen und ihrer politischen Organisation der Arbeiterklasse weit genug vorangeschritten,</p>	
---	--

um die "Machtfrage" stellen zu können, noch ist die theoretische und praktische Fähigkeit der Arbeitersklasse, eine Alternative zum Kapitalismus zu organisieren, hinreichend entwickelt. Hinzu kommt, daß die für die Entwicklung einer revolutionären Bewegung unabdingbare kritische Aufarbeitung der Fehler und des Versagens der eigenen Vergangenheit bisher nicht annähernd gelungen ist. Dies gilt insbesondere für Westdeutschland, wo die Sozialdemokratische Partei lange Jahre hindurch sich als einzige bedeutende politische Vertretung der Arbeiterklasse darstellen konnte.

In der Bundesrepublik wächst bei zunehmenden ökonomischen Konflikten die Kritik an sozialdemokratischer Politik innerhalb der Arbeiterschaft; diese Kritik führt aber unter den gegebenen Bedingungen keineswegs notwendig nach links hin. Im Gegenteil, die Tatsache, daß hier auch die reformistische Position geräumt und das traditionelle politische Milieu der Arbeiterschaft damit in der Bundesrepublik nicht mehr vorfindbar ist, schafft vergleichsweise ungünstige Bedingungen für den Aufbau einer revolutionären Bewegung; dabei kann es nicht das Ziel von Sozialisten sein, die reformistische Position sozusagen künstlich wiederherzustellen.

Soll die Organisation von Sozialisten in Westdeutschland über den bisher vorwiegend intellektuellen Bereich hinaus Fortschritte machen und sich innerhalb der Arbeiterklasse ausbreiten, so ist dafür die nützliche Einschätzung dieser schwierigen Ausgangssposition eine Voraussetzung. Jeder Versuch, durch die (von den besonderen geschichtlichen Umständen abgelöste) umreflektierte Übernahme der Konzepte und Organisationsformen vergangener Phasen der Arbeiterbewegung die sozialistisch/kommunistische Organisation in Westdeutschland als "wieder aufgebaut" darzustellen, muß in der Sackgasse einer nur für intellektuelle Gruppen attraktiven politischen Mythologie enden und verzögert und erschwert die Entwicklung einer neuen politischen Organisation der Arbeiterklasse. Die Illusion, die Massen in der Bundesrepublik hätten sich innerlich bereits vom bürgerlichen Staat abgewandt und warteten nur darauf, von einer kommunistischen Partei in revolutionäre Kämpfe geführt zu werden, behindert jeden wirklichen Ansatz zur Entwicklung sozialistischer Klassenorganisation in der BRD.

Dies ist auch der Grund dafür, daß das Sozialistische Büro es ablehnt, sich als eine (der vielen) "kommunistischen Parteien" oder "Parteiaufbauorganisationen"

anzusehen. Weder der Stand der theoretischen Entwicklung noch das bisherige Niveau der Klassenkämpfe und der Klassenorganisation in der Bundesrepublik erlauben es, den Anspruch einer sozialistisch/kommunistischen Partei zu stellen. So wenig die sozialistische Bewegung bei ihrer Entwicklung auf die theoretische Arbeit kleiner – vorwiegend intellektueller – Zirkel verzichten kann, so sehr muß andererseits darauf bestanden werden, daß die Entwicklung einer politischen Klassenorganisation nicht durch Verkündung vorgefertigter Parteidokumente von oben her erfolgen kann. Die Entwicklung einer politischen Organisation der westdeutschen Arbeiterklasse und deren Perspektiven muß von den Arbeitern selbst getragen werden.

## 70 – Der Organisationsansatz des SB

Die im Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung sich anbahnende Verschärfung von Klassenkonflikten in der Bundesrepublik und die innerhalb der Arbeiterschaft allmählich um sich greifende Desillusionierung über die Chancen einer sozialdemokratischen Reformstrategie veranlassen die am Sozialistischen Büro orientierten Gruppen und Genossen, nun die nächsten Schritte für den eigenen Beitrag zur Entwicklung der sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik in öffentlicher Diskussion zu bestimmen. Ausgangspunkt ist dabei die Feststellung, daß die ökonomisch-politische Konstellation verstärkt verlangt, in Basiskonflikten auftretende Einsichten in den Charakter des kapitalistischen Systems zu folgenden Konsequenzen zu bringen:

- Konfliktfahrungen vor allem in den Betrieben in den Erklärungszusammenhang einer marxistischen Analyse des Weltkapitalismus zu stellen;
- organisatorische Möglichkeiten zu entwickeln, in denen die Praxis von Sozialisten und marxistische Theorie-Diskussion sich weiter entfalten und ihre Ergebnisse wirksam verbreiten kann;
- erste Ansätze einer politischen Klassenorganisation herauszubilden, die lernt, Klassenkämpfe mit der Perspektive einer alternativen Gesellschaft zu führen.

Keine dieser Aufgaben kann gegenwärtig auf ein ausgereiftes Konzept zurückgreifen, das nur noch "populärisiert" werden mußte. Es kann also nicht um "Einordnung" in eine bereits formulierte Lösung dieser Aufgaben gehen, sondern vielmehr darum, Genossen zu gewinnen, die aus ihren eigenen Erfahrungen heraus entschlossen sind, sich am Prozeß der Lösung dieser Aufgaben zu beteiligen.

Im Zuge einer Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen wird sich die Frage nach den Formen der Klassenorganisationen deutlicher als bisher stellen. Diese Frage kann nicht beantwortet werden durch Bezugnahme auf einen Organisationsbegriff oder auf ein historisches "Organisationsmodell". Daß die Organisationsfrage losgelöst von politisch-ökonomischen und historischen Bedingungen abstrakt diskutiert oder "geklärt" wird, macht gerade den sekteriellen Charakter mancher gegenwärtiger linker Organisationssätze aus. Es geht nicht um Bekennnisse zu dieser oder jener Organisationsformel, sondern darum, für die gegenwärtigen und in der weiteren Auseinandersetzung zu erwartenden Bedingungen Formen organisierten politischen Handelns zu entwickeln, die sich gleichermaßen an zwei Zielsetzungen orientieren müssen: erstens am Ziel einer möglichst einheitlichen Aktion der Arbeiterklasse, zweitens am Ziel selbstständigen und selbstbewußten politischen Verhaltens, also der Ablehnung jeder Art politischer "Stellvertretung".

Die Entwicklung zum Sozialismus ist nur vorstellbar als langwieriger und zum Teil widersprüchlicher Prozeß sozialer Umwälzungen, in dessen Verlauf bereits teilweise und der Tendenz nach Formen gesellschaftlicher Selbstbestimmung erkämpft werden müssen, die die in der Klassengesellschaft erworbene Haltung des Kadavergehorsams auch beim Einzelnen zerbrechen. Eine sozialistische Strategie, die "das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeiten oder Selbstveränderung" (Marx) als revolutionäre Praxis faßt, muß davon ausgehen, daß die Massen selbst und nicht eine ihnen gegenüberstehende Elite oder Avantgarde den Kampf um eine neue Gesellschaft führen.

Eine zentrale Aufgabe bei der politischen Weiterentwicklung und Verbreiterung des SB besteht darin, die Argumente des SB aktueller zu veröffentlichen. Zugleich sollen in der Publizistik des SB organisatorische Impulse größeren Raum erhalten und argumentatives Eingreifen mehr und mehr an die Stelle des Kommentierens treten. Es muß im Sinne einer politischen Ausweitung des SB sichergestellt werden, daß dessen Zeitungen größere Bedeutung für das alltägliche politische Handeln der Gruppen und einzelner Genossen gewinnen.

Die politische Entwicklung macht den Ausbau des Organs des SB zu einer 14-täglich erscheinenden Zeitung notwendig, die aktuell über soziale und politisch zu machen. Es sind die notwendigen politischen

sche Kämpfe berichtet, Praxiserfahrungen vermittelt und Zielsetzungen dieser Praxis durch die Diskussion bestimmt. (Die Herausgabe einer Wochenzeitung ist anzustreben, aber vorerst materiell und redaktionell nicht zu bestreiten.) — Eine wichtige, noch zu schaffende Voraussetzung für eine aktuelle und das alltägliche politische Handeln unterstützende Zeitung, ist ein Korrespondentennetz, über das Berichte, praktische Erfahrungen und theoretische Arbeit informatisch vermittelt und für andere Gruppen verwertbar gemacht werden. Gleichzeitig muß das Vertriebsnetz in den Betrieben, Büros, Schulen und Hochschulen und Organisationen ausgebaut werden.

Da in der Bundesrepublik die Diskussion marxistischer Theorie weniger noch als in anderen europäischen Ländern in den Massenorganisationen (Gewerkschaften, Sozialdemokratie) Raum hat, liegt eine wichtige Aufgabe von Sozialisten darin, Möglichkeiten der Diskussion und der Verbreitung marxistischer Gesellschaftsanalyse zu organisieren. Die Zeitung "links" hat in ihrer bisherigen Funktionsbestimmung hier ihren Schwerpunkt, wenngleich dieser Anspruch bislang noch nicht zureichend eingelöst werden konnte. Beim Ausbau von "links" zu einer 14-täglich erscheinenden Zeitung muß die Möglichkeit einer intensiven theoretischen, auf Strategietfindung orientierten Diskussion erhalten und ausgebaut werden.

Um diese Diskussion nicht auf die publizistische Ebene zu beschränken, sind, wo immer möglich, kontinuierlich arbeitende lokale Redaktkreise bzw. Arbeitsgemeinschaften für marxistische Theorie aufzubauen, die methodisch so angelegt sein müssen, daß sie auch Genossen außerhalb des intellektuellen Milieus die Mitarbeit ermöglichen und an praktischen Konflikt erfahrungen anknüpfen. Wo Genossen des SB bereits lokal stark genug vertreten sind, sollte eine marxistische Erklärung und Diskussion aktueller Vorgänge und Konflikte auch in öffentlichen Veranstaltungen des SB oder mit lokalen Publikationen organisiert werden. Der gleichen Funktion können lokale Buchläden oder regelmäßige Bücherstände dienen.

An erster Stelle steht dabei die Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft, ihres internationalen Zusammenhangs, ihrer Bewegungsgesetze und ihrer historischen Entwicklungstendenzen. Nur auf dieser Grundlage ist es möglich, den Zusammenhang von Widersprüchen, Krisen, Problemen in der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Entwicklungstendenzen und den Stellenwert von einzelnen Aktionen der sozialistischen Bewegung innerhalb ihrer Entwicklungsperspektive deutlich zu machen. Es sind die notwendigen politischen

Konsequenzen aufzuzeigen, um nicht auf der einen Seite in übervorsichtigen Taktien oder auf der anderen Seite in organisatorisches Abenteuerum zu verfallen. Diese Analyse darf nicht spezialistisch "Theoretikern" überlassen bleiben, sondern muß zur allgemeinen Selbstverständlichkeit der sozialistischen Organisation werden.

## 72 – Aktionen

Ferner geht es darum, mit politischen Stellungnahmen und Aktionen (Demonstrationen, Solidaritätsaktionen, Informationsveranstaltungen) einen Beitrag zur Einschätzung aktueller Ereignisse und dabei zur Entwicklung von Elementen des Klassenbewußtseins zu leisten und zugleich organisierende Impulse zu geben. Unsere Aufgabe besteht nicht nur darin, gesellschaftliche Probleme deutlicher zu machen und ihre Entstehungsbedingungen in der bürgerlichen Gesellschaft aufzuzeigen, sondern auch darin, die Formen zu entwickeln, in denen Probleme organisiert theoretisch und praktisch gelöst werden können.

Gerade angesichts einer Phase verschärfter Zurückdrängungsmaßnahmen gegen die gesamte Linke und eines spürbaren Rechtstrecks, auch in der jüngeren Generation, gewinnt die Ausrichtung von Aktion und Argumentation auf "fragende" Außenstehende besondere Bedeutung. Aktionen und Demonstrationen nur für Demonstranten helfen da nicht weiter. – Das erfordert auch, daß die Position des SB mehr als bisher bei Aktionen und auch in öffentlichen Veranstaltungen vertreten wird. Dabei geht es nicht darum, hier eine "Konkurrenz" zu anderen linken Gruppen auszutragen, sondern um eine Erklärung und Diskussion aktueller Vorgänge und Konflikte auf eine Weise, die den politisch Interessierten Zugänge zur marxistischen Interpretation möglich macht. Dies kann ebenso bei zentralen Aktionen durch Extrablatt-Ausgaben von "links" oder "express" geschehen wie bei lokalen Anlässen durch Flugblätter der örtlichen Gruppen.

Wenngleich das SB die Organisationsmuster der "Kaderparteien" für seine eigene Praxis verwirft, soll das mit nicht behauptet werden, daß sich das vom SB vertretene Konzept organisierter Zusammenarbeit autonomer Basis- und Projektgruppen auf lokaler und regionaler Ebene als unproblematisch erwiesen hätte. Die Schwierigkeiten, die hierbei auftreten, liegen jedoch weniger in dem Konzept selbst begründet, sondern vielmehr darin, daß der breite Fächer der Ansätze zwar im BRD-Bereich ingesamt vorhanden ist,

aber in aller Regel in den lokalen Bereichen nur jeweils punktuell bzw. in Teilen existiert. Das bedeutet, daß es zwar in jeder großen Stadt – neben vielen einzelnen Genossen, die ihre politische Praxis aus Positionen, die das SB vertritt, ableiten – jeweils auch einige projektorientierte oder berufsspezifische Gruppen gibt, die jedoch zumeist unter derart unterschiedlichen Bedingungen arbeiten, daß sie auf lokaler Ebene nur schwer praktisch zusammenarbeiten können. Viel eher kommt die Zusammenarbeit mit andernorts tätigen Gruppen und Genossen des gleichen Arbeitsfeldes zu stande. Hinzu kommt, daß nicht selten Gruppen an einem Ort, die sich – jede für sich – politisch auf das SB beziehen, in einem "Konkurrenzverhältnis" zueinander stehen, weil sie die objektiven Schwierigkeiten der Zusammenarbeit nicht erkennen. Das dem Kapitalismus innewohnnde Konkurrenzverhalten spiegelt sich, wenngleich abgeschwächt, auch in unserer eigenen Arbeit wider. Eine zentrale Aufgabe von Zusammenarbeit ist es, dieses Konkurrenzverhalten zu überwinden.

Manche der Initiativen für örtliche Zentren sind deshalb sehr schnell in Schwierigkeiten geraten, weil sie sich nur auf die Zusammenfassung existenter "intakter" Gruppen beschränken und sich die Zusammenarbeit in gegenseitiger Selbstdarstellung der eigenen Gruppenprobleme erschöpfe. Es fehlt an einem gemeinsamen Arbeitsprogramm und auch an Organen und technischen Instrumenten, um dieses zu verwirklichen. Es genügt nicht, lokale Arbeitssatze in den speziellen Arbeitsteilern koordinieren zu wollen. Eine Initiative für lokale Zentren muß, um weiterzukommen, über den Erfahrungsaustausch hinaus

- die Bedingungen für eine Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit untersuchen und diese Arbeit vor Ort gemeinsam angehen (Bildung eines Arbeitskreises Betrieb und Gewerkschaft; Betriebsgruppenarbeit und Herausgabe einer Betriebszeitung; Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit in der Gewerkschaftsarbeit usw.);
- die Bedingungen für eine Stadtteilarbeit und andere Aktivitäten im Reproduktionsbereich untersuchen und die Schlussfolgerungen in eine eigene Praxis münden lassen; gerade im Bereich der Städte und Gemeinden zeichnen sich schärfere Konflikte ab, entwickelt sich Bewußtsein und ist Politisierung möglich; die Sachgasse sozialdemokratischer "Reformpolitik" läßt sich beispielhaft und konkret belegen – sozialistische Alternativen sind in diesem Bereich oft leicht zu vermitteln (leerstehende Wohn-

## 73 – Lokale und regionale Zentren

nungen, Mietwucher, Bodenspekulation, Forderung nach Vergessenschaftung von Grund und Boden); Stadtteilarbeit muß deutlich machen, daß der Kapitalismus alle gesellschaftlichen Bereiche umfaßt und der Kampf gegen diese kapitalistische Ordnung notwendig auch in allen Bereichen zu führen ist;

- bei politischen Kampagnen mitarbeiten bzw. die- se in Gang bringen (Chile-Aktionen, 1. Mai, Be- rufsvorbot usw.);
- theoretische Arbeitskreise einrichten;
- technische (Büroräume; Schreibmaschine; Abzugs- gerät; Adressenkartei usw.), organisatorische (Mitgliederplenum; Koordinationsausschuß; Ar- beits- bzw. Büroausschuß usw.), kommunikative (Diskussionsprotokolle; Arbeitspapiere; regelmäßi- ger Info; und – auch dies sollten wir nicht ver- gessen – von Zeit zu Zeit ein Fest feiern) und nicht zuletzt finanzielle (Kasse; Beitragsskasse- rung; Büchertisch; Spendensammlungen) Voraus- setzungen schaffen, ohne die Kontinuität in der Arbeit sich nicht herstellt.

So wenig auf die Mitarbeit der bestehenden Gruppen am Ort verzichtet werden kann, so wenig darf übersehen werden, daß der Anteil politisch aktiver Einzelner im SB-Zusammenhang gegenüber den fest organisierten Gruppen zur Zeit noch überwiegt. Meist sind es gerade sozialistisch orientierte Arbeiter, Betriebsfunktionäre o.ä., die zwar im Betrieb und in der gewerkschaftlichen Organisation das Vertrauen vieler Kollegen haben, aber die Bedingungen zur Bildung einer sozialistischen Betriebsgruppe erst allmählich selbst schaffen müssen. Ebenso gibt es Lehrer, Sozialarbeiter, Ärzte, kommunale Angestellte, Journalisten u.ä., die als einzelne am Arbeitsplatz auf sich gestellt nicht einfach eine Gruppe aus dem Boden stampfen können. Diese Genossen, deren Arbeit für die Entwicklung sozialistischer Bewegung längerfristig nicht selten mehr Bedeutung hat als die mancher Gruppen, müssen in die Initiativen für lokale Zentren von Anfang an einbezogen werden, um so in Erfahrungsaustausch (z.B. im Rahmen des Arbeitskreises Betrieb und Gewerkschaft) mit anderen Genossen, die unter ähnlichen Bedingungen arbeiten, zu kommen. Auch verlangen gerade diese Genossen, noch mehr als Mitglieder von Gruppen, nach politischer Diskussion und Selbstkontrolle, die sie nicht allein aus den SB-Publikationen beziehen, sondern nur in Zusammenarbeit mit anderen Ge- nossen finden können. Weiterhin sind beim Aufbau lokaler Zentren jene Genossen einzubeziehen, die in

„überfaktionellen“ meist projektspezifischen Gruppen arbeiten. Die Existenz solcher Arbeitsgruppen „quer durch die Linke“ und die Zusammenarbeit in ihnen kann tendenziell der Zersplitterung der Linken entgegenwirken, und die SB-Genossen, die in solchen politischen Arbeitszusammenhängen stehen, brauchen die an der politischen Perspektive des SB orientierte Diskussion zur Reflexion ihrer Arbeit in solchen „überfaktionellen“ Projekten.

Diese Orientierungen zum Aufbau lokaler sozialisti- scher Zentren müssen im Zuge der politischen Wei- terentwicklung und Organisierung des Sozialistischen Büros anhand der Erfahrungen in der Praxis ergänzt werden. Heute können wir in der Organisation des SB noch nicht auf längere Erfahrungen einer Organi- sierung auf lokaler Ebene quer zu den Arbeitsfeldern zurückgreifen. Mit Ausnahme des SZ Stuttgart gibt es keinen derartigen Ansatz, der über einen längeren Zeitraum praktiziert wurde. Das Konzept der Koope- ration autonomer Gruppen und einzelner Genossen in einem lokalen sozialistischen Zentrum ist am Bei- spiel des Stuttgarter „Modells“ als Arbeitsvorschlag propagiert worden. Heute, wo nur in wenigen weite- ren Städten und zudem über relativ kurze Zeitspan- nen und unter den verschiedensten Bedingungen der jeweiligen Gruppen derartige Initiativen erprobt wer- den, kann weder davon gesprochen werden, daß das Konzept gescheitert ist, noch davon, daß es der allein richtige Weg zur Entwicklung einer sozialistischen Organisation ist. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß der unterentwickelte Zustand und die Schwierigkeiten, in denen sich lokale sozialistische Zentren bzw. Initiativgruppen befinden, erst dann zu überwinden ist, wenn sich das SB – im Zuge seiner politischen Qualifizierung – auch quantitativ so ausweitet, daß sich auf der lokalen Ebene die überregional bereits vorhandene Vielfalt von Grup- pen und Arbeitsbereichen widerspiegelt. Die jetzige Phase der Organisation des SB kann also nicht so angesehen werden, als wäre ein angestrebter Organi- sationsgrad auf der örtlichen und regionalen Ebene bereits erreicht, sondern es ist davon auszugehen, daß die bisherigen SB-Initiativen für eine lokale Arbeit nur erste Schritte dazu sein können, um politisch effektive lokale sozialistische Zentren zu entwickeln.

Gruppen und einzelne Genossen, die sich bisher poli- tisch am SB orientieren, erkennen in zunehmendem Maße die Notwendigkeit einer politischen Verbind- lichkeit der Arbeit. Die skizzierten Aufgaben, die sich das SB – auf der Grundlage dieser vorläufigen Thesen –

74 –  
Organisationsform  
des SB heute

stellt, erfordern deshalb einen organisatorischen Rahmen, der die jetzigen Bedürfnisse und Möglichkeiten aufgreift, eine kontinuierliche praktische und theoretische Verständigung sichert und zugleich gewährleistet, daß Argumente und Aktionen des SB sich auf einen überschaubaren Vermittlungs- und Entscheidungsprozeß aller beteiligten Genossen gründen. Die Organisation des SB muß einerseits Zusammenwirken vielfältiger und oft völlig unterschiedlicher Arbeitsansätze ermöglichen und Verbindlichkeit in der politischen Zielsetzung der Arbeit fordern, darf aber andererseits nicht zu einer nur formalen Verbandsstruktur traditioneller Mitgliederorganisationen erstarrn. Die Organisation des SB sollte diejenigen Genossen als Mitglieder einschließen, die ihre politische Praxis im Zusammenhang des SB bestimmen. Voraussetzung für eine Mitgliedschaft im SB ist demnach die Mitarbeit in einem Arbeitsfeld, einer Projektgruppe etc. auf örtlicher und/oder regionaler und/oder zentraler Ebene. Um auch weiterhin die notwendige Offenheit des SB nach außen zu gewährleisten, ist die Mitarbeit in Gruppen oder Projekten im politischen und organisatorischen Zusammenhang des SB nicht an eine Mitgliedschaft im SB gebunden. Jedoch ist die Mitgliedschaft im SB eine Voraussetzung, um an den Entscheidungsprozessen des SB mitzuwirken.

Diese Mitwirkung in den politischen Entscheidungsprozessen des SB sollte ihren organisatorischen Ausdruck einerseits in regionalen und zentralen Mitgliederversammlungen der Arbeitsgruppe, andererseits in Konferenzen der Arbeitsfelder bzw. Projekte finden. Die regionalen Arbeitsgruppen konstituieren sich aus den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro in der entsprechenden Region. Die Regionen sind unter Berücksichtigung bereits gewachsener und sich zur Zeit entwickelnder Arbeitssammenhänge zu bestimmen und in ihrer räumlichen Ausdehnung so anzulegen, daß einerseits ein überörtlicher Zusammenhang hergestellt wird, in dem die verschiedenen Ansätze der SB-Arbeit vertreten sind, andererseits Überschaubarkeit und Arbeitsfähigkeit gewährleistet sind. Eine wichtige Aufgabe der regionalen Arbeitsgruppen und der Arbeitsfelder und Projekte in der nächsten Phase liegt darin, die hier vorgelegten Thesen des SB als vorläufige politisch-ökonomische Situationseinschätzung und praktische Perspektive des SB zu diskutieren, zu ergänzen und zu verbessern, um so schrittweise zu einer größeren Verbindlichkeit der Positionen und der politischen Praxis zu kommen.

## NACHBEMERKUNGEN

### Zum Entstehungsprozeß der Thesen

Von März bis Oktober 1974 hat der Arbeitsausschuß (AA) des Sozialistischen Büros (SB) im Auftrag der Arbeitsgruppe (AG) in mehreren Wochensitzungen einen ersten Entwurf für neue Thesen zu Papier gebracht. Er wurde auf der Arbeitsgruppentagung des SB in Harlesien am 16./17. November 1974 diskutiert. Die Ergebnisse dieser AG-Tagung sowie insgesamt 34 Änderungs-, Ergänzungs- und Präzisierungsvorschläge, die aus Gruppen des SB oder von einzelnen Genossen eingebracht wurden, gaben dem AA eine neue Grundlage für die weitgehende Umarbeitung des ersten Entwurfs. (Gruppen, die Änderungen vorschlugen: SG Bielefeld, SZ-Initiative Darmstadt, SZ-Frankfurt, ISZ-Heidelberg/Mannheim, SB-Marburg, SZ-München, "express"-Redaktion, Gruppe Hamburger Bildungsbauer, Merve-Kollektiv, Gruppe Metzstraße-Frankfurt.)

Im Januar 1975 hat der Arbeitsausschuß den überarbeiteten Text verabschiedet. Er wird nun, wie von der AG beschlossen, allen Mitgliedern, Gruppen und Sympathisanten des SB (und auch anderen linken Organisationen und Gruppen) zur Diskussion vorgelegt.

Dieser Entwurf soll Kristallisierungspunkt für die weitere verbindliche politische und organisatorische Arbeit der im SB zusammengeschlossenen Gruppen sein. Mit den Thesen versuchen wir, die bisher gewonnenen Einsichten, Erfahrungen und Lernprozesse zu verallgemeinern und damit die politische Position zu beschreiben, von der aus die spezifischen Aufgaben in den Arbeitsbereichen des SB genauer bestimmt werden können.

### Offene Probleme

Der Versuch, thesenartig Stellung zu beziehen zu den wichtigsten politischen Problemen und Aufgaben, vor denen Sozialisten heute stehen, steckt immer – so auch z.B. bei unseren Genossen von IL MANIFESTO in Italien – in dem Dilemma, einerseits kurz und griffig das Wichtigste formulieren zu müssen und andererseits trotz dieser gebotenen Kürze wichtige Differenzierungen und möglicherweise ganze Themenbereiche nicht einfach auszuhilfen. So erschien es auf der Sitzung des Arbeitsausschusses vom 18./19. Januar 1975 – auf der der Entwurf verabschiedet wurde – einem Teil der AA-Mitglieder, daß der „subjektive Faktor“ bei der Konstituierung von Klassenbewußtsein im Entwurf zu sehr ver nachlässigt worden ist. Es könnte bei der Lektüre der Thesen der Eindruck entstehen, als seien alle politischen Lernprozesse der Zukunft von der Zuspitzung der ökonomischen Krise des Kapitalismus allein bestimmt, während doch gerade alle Erfahrungen darauf hinweisen, daß sich ökonomische Ereignisse klassen- und schichtenspezifisch in sehr unterschiedlicher Weise je nach den historisch ausgebildeten Interessen und dem Bewußtsein über die eigene Lage durchsetzen. Freilich besteht hier nicht nur ein Defizit in den Thesen, sondern auch ein Defizit in marxistischer Analyse und Vermittlung ökonomischer Vorgänge mit dem „subjektiven Faktor“. Hier jedenfalls erscheint ergänzende Analyse und Darstellung in den Thesen dringend erforderlich.

Die Diskussion im AA erbrachte auch, daß die theoretischen Zusammenhänge ökonomischer Prozesse in Bezug auf Inflation und staatsinterventionistische Handlungsmöglichkeiten keineswegs hinreichend geklärt sind. Schwierigkeiten

bei der theoretischen Durchdringung und der empirischen Aufarbeitung führen deshalb zu unterschiedlichen Einschätzungen des Ausmaßes der Krisenhaftheit des kapitalistischen Prozesses. Weitere Klä rung ist auch hier von hervorragender politischer Wichtigkeit. Sie muß mit aller Dringlichkeit auch in kontroverser Diskussion vorangetrieben werden.

Schließlich — darüber war sich der Arbeitsausschuß im klaren — käme es der Überzeugungskraft des Thesenentwurfs zugute, wenn es gelungen wäre, neben den weithin notwendigerweise abstrakten Analysen und Handlungsbestimmungen so etwas wie eine konkrete Beschreibung der "Lage der arbeitenden Klasse in der Bundesrepublik 1975" zu versuchen und dabei auch die Lage der Mittelschichten und der Intellektuellen in die Untersuchung einzubeziehen. In diesem Zusammenhang wäre beispielsweise auch der spezifische gesellschaftliche Stellenwert der nicht entlohten Frauenarbeit zu untersuchen.

#### Diskussion und Korrektur der Thesen

Mit dem hier vorgelegten AA-Entwurf ist also der Entstehungsprozeß der Thesen nicht abgeschlossen. Vielmehr sollen aus dem Entwurf erst die fertigen Thesen werden, wenn sie ihren Gebrauchswert für die konkrete Arbeit der Gruppen und Genossen bewiesen haben und wenn die Interessen der arbeitenden Gruppen in sie eingegangen sind. Eine intensive Diskussion des jetzt vorliegenden Entwurfs soll deshalb auch der Korrektur und Ergänzung der Thesen dienen. Korrektur vor allem in der Präzisierung von Erfahrungen, die verallgemeinert werden können, Ergänzung vor allem in Bezug auf die Entfaltung konkret er Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft und in den einzelnen spezifischen Arbeitfeldern sowie in Bezug auf die Organisierung der verbesserten Zusammenarbeit und die Entwicklung von Handlungsstrategien für die vor uns liegenden Aufgaben.

Kurz und Schluß: Damit Mängel, Leerstellen, offene Probleme verbessert, gefüllt und gelöst werden können, soll dieser Entwurf der Thesen des Sozialistischen Büros in den Gruppen, Arbeitsbereichen und arbeitenden Einheiten an der Basis so ver- und bearbeitet werden, daß als Ergebnis der Anstrengungen ein weiter verbessertes Produkt mit höherem Gebrauchswert entsteht.

Es ist deshalb daran gedacht, in den Publikationen des SB, insbesondere in "links" und evtl. im September/Okttober 1975 in einer zweiten Broschüre, die Beiträge zur Diskussion dieses Thesenentwurfs zu veröffentlichen und damit allen Genossen zugänglich zu machen. — Ende 1975/Anfang 1976 soll der Entwurf dann auf der Grundlage dieser Diskussion überarbeitet und im Delegiertenarat bzw. der AG Sozialistisches Büro als vorläufige Positionsbestimmung und Arbeitsgrundlage des SB verabschiedet werden.

## ORGANISATORISCHER RAHMEN DER ARBEITSGRUPPE SOZIALISTISCHES BURO

Der Organisatorische Rahmen stellt keine festgeschriebene Organisationsstruktur dar, sondern ist als ein experimentelles Modell zu verstehen, in dem die wesentlichsten Verfahrensfragen geregelt werden, um innerhalb der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro verbindlicher diskutieren, entscheiden und auch gemeinsam handeln zu können. Die weitere Praxis und Kooperation im politischen Zusammenhang des SB wird zeigen, wo Korrekturen an diesem Organisatorischen Rahmen vorzunehmen sind. — Bei Herausgabe dieser Broschüre (Februar 1975) ist die Frage der korporativen Mitgliedschaft von Gruppen innerhalb der Arbeitsgruppe strittig. Da sich bei der AG-Tagung im November 1974 die Meirungen etwa in gleicher Stärke gegenüberstanden, wurde auf eine Entscheidung verzichtet und der bisherige Status (Möglichkeit der Einzelmitgliedschaft und der Gruppenmitgliedschaft) noch beibehalten. — eine Klärung dieser Frage soll im weiteren Organisierungsprozeß der regionalen Arbeitsgruppen erfolgen. Auch die Entscheidung über die Höhe der Beiträge ist bei Drucklegung dieser Broschüre offen. Da die politische und organisatorische Entwicklung des SB auch mit wachsenden finanziellen Belastungen verbunden ist, wird der Arbeitsauschuß zur AG-Tagung Ende Februar 1975 die Beschlußfassung über eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge vorschlagen. — Der nachfolgende Organisatorische Rahmen wurde im November 1973 vereinbart und von der Arbeitsgruppe (AG) auf der Tagung am 16./17. November 1974 modifiziert:

### 1. Mitglieder

Mitglieder des SB können Genossen werden, die innerhalb eines spezifischen Arbeitsfeldes/Projektes oder innerhalb lokaler Gruppen bzw. Zentren kontinuierlich tätig sind. Die Mitarbeit in den Projekten setzt jedoch nicht die Mitgliedschaft im SB voraus. Örtliche und auf spezifische Arbeitsfelder orientierte sozialistische Basisgruppen können sich korporativ der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro anschließen. Gruppen haben, wie Einzelmitglieder, in der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro eine Stimme.

### 2. Regionale Arbeitsgruppen

Die Mitglieder des SB innerhalb einer Region konstituieren sich zu einer regionalen Arbeitsgruppe und wählen einen regionalen Arbeitsausschuß. Dieser koordiniert die lokalen Aktivitäten in seiner Region und gibt Hilfestellung für die Entwicklung neuer Initiativen oder Gruppen des SB in der entsprechenden Region. Die regionalen Arbeitsgruppen wählen Vertreter für den Delegiertenrat des SB.

### 3. Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaft

Wo immer möglich, bilden sich auf lokaler Ebene Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaft, die sowohl innerhalb der regionalen Arbeitsgruppe als auch branchenspezifisch und in gemeinsamen zentralen Arbeitstagungen zusammengefaßt werden. Auf diesen Arbeitstagungen werden die zentralen Fragen einer sozialistischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit diskutiert und Konsequenzen für die Praxis an der Basis und für eine Gewerkschaftsklinie entwickelt. Die zentrale Konferenz der Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaft wählt einen Koordinationsausschuß, die "express"-Redaktion und Vertreter für den Delegiertenrat des SB.

#### **4. Arbeitsfelder/Projekte**

Für die einzelnen im Zusammenhang des SB sich organisierenden Arbeitsfelder/Projekte finden regelmäßig regionale oder überregionale Arbeitskonferenzen statt. Deren Funktion liegt in der praktischen und theoretischen Diskussion der weiteren Arbeit der Arbeitsfelder/Projekte. Die überregionalen Arbeitskonferenzen wählen einen Koordinationsausschuß für das entsprechende Arbeitsfeld/Projekt und Vertreter für den Delegiertenrat.

#### **5. Regelungen für Arbeitsfelder und Regionen**

Die zentralen Arbeitsfelder/Projekte und regionalen Arbeitsgruppen vereinbaren im Rahmen ihres Aufgabenbereichs einen Arbeitsplan. Der Delegiertenrat regt die Bildung von regionalen Arbeitsgruppen und neuen zentralen Arbeitsfeldern/Projekten an. Die Vorhaben der zentralen Arbeitsfelder/Projekte werden zentral finanziert. –(Noch offen: Mit der Beschlußfassung über eine Beitragserhöhung soll vereinbart werden, daß die regionalen Arbeitsgruppen ein Drittel des Beitragsaufkommens der Mitglieder aus ihrer Region erhalten.)

#### **6. Zentrale Mitgliederversammlung**

Die Versammlung aller Mitglieder des SB tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Ihre Funktion: problemgebundene Diskussion der Weiterentwicklung der politischen Linie des SB; Entscheidung über programmatische Festlegungen des SB; Wahl der Redaktion von "links"; Wahl eines 7-11köpfigen Arbeitsausschusses.

#### **7. Delegiertenrat**

Der Delegiertenrat besteht aus ca. 40-50 Vertretern der Regionen, der Arbeitsfelder/Projekte, der "links"-Redaktion und den Mitgliedern des Arbeitsausschusses. Er tritt mindestens viermal jährlich zusammen. Seine Funktion: Diskussion und Entscheidung über politische Aktionen des SB; Koordinierung übergreifender Arbeit regionaler Arbeitsgruppen, von Arbeitsfeldern und Projekten.

#### **8. Die Redaktion von "links"**

Die Redaktion von "links" bildet – in Abstimmung mit dem Delegiertenrat – einen erweiterten Redaktionskreis aus Mitgliedern der Arbeitsgruppe. Dieser Redaktionskreis hat die Aufgabe, die Linie der Zeitung zu diskutieren, für redaktionelle Schwerpunkte Beiträge vorzubereiten und über Korrespondenten aktuelle Berichte und Informationen über Basisaktivitäten der Redaktion zuzuleiten. Die Redaktion ist an Beschlüsse der zentralen Mitgliederversammlung und des Delegiertenrats gebunden.

#### **9. Der Arbeitsausschuß**

Der Arbeitsausschuß sichert die organisatorische Kontinuität der Aktivitäten des SB. Er ist ermächtigt, politische Entscheidungen zu fällen und die im Rahmen der Aufgabenstellung des SB erforderlichen rechtlich notwendigen Regelungen zu treffen. Der AA kontrolliert die Geschäftsführung, den Verlag, die Finanzen und die Solidaritätsfonds des SB. – Der Arbeitsausschuß ist an Beschlüsse der zentralen Mitgliederversammlung und des Delegiertenrats gebunden.

#### **10. Regelungen zur Mitgliedschaft**

Aufnahmeanträge für die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro werden in der Übergangsphase noch dem Arbeitsausschuß zugeleitet und von diesem nach Stellungnahme der regionalen Arbeitsgruppe und/oder des Arbeitsfeldes bestätigt. Im Falle der Ablehnung der Mitgliedschaft durch den Arbeitsausschuß können die Vorschlagenden und/oder der Bewerber den Antrag auf Aufnahme dem Delegiertenrat zur endgültigen Entscheidung vorlegen. – Zur Finanzierung der Arbeit des Sozialistischen Büros zahlt jedes Mitglied monatlich einen Beitrag von mindestens DM 10; Ausnahmen können vereinbart werden. – (Der Arbeitsausschuß wird der Arbeitsgruppen-Tagung im Februar 1975 vorschlagen, eine neue Beitragsregelung zu beschließen: Zur Finanzierung der Arbeit des Sozialistischen Büros zahlt jedes Mitglied einen monatlichen Beitrag in Höhe von einem Prozent des monatlichen Bruttolohns bzw. Bruttogehalts. In Einzelfällen, wo beispielsweise bei einer großen Familie erhebliche Belastungen vorliegen, können Ausnahmen vereinbart werden. Der monatliche Mindestbeitrag darf jedoch DM 10 nicht unterschreiten, da der Beitrag kostendeckend sein muß. In diesem Beitrag enthalten ist die kostenlose Zusendung der Zeitungen "links" und "express" sowie des Informationsrundbriefes des Sozialistischen Büros. – Gruppen, die der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro als korporative Mitglieder angeschlossen sind, zahlen einen monatlichen Mindestbeitrag von DM 50. Im Mitgliedsbeitrag der Gruppen ist die kostenlose Zusendung der Zeitungen "links" und "express" sowie von 10 Exemplaren je Ausgabe des Informationsrundbriefes des SB enthalten.)

#### **11. Informationsrundbrief**

Zur fortlaufenden Information werden den Mitgliedern über den Informationsrundbrief die Ergebnisse der Beratungen des Delegiertenrats und der zentralen Arbeitsfelder/Projekte zugänglich gemacht; darunter auch die Dokumentation von Kontroversen in wichtigen politischen Fragen. Auch die regionalen Arbeitsgruppen sollten über die Region hinausgehende wichtige Ergebnisse ihrer Arbeit über den Informationsrundbrief allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro zugänglich machen.

## FREMDWORTERVERZEICHNIS

– im Sinne der Verwendung in den Thesen –

Abstraktion, abstrahieren, abstrakt – Verallgemeinerung, wobei vom jeweiligen Besonderen abgesehen wird

Adäquat – angemessen, entsprechend

Administration, administrativ – Verwaltung, staatliches Gewaltsystem

Agitation, agitieren – Vermittlung von politischen Erkenntnissen anhand von konkreten Erscheinungen

Akkumulation, akkumulieren – Anhäufung von Kapital durch immer neue Wertung im Produktionsprozeß und Aneignung des Mehrwerts Ambivalenz, ambivalent – wörtlich: „Zweierwertigkeit“, drückt aus, daß ein Ge genstand zwei sich zum Teil widersprechende Seiten hat

Analyse, analysieren, analytisch – Untersuchung durch Zergliederung und genaue Betrachtung aller Einzelteile

Autonomie, autonom – Selbständigkeit, Möglichkeit, sich in einer Gruppe eigenständig Recht setzen zu können

Arbeitsmigration, Arbeitsimmigration – Auswanderung bzw. Ein wandern von Arbeitskräften

Borniertheit, borniert – einseitiges Betrachten einer Sache, schmalspuriges, nur die eigene Situation berücksichtigend Reden und Handeln, Beschränktheit Bourgeoisie, bourgeois – die Produktionsmittelbesitzer („Bürger“)

Charaktermaske – Funktion der Kapitalisten, Unternehmer und Manager, dem kapitalistischen Wirtschaftsgesetz Fleisch, Blut und Gesicht zu verleihen

Defensive, defensiv – Verteidigungsposition

Demagogie, demagogisch – wörtlich: „Volksverführung“, das Verleiten zu politischen Fehlschlüssen gegen die eigenen Interessen der Zuhörer, indem man scheinbar nur logisch argumentieren

Demoralisierend – den Kampfgeist zerstörend, zur Resignation verleitend Dequalifikation, dequalifizieren – Die Beschäftigung und Bezahlung unter Nichtausnutzung der Fähigkeiten und Erkenntnisse

Dialektik, dialektisch – Betrachtung der Dinge in ihrer Widersprüchlichkeit und in ihrer Bewegung

Dialektischer Materialismus – Erklärung der Entwicklung der Natur aus ihrer einheitlich stofflichen Natur, die sich im Aufeinandertreffen ihrer Widersprüche fortentwickelt differenzieren – unterscheiden, die verschiedenen Einzelgesichtspunkte berück sichtigen

diffus – in verschiedene Richtungen sich bewegend, unklar

Dogma, dogmatisch – starres Lehr- und Vorstellungsgebäude, dessen Abstraktionen sich auf keine konkreten Erscheinungen mehr stützen und jeden Zweifel an seiner Richtigkeit ausschließen

Emanzipation, emanzipieren, emanzipiert – Befreiung aus einem Zustand der Abhängigkeit und Unmündigkeit

Eventualhaushalt – staatlicher Haushaltsplan, der erst bei bestimmten Ereignissen oder unter bestimmten Bedingungen in Kraft tritt

Expansion, expandieren, expansiv – Ausdehnung

Fetisch, Fetischismus – ursprünglich: Gözte, meist: verselbständiger, mit einem eigenen Wesen begabter menschlicher Gedanke, vor allem, wenn ein Ding in der menschlichen Vorstellung mit eigenem selbständigen Wesen belebt wird

Fixierung, fixieren, fixiert – wörtlich: Anheftung, Bindung vor allem geistig seelisch an eine Person oder einen Gegenstand

Florieren – blühen, gedeihen

Funktion – Wirksamkeit, Amt, eine von etwas anderem abhängige, veränderliche Aufgabe

Harmonie, harmonisieren, harmonistisch – konfliktloses gemeinsames Existieren und Zusammenwirken von Personen oder Kräften Hegemonie, hegemonial – Vorherrschaft heterogen – unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichen Ansichten und Zielen

Hierarchie, hierarchisch – wörtlich: „Hl. Herrschaft“, abgestufte Rang- und Befehlsordnung, die nicht angeastet werden darf

historisch – geschichtlich, geschichtlich geworden

Historischer Materialismus – Erklärung der Geschichte aus den Klassenkämpfen der durch ihre Stellung im Produktionsprozeß hergeleiteten gesellschaftlichen Klassen

homogen – einheitlicher Herkunft mit einheitlichen Ansichten und Zielen

Identifikation, identifizieren – Gleichsetzung mit einer Person, Gruppe oder Sache

immanent – innerhalb eines Systems befindlich oder verbleibend Imperatives Mandat – Auftrag, insbesondere als Abgeordneter oder Delegierter, bei dem in jedem konkreten Entscheidungsfall die Meinung der Beauftragter eingeholt und vertreten werden muß

Individuum, individuell – der Einzelne, im Gegensatz zu einer Gruppe

Infrastruktur – öffentliche Einrichtungen wie: Krankenversorgung, Verkehr, Energiesversorgung, Ausbildungssystem usw. als Voraussetzung für die Produktion und Reproduktion

Innovation – Erneuerung, hier: technologische Fortentwicklung durch Ablösung veralteter Maschinensysteme und Arbeitsmethoden

instrumentalisieren – etwas als Mittel benutzen

Integration, integrieren, integriert – die Aufnahme von etwas zunächst Außenstehendem in ein System

Intensivierung, intensivieren – Verdichtung, Steigerung irrational – verstandesmäßig nicht erfassbar

Kapital – zum Zwecke der Vermehrung im Handel, im Leihverkehr und in der Produktion eingesetztes Geld

Kapitalismus, kapitalistisch – Wirtschafts- und Sozialordnung auf der Grundlage von Warenproduktion, Lohnarbeit und privater Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts

Keynsianische Wirtschaftspolitik – nach dem englischen Ökonomen Keynes benannte Politik der staatlichen Krisenregulierung durch Staatsverschuldung Komplex, komplex – viele Einzelheiten umfassendes Ganzes

Kollektiv, kollektiv – Gruppe, die gemeinsam in Übereinstimmung, ohne Konkurrenz untereinander, handelt

Konformität, konform – völlige Übereinstimmung in Verhalten und/oder Meinung

Konkretion, konkretisieren, konkret – greifbar, das Besondere betreffend

Konspiration, konspirieren, konspirativ – geheime Untergrundtätigkeit

**konstantes Kapital** – Kapital, das für Maschinen und Rohstoffe aufgewendet wird

**konstituieren, sich konstituieren** – zusammenkommen, gründen

**Konsument, konsumieren** – Verbrauch

**Kontinuität, kontinuierlich** – Dauerhaftigkeit

**Konzentration** – Zusammenziehung, Bringen unter eine gemeinsame Steuerung

**Konzession** – Zugeständnis, Einräumung von Rechten

**Kreativität, kreativ** – Fähigkeit, schöpferisch tätig zu sein

**Kristallisierung, kristallisieren** – Herausbildung einer Struktur aus Einzelteilen, die dann ein sinnvoll geordnetes Ganzes bilden

**Legitimation, legitimieren, legitim** – Rechtfertigung, auch gesetzliche Festlegung eines Sachverhalts

**Lernprozeß** – Vorgang, bei dem man aus Erfahrungen und Einsichten lernt, in dem man neue Erfahrungen immer wieder auf alte Erkenntnisse bezieht ihrer Arbeitskraft und diese daher gegen Lohn verkaufen müssen

**Loyalität, loyal** – Treue zu einer Person oder Idee oder gemeinsamen Sache

**Manipulation, manipulieren, manipulativ** – Machenschaft, um zu seinem eigenen Vorteil jemanden zu täuschen oder jemanden zu etwas zu verlassen

**Marxismus** – Zusammenfassende Bezeichnung der marxistischen Kritik der politischen Ökonomie als historische, ökonomische, politische und erkenntnistheoretische Auffassung der Entwicklung des Menschen in der Gesellschaft

**Marxismus-Leninismus** – Verbindung der Theorien von Marx-Engels und Lenin zu einem einheitlichen Lehrgebäude

**maximal** – höchstens, weitestgehend

**Mehrwert** – der Teil der vom Arbeiter geschaffenen Werte, den er nicht als Lohn ausbezahlt erhält, sondern den sich die Besitzer der Produktionsmittel aneignen, um ihn, rückverwandelt in Kapital, weiter zu vermehren

**militant** – entschlossen und hart kämpfend

**mobilisierung, mobilisieren** – das in Bewegung setzen für etwas

**moralisch** – von bestimmten Verhaltensvorschriften ausgehend sich verhaltend, ohne daß dies aus der eigenen Klassenlage heraus bestimmt wäre

**multinational** – über den Nationen stehend, aber in vielen Nationen Beziehungen unterhaltend oder Einfluß genießend

**Mythologie, mythologisch, mythologisieren** – geheimnisvolle, nicht beweisbare Geschichte

**Negation** – Verneinung

**Ökonomie, ökonomisch** – Wirtschaft

**ökonomistisch** – nur die unmittelbare ökonomische Situation betrachtend, nur die unmittelbaren ökonomischen Interessen in Betracht ziehend

**pathologisch** – krankhaft

**Peripherie, peripher** – am Rande liegend

**Perspektive, perspektivisch** – Aussichten auf ein bestimmtes zukünftiges Handeln oder Ereignis

**physisch** – stofflich, körperlich

**Polarisierung, polarisieren** – Auseinandersetzung in die Richtung zweier entgegengesetzter Pole

**Politik, politisieren, politisch** – das Handeln in der Gesellschaft, um die gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse zu beeinflussen

**politisieren** – jemanden dazu bringen, sich realistisch, gemäß seiner Situation und seiner Interessen in der Gesellschaft zu verhalten

**Potential** – mögliche Kräfte, die unter bestimmten Umständen zu mobilisieren sind

**potentiell** – möglich

**Priorität** – Vorrangigkeit, Estrangigkeit  
**Produktionsverhältnisse** – Rechtsformen, Eigentumsformen und gesellschaftliche Beziehungen und Abhängigkeiten bei der Produktion und Reproduktion  
**Produktivkräfte** – menschliche Kräfte des Körpers und des Geistes zur Produktion des Lebens

**Proportion, proportional** – das Verhältnis der Teile eines Ganzen zueinander  
**Prosperität, prosperieren** – wirtschaftliche Blüte, wirtschaftlicher Aufschwung  
**Prototyp** – Urausführung eines Geräts oder einer Maschine, meist handwerklich hergestellt  
**Qualifikation, qualifizieren, qualifiziert** – durch Wissensaneignung und Erfahrung erworbene Fähigkeit  
**rational** – verstandesmäßig erfassbar, dem Verstand entsprechend

**Reduktion, reduzieren** – Zurückführung, Verringerung

**Reflexion, reflektieren, reflektiert** – genaue Überlegung  
**Reformismus, reformistisch** – Vorstellung, den Sozialismus auf dem Wege allmählicher Reformen, meist auf parlamentarischem Wege, erreichen zu können  
**reform-kapitalistisch** – für Reformen am Kapitalismus eintretend  
**Rekonstruktion, rekonstruieren** – Wiederaufbau, Wiederherstellung  
**Rekrutierung, rekrutieren** – Mitglieder- und Mitarbeitergewinnung

**Repression, represiv** – Unterdrückung, Zurückdrängung

**Reproduktion, reproduzieren** – immer wieder Neuerzeugung eines Zustandes Reproduktionskreislauf des Kapitals – Kreislauf des Kapitals, in dem es sich im Durchlaufen des Produktionsprozesses vermehrt

**Resignation, resignieren, resignativ** – das sich mit einer Situation abfinden, indem man nichts mehr dagegen tut

**Restaurierung, restaurieren** – Wiederherstellung

**Revision, revidieren** – Überprüfung und Veränderung einer Meinung oder eines Zustandes

**Revisionismus** – Bestreben, etwas zu revidieren, insbesondere Strömung in der Arbeiterbewegung, die bewußt von den Grundlagen der marxistischen Theorie abrücken will

**Revolution, revolutionieren, revolutionär** – Grundlegende Veränderung eines Zustandes, insbesondere der gesellschaftlichen Beziehungen und der Produktionsverhältnisse

**Rezession, rezessiv** – wirtschaftlicher Abschwung, wirtschaftliche Stagnation  
**Sekte, sektiererisch** – kleine gesellschaftliche Gruppe, die isoliert von den wirklichen Vorgängen und Bewegungen innerhalb der Gesellschaft rechtlich ein einseitiges Ziel verfolgt

**Sektor** – Ausschnitt  
**Sozialisation, sozialisieren** – Prozeß der Aneignung gesellschaftlicher Kenntnisse und Verhaltensweisen in der Kindheit und Jugend

**Sozialismus, sozialisieren** – nach einer Revolution auf den Kapitalismus folgenden auch nicht konflikt- und problemlose) Gesellschaftsordnung

**sozio-ökonomisch** – bezeichnet die gesellschaftlich-wirtschaftliche Gesamtheit

- Sphäre – Bereich**
- Strategie, strategisch – politische Zielvorstellung** samt der langfristigen Methode, wie dieses Ziel erreicht werden soll
- Subjekt – handelndes, bestimmendes Prinzip oder Person**
- Subsumtion, subsummieren – Einverleibung, Unterordnung**
- systemimmanent – innerhalb des gegenwärtigen Systems verharrend, hinausreichend**
- Tabu, tabuisieren – eine Tatsache, Problem oder Gegenstand, der nicht erwähnt oder verändert werden darf**
- Taktik – Methode, um ein kurzfristiges Zwischenziel zu erreichen**
- tendenziell – sich im Prinzip, wenn auch nicht geradlinig, in eine Richtung bewegend oder entwickelnd**
- Technokratie, Technokratisch – Herrschaft politisch-ökonomischer Zwänge, die als technisch bedingt und daher von gesellschaftlichen Interessen unbeeinflussbar hingestellt werden (Konzept „moderner Manager“)**
- Theorie, theoretisch – Lehre von allgemeinen Zusammenhängen, wo die Verallgemeinerung von Erfahrungen vorgenommen wird**
- These – Satz, der eine Aussage zu einem bestimmten, meist wissenschaftlichen oder gesellschaftlichen Thema macht**
- Totalität – Gesamtheit der Erscheinungen eines Zusammenhangs**
- überproportional – überdurchschnittlich**
- Variabilität, variieren, variabel – Veränderbarkeit**
- variables Kapital – Kapital, das zur Bezahlung der Arbeitskraft aufgewendet wird**
- Variante – geringfügige Abwandlung einer Sache**
- verbal – in Worten ausdrückend, oft im Gegensatz zu entsprechenden Handlungen**
- Voluntarismus, voluntaristisch – Prinzip, nur dem Willen zu vertrauen, ohne die objektiven Umstände und Bedingungen zu berücksichtigen**
- Zentralisation, zentralisieren – enger Zusammenhang, indem nach einem einheitlichen Willen gehandelt wird**
- demokratischer Zentralismus – Parteikonzeption, bei dem eine gewählte Zentrale die Politik für alle verbindlich festlegt und Handlungsanweisungen erteilt**
- Zirkulation – Kreislauf**
- Zirkulationsphäre – Bereich des Geld- und Warenkreislaufs im Kapitalismus**

## INFORMATIONSDIENSTE DES SOZIALISTISCHEN BÜROS – MATERIALIEN DER ARBEITSFELDER –

Sozialistische Lehrer, Sozialarbeiter, Bildungsarbeiter, Ärzte usw. arbeiten heute vereinzelt oder in kleinen Gruppen noch ohne ausreichenden Kontakt untereinander. Sie werden oft konfrontiert mit Problemen und Konflikten, mit denen andere Gruppen schon ihre Erfahrungen gesammelt haben. Die Infos der Arbeitsfelder im Sozialistischen Büro dienen der Information und Kooperation zwischen Gruppen und einzelnen, die mit sozialistischem Anspruch Berufspraxis leisten. Bisher erscheinen der Info des Sozialistischen Lehrerbundes sowie die Informationsdienste Sozialarbeit, Arbeitserbildung und Gesundheitswesen. Ein Info für Wissenschaftsarbeiter ist in Vorbereitung. Folgende Info-Ausgaben sind noch erhältlich:

**INFO DES SOZIALISTISCHEN LEHRERBUNDES:** 12 - In dieser Ausgabe sind die wichtigsten Beiträge der früheren Infos zusammenge stellt, DM 5.--. 13 - Grundschule, DM 3.--. 14 - Gesamtschule, DM 3.--. 15 - Berufsschule, DM 5.--. 16 - GEW, DM 5.--. 17 - Hauptschule, DM 3.--. 18 - U.a. Organisationsfrage, DM 3.--. 19 - U.a. SLB-Thesendiskussion, DM 3.--. 20 - U.a. "Freie Schule", DM 4.--.

**INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT:** 1 - "Fürsorgeerziehung", DM 3.--. 2 - Sozialarbeit in Institutionen und Büros, DM 3.--. 3/4 - Sozialarbeit zwischen Selbstorganisation und Organisation, DM 5.--. 5 - U.a. Organisationsfrage, DM 5.--. 6 - U.a. Jugendhilferecht, DM 3.--. 7 - Jugendhilferecht und Sozialistische Aktion, DM 4.--. 8 - Reform und Reformismus, DM 4.--. 9 - Jugendzentren, DM 5.--.

**INFORMATIONSDIENST ARBEITERBILDUNG:** 3 - Politische Jugendbildung, DM 3.--. 4 - Lohnpolitik, DM 3.--. 5 - Verschärfte Arbeitsbelastung, DM 3.--. 6 - Bildungsarbeit im öffentlichen Dienst I, DM 5.--. 7 - Bildungsarbeit im öffentlichen Dienst II, DM 3.--. 8 - Lehrlings-Unterricht in einem "Partnerschaftsbetrieb", DM 5.--.

**INFORMATIONSDIENST GESUNDHEITSWESEN:** 1 - Erste Bestandsaufnahme des Arbeitsfeldes; Gruppenberichte, DM 3.--. 2 - Statische Versorgung; Krankenhausereform, DM 4.--. 3 - Ambulante Versorgung, DM 4.--.

Die Informationsdienste können als Einzelhefte oder im Jahresabonnement bezogen werden. Informationsblätter über die Abonnementkostenlos; Probehefte der Infos können nur gegen Bezahlung abgegeben werden. - Wir liefern die Informationsdienste wie auch unsere Broschüren nur gegen Vorauszahlung und empfehlen, der Bestellung gleich den Gegenwert beizulegen in Briefmarken, Bargeld oder als Verrechnungsscheck. - Gruppen erhalten bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren eines Titels 20 % Rabatt.